

**HESSISCHER LANDTAG**

25. 08. 87

12. Sitzung

Wiesbaden, den 25. August 1987

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	447	Biotechnologische Risiko-Forschung	
<i>Entgegengenommen</i>	448	Dr. Streletz	449
Präsident Lengemann	447	Minister Dr. Gerhardt	450
		Dr. Streletz	450
7. Große Anfrage des Abg. Hahn (F.D.P.) und Fraktion		Frage 50 - Abg. Dr. Streletz	450
betreffend Strafvollzugsgesetz		Zerstörung von Software	
- Drucks. 12/238 zu Drucks. 12/146 -	448	Dr. Streletz	450
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	448	Minister Koch	450
Präsident Lengemann	448	Dr. Streletz	451
		Minister Koch	451
1. Fragestunde		Frage 51 - Abg. Kahl	451
- Drucks. 12/400 -	448	Informationstechnische Grundbildung	
<i>Abgehalten</i>	461	Kahl	451
		Minister Dr. Wagner	451
Frage 44 - Abg. Dr. Babel	448	Frage 52 - Abg. Lütgert	451
Frauenförderplan		Rundfunkgesetz	
Dr. Babel	448	Lütgert	451
Staatssekretärin Geschka	448	Ministerpräsident Dr. Wallmann	451
Frage 45		Frage 53 - Abg. Dr. Babel	452
<i>Vom Fragesteller zurückgezogen</i>	448	Beeinflussung von Eltern	
Frage 46 - Abg. von Plottnitz	448	Dr. Babel	452
Richter und Staatsanwälte		Minister Dr. Wagner	452
von Plottnitz	448	Holzapfel	452
Minister Koch	448	Soltwedel	452
Welteke	448	Frage 54 - Abg. Kappel	452
Fischer (Frankfurt)	449	Schülerzahl in Klassen 1, 2, 5 und 6	
von Plottnitz	449	Kappel	452
Minister Koch	449	Minister Dr. Wagner	452
Frage 47 - Abg. Hertle	449	Holzapfel	453
Klassen 5 in Marburg, Kassel und Wiesbaden		Korn	453
Hertle	449	Kappel	453
Minister Dr. Wagner	449	Minister Dr. Wagner	453
Frage 48 - Abg. Pfeil	449	Frage 55 - Abg. Dr. Schlitzberger	453
Schwerbehinderte im Landesdienst		Kernkraftwerk Würgassen	
Pfeil	449	Dr. Schlitzberger	453
Minister Milde	449	Minister Weimar	453
Frage 49 - Abg. Dr. Streletz	449		

	Seite		Seite
Dr. Schlitzberger	454	Frage 65 - Abg. Korwisi	485
Müller (Gelnhausen)	454	Produkte des Gladbacher Hofes	
Minister Weimar	454	Frage 66 - Abg. Lüttger	485
Frage 56 - Abg. Dr. Schlitzberger	454	Förderung für Strukturverbesserungen	
Ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen		Frage 67 - Abg. Soltwedel	485
Dr. Schlitzberger	454	Referat für ökologischen Landbau	
Minister Kanther	454	Frage 68 - Abg. Soltwedel	485
Dr. Streletz	454	Trassenführung A 49	
Ernst	455	Frage 69 - Abg. Wagner-Pätzhold	485
Minister Kanther	455	Berufsgenossenschaftlicher Dienst	
Frage 57 - Abg. Müller (Gelnhausen)	455	Frage 70 - Abg. Reeh	485
Akute Vergiftungen		Dezernent für ökologischen Landbau in Kassel	
Müller (Gelnhausen)	455	Frage 71 - Abg. Fischer (Waldeck)	486
Minister Trageser	455	Zahl deutscher Aussiedler	
Frage 58 - Abg. Dr. Dr. Bökemeier	455	Frage 72 - Abg. Fischer (Waldeck)	486
Eisenbahn-Personenverkehr Wabern - Brilon		Jugendliche Asylbewerber	
Dr. Dr. Bökemeier	455	Frage 73 - Abg. Kahl	486
Minister Schmidt	455	Zentrales Lastenausgleichsarchiv	
Dr. Streletz	456	Frage 74 - Abg. Korn	486
Rausch	456	B 45 zwischen Hanau und Nidderau	
Dr. Dr. Bökemeier	456	Frage 75 - Abg. Wagner (Eschwege)	486
Minister Schmidt	456	Sozialhilferegelsätze	
Frage 59 - Abg. Ernst	456	<i>Antworten zu den Fragen 65 bis 75 siehe Anlage 1</i>	485
A 49 Borken - Schwalmstadt		2. a) Wahl der nichtrichterlichen Mitglieder des Staats-	
Ernst	456	gerichtshofs des Landes Hessen	
Minister Schmidt	456	<i>Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der</i>	
Wagner (Angelburg)	456	<i>F.D.P.</i>	
Ernst	457	<i>- Drucks. 12/295 -</i>	
Minister Schmidt	457	<i>Wahlvorschlag der Fraktion der SPD</i>	
Wagner (Angelburg)	457	<i>- Drucks. 12/196 -</i>	
Frage 60 - Abg. Ernst	457	<i>Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN</i>	
Geplantes Kohlekraftwerk in Borken		<i>- Drucks. 12/169 -</i>	461
Ernst	457	<i>Gewählt:</i>	
Minister Schmidt	457	<i>Johannes Knarr</i>	
Rausch	458	<i>Dr. Dieter Adam</i>	
Ernst	458	<i>Dr. Wolfgang Teufel</i>	
Becker (Nidda)	458	<i>Dr. Helmut Lenz</i>	
Minister Schmidt	458	<i>Dr. Manfred Voucko</i>	
Frage 61 - Abg. Rausch	459	<i>Prof. Dr. Klaus Lange</i>	461
Landesmuseum für Volkskunde		<i>Präsident Lengemann</i>	461
Rausch	459	13. a) Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend	
Minister Dr. Gerhardt	459	Molke-Entseuchung bei MOHA-Hungen	
Wagner (Darmstadt)	459	<i>- Drucks. 12/347 -</i>	461
Minister Dr. Gerhardt	460	<i>Abgelehnt</i>	484
Frage 62 - Abg. Wagner (Darmstadt)	460	b) Dringlicher Antrag der Fraktion der GRÜNEN	
Hauswirtschaftspraktikum		betreffend Stellungnahme der Landesregierung zu	
Wagner (Darmstadt)	460	der geplanten Entseuchung oder Endlagerung der	
Minister Dr. Wagner	460	radioaktiv verstrahlten Molke in Hessen	
Frage 63 - Abg. Blaul	460	<i>- Drucks. 12/456 -</i>	461
„Pro Familia“		<i>Für erledigt erklärt</i>	484
Blaul	460	<i>Minister Trageser</i>	461
Minister Trageser	460	<i>Fraas</i>	463
Frage 64 - Abg. Korwisi	460		
Staatsdomäne Gladbacher Hof			
Korwisi	460		
Ministerin Reichardt	460		
Soltwedel	460		
Ministerin Reichardt	461		
Soltwedel	461		

	Seite		Seite
Boppel	464	Dr. Simon	482
Ministerpräsident Dr. Wallmann	467	Boppel	483
Clauss	471	<i>Wagner (Darmstadt)</i>	484
Müller (Gelnhausen)	475	Vizepräsident Dr. Günther	484
Fischer (Frankfurt)	477		
Minister Weimar	479	<i>siehe auch Anlage 2</i>	487

Im Präsidium:

Präsident Lengemann
 Vizepräsident Dr. Lang
 Vizepräsident Dr. Günther
 Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Wallmann
 Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Gerhardt
 Minister des Innern Milde
 Minister der Finanzen Kanther
 Minister der Justiz Koch
 Kultusminister Dr. Wagner
 Sozialminister Trageser
 Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt
 Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit Weimar
 Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
 Reichhardt
 Staatssekretär Dr. Gauland
 Staatssekretärin Geschka
 Staatssekretär Portz
 Staatssekretär Stanitzek
 Staatssekretär Dr. Dethloff
 Staatssekretär Bouffier
 Staatssekretär Lauterbach
 Staatssekretär Weiss
 Staatssekretär Kirst
 MinDirig Dr. Breuers
 Staatssekretär Dr. Maurer

Abwesende Abgeordnete:

Schneider (Bickenbach)
 Weghorn

(Beginn: 14.02 Uhr)

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Plenarsitzung in der 12. Wahlperiode und stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen)

Meine Damen und Herren! Am 5. August ist im Alter von 77 Jahren unser früherer Kollege Georg Gassmann gestorben. Er hat aus politischen Gründen 1933 seinen geraden beruflichen Weg nicht weitergehen können; er ist nicht zum Examen zugelassen worden; er ist anstatt Jurist - wie beabsichtigt - kaufmännischer Angestellter geworden. Von 1939 bis 1945 war er Soldat und sodann in Gefangenschaft. 1946 wurde er zum Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg an der Lahn gewählt. Von 1951 bis 1971, 20 Jahre lang, war er dort Oberbürgermeister.

Ebenfalls 20 Jahre lang, vom 1.12.1950 bis 30.11.1970, war er Mitglied des Hessischen Landtages. Der Hessische Landtag hat ihn in die zweite Bundesversammlung entsandt. Er hat in unserem Parlament vier Jahre lang als Schriftführer gedient.

Er ist ausgezeichnet worden mit dem Großen Bundesverdienstkreuz, mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette und mit unserer höchsten Landesauszeichnung, der Wilhelm-Leuschner-Medaille.

Wir sind sehr kurzfristig von seinem Tode informiert worden. Ich habe schriftlich kondoliert und später ein Gebinde an seinem Grab niederlegen lassen.

Wenn wir dieses ehemaligen Kollegen gedenken, möchte ich in den Augenblick des Gedenkens dieses Parlamentes auch den Regierungssprecher Detlef Diehl einschließen. Wir alle sind noch betroffen von der Nachricht, die wir gestern erfahren haben. Er war nicht Kollege in diesem Hause, aber er war in mannigfache Beziehung zu vielen Kollegen in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit als Sprecher der Landesregierung getreten. Er hat, glaube ich, allseits Respekt genossen, sich viel Sympathie erworben und mit manchen Freundschaft geschlossen.

Wir wollen an unseren ehemaligen Kollegen, an den verstorbenen Regierungssprecher und an ihre Familien denken. Ich danke Ihnen.

(Die Abgeordneten nehmen die Plätze wieder ein)

Meine Damen und Herren, wir sind heute zum erstenmal nach den Ferien zusammengetreten, und wir haben selten eine solche Häufung runder Geburtstage in der Ferienzeit gehabt. Herr Kollege Hilfenhaus hat 50 Lebensjahre vollendet, Herr Kollege Meister 60, Frau Kollegin Vollmer 50, Herr Kollege Möller (Gießen) 50, Herr Kollege Weidmann 50. Insbesondere wenn man die vielen Fünfziger sieht, so scheinen die 37er ein guter Jahrgang gewesen zu sein. Herzliche Glückwünsche nachträglich! Zum größten Teil sind sie ja auch schon persönlich überbracht worden.

(Allgemeiner Beifall)

Da wir jetzt bei den angenehmeren Dingen sind, möchte ich - ehe ich zur Tagesordnung komme - den Kollegen bekanntgeben, daß auf Grund vielfältiger Wünsche aus dem Hause ab gestern über die Fraktionen für alle Kollegen der Pressespiegel in die Fächer verteilt wird. Ich

bin eigentlich sicher, daß das positiv aufgenommen wird. Das ist eine ganz erhebliche Belastung unserer Kanzlei, der Druckerei. Aber ich glaube, damit ist ein Dienst für die Abgeordneten erbracht worden.

Das gleiche sehe ich darin, daß seit gestern - wenn auch zunächst provisorisch - die Tiefgarage in Gebrauch genommen worden ist.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist sicherlich eines der viele über Jahre hinweg bedrückenden Probleme zunächst einmal gelöst. Rechnerisch müßten wir jetzt genügend Parkplätze haben. Wenn die Technik vollendet ist - zwischendurch kann es sein, daß einmal halbtagsweise oder gar einen ganzen Tag die Garage wieder gesperrt werden muß, um sie ganz fertigzustellen -, wird es möglich sein, daß an Dienstagen, an denen die Fraktionen regelmäßig hier tagen, und während der Plenartage die Tiefgarage nur für Abgeordnete zur Verfügung steht - das wird über kodierte Einlaßkarten so möglich gemacht werden -, so daß jeder Abgeordnete an den Sitzungstagen einen Platz in der Tiefgarage finden sollte, also während der Sitzungstage, an denen man mit der Präsenz aller Abgeordneten rechnen muß.

Dann möchte ich, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, noch darauf hinweisen, daß in Rekordzeit das Amtliche Handbuch erstellt worden ist. Es liegt auf Ihren Plätzen. Innerhalb vier Monaten ist es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung gelungen, die wesentlichen Informationen zusammenzutragen, aufzubereiten und das Nachschlagewerk herzustellen, obwohl das - das füge ich hinzu - nicht immer ganz leicht ist und nicht bei allen Kollegen im ersten Anlauf gelingt. Aber das Handbuch soll ja uns dienen. Deshalb werden auch so schnell wie möglich die fehlenden Teile, insbesondere das Telefonverzeichnis und das, was in den Abschnitten 9, 12, und 14 noch fehlt, nachgereicht. Die Kanzlei ist so optimistisch zu meinen, daß das innerhalb der nächsten vier Wochen verteilt werden kann, so daß wir also auch dieses Hilfsmittel für unsere Arbeit haben.

Dann sollten wir uns unserer Tagesordnung und der Beschlußfassung über sie zuwenden. Mit dem Nachtrag vom 25. August umfaßt die am 18. August herausgegebene Tagesordnung 20 Punkte. Zu Tagesordnungspunkt 2 b ist zu vermerken, daß die Vereidigung der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen und die Vereidigung des Landesanwalts und seines Vertreters am Donnerstag - nicht wie ausgedrückt - um 12.00 Uhr, sondern gegen 12.45 Uhr erfolgt, also vor dem Ende der Vormittagssitzung.

Es sind dann noch eingegangen - wenn ich den richtigen Überblick hier habe - der Dringliche Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Stellungnahme der Landesregierung zu der geplanten Entseuchung oder Endlagerung der radioaktiv verstrahlten Molke in Hessen, der die Drucksachenummer 12/456 erhalten hat, der Dringliche Antrag der Abg. Holzapfel, Prof. Breithaupt, Clauss, Dr. Rüdiger (SPD) und Fraktion betreffend Sicherung der Erinnerung an die Judengasse in Frankfurt mit der Drucksachenummer 12/457 und der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der F.D.P. für ein Gesetz zur Aufhebung von Bagatellsteuern, Drucks. 12/157. Dieser Antrag hat die Drucksachenummer 12/458 erhalten.

Mir ist aus dem Hause vor der Sitzung signalisiert worden, daß die Dringlichkeit aller Dringliche Anträge bejaht wird. Wie ich sehe, wird dem auch jetzt zugestimmt, so daß ich die Dringlichkeit feststelle.

Nach Absprachen, die ebenfalls vorher getroffen worden sind, wird mit den Anträgen dann wie folgt verfahren: Das Thema "Molke" ist bisher schon als Punkt 13 in der Tagesordnung enthalten. Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN wird somit Punkt 13 a, und der Dringliche Antrag wird Punkt 13 b der Tagesordnung. Es ist vereinbart worden, diesen Punkt heute nach Punkt 2 der Tagesordnung aufzurufen.

Der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherung der Erinnerung an die Judengasse in Frankfurt am Main wird Punkt 21 der Tagesordnung und soll nach den Absprachen, die getroffen worden sind, am Donnerstag um 9.00 Uhr aufgerufen werden.

Der Dringliche Antrag betreffend Entschließung zum Gesetz zur Aufhebung der Bagatellsteuern wird Punkt 19 b der Tagesordnung; die Zweite Lesung des Gesetzes ist somit Punkt 19 a. Dieser Punkt wird entweder nach Absprache zwischen den Fraktionen oder im Zuge der normalen Abhandlung der Tagesordnung aufgerufen.

Wenn wir uns insoweit über die Tagesordnung einig sind, habe ich noch festzustellen, daß mir mitgeteilt worden ist, daß Punkt 7 der Tagesordnung:

Große Anfrage des Abg. Hahn (F.D.P.) und Fraktion betreffend Strafvollzugsgesetz - Drucks. 12/238 zu Drucks. 12/146 -

heute abgesetzt werden soll. Trifft das zu, Herr Kollege Wilke?

(Wilke (F.D.P.): Jawohl!)

- Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Mitzuteilen habe ich noch, daß zu Punkt 3 der Tagesordnung eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart worden ist, und zwar mit der Möglichkeit für den einzelnen Redner, länger als 15 Minuten zu sprechen.

Ansonsten erhebt sich kein Widerspruch gegen die Tagesordnung; dann ist sie so beschlossen.

Zum Ablauf der Sitzungen teile ich mit, daß die heutige bis 18.00 Uhr dauern soll. Ich erinnere daran, daß anschließend im Raum 12 P die Wahlmänner zusammentreten; Stichwort: Wahl nichtrichterlicher Mitglieder des Staatsgerichtshofes und des Landesanwalts. Morgen und am Donnerstag sollen die Sitzungen jeweils von 9.00 bis 18.00 Uhr dauern.

Damit müßten die Formalien erledigt sein. - Das ist der Fall. Ich darf nun noch bekanntgeben, daß Staatsminister Koch am 27. August bis etwa 11.30 Uhr daran gehindert ist, an der Sitzung teilzunehmen. Seine Entschuldigung liegt mir schriftlich vor.

Nunmehr rufe ich Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Fragestunde - Drucks. 12/400 -

Frage 44, Frau Abg. Dr. Babel, bitte!

Dr. Babel (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Ist sie bereit, die im Staatsanzeiger Nr. 13 vom 30. März 1987 bekanntgegebenen Grundsätze zur beruflichen Förderung von Frauen im hessischen Landesdienst (Frauenför-

derplan) innerhalb des Bereichs der hessischen Verwaltung konsequent in die Praxis umzusetzen?

Präsident Lengemann:

Frau Staatssekretärin Geschka!

Staatssekretärin Geschka, Bevollmächtigte für Frauengelegenheiten:

Frau Abg. Dr. Babel, die Hessische Landesregierung sieht in der Durchsetzung des Frauenförderplans einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Frauen im Berufsleben, hier im besonderen im Dienste der Landesregierung und der nachgeordneten Behörden. Ich habe daher alle Ressorts angeschrieben und für die einzelnen Durchführungsmaßnahmen zum Frauenförderplan einen Zeitrahmen gesetzt.

In meinem Tätigkeitsbericht, den ich Ihnen in der letzten Sitzung etwa für Sommer 1988 avisiert habe, werde ich über den Erfolg der vorgesehenen Maßnahmen berichten.

Präsident Lengemann:

Frage 45 ist zurückgezogen worden.

Frage 46, Herr Kollege von Plottnitz, bitte!

von Plottnitz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

In welchen konkreten Einzelfällen wurden in Hessen in der Vergangenheit Richter oder Staatsanwälte auf Grund der in der Koalitionsvereinbarung von CDU und F.D.P. zum Thema Rechtspolitik festgestellten "bisherigen Parteibuchwirtschaft" ernannt oder befördert?

Präsident Lengemann:

Herr Justizminister!

Koch, Minister der Justiz:

Herr Abg. von Plottnitz, ich bitte um Nachsicht für die einfache Antwort. Es kann - das werden Sie verstehen - nicht Aufgabe der Landesregierung sein, Formulierungen in Koalitionsvereinbarungen politischer Parteien zu erläutern oder zu kommentieren.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Na, na!)

Ich kann Ihre Frage nicht beantworten.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Welteke!

Welteke (SPD):

Herr Minister, wenn Sie das für die Landesregierung so erklären, möchte ich Sie fragen, warum die Landesregierung in amtlichen Drucksachen - von mir mindestens in drei Fällen festgestellt - als Begründung für politisches Handeln auf die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und F.D.P. verweist.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Koch, Minister der Justiz:

Die Landesregierung kann zur Begründung ihrer Auffassung auf jedes Papier verweisen, aber nicht jedes

Papier bildet einen Grund für das Handeln der Landesregierung.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Fischer!

(Claus (SPD): Also ist die Koalitionsvereinbarung bereits Makulatur!)

Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):

Herr Minister, heißt das, daß die Koalitionsvereinbarung ein Papier ist, das keine Grundlage für das Handeln der Landesregierung darstellt?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Koch, Minister der Justiz:

Die Koalitionsvereinbarung ist eine Grundlage für das Handeln der Landesregierung.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aha!)

Wie sie handelt und was sie im einzelnen tut, erklärt sie dann selbst.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Lengemann:

Herr Abg. von Plottnitz!

von Plottnitz (GRÜNE):

Herr Minister, verstehe ich Ihre Worte richtig, daß die Landesregierung Scham über die diesbezüglichen Passagen der Koalitionsvereinbarung empfindet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Koch, Minister der Justiz:

Noch kürzer: Nein.

Präsident Lengemann:

Frage 47, Herr Abg. Hertle!

Hertle (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kinder wurden in den Städten Marburg, Kassel und Wiesbaden für die Klassen 5 der Gymnasial-, Real- und Hauptschulzweige zum 1. August 1987 angemeldet?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage beantworte ich wie folgt: In der Stadt Marburg für die Hauptschule keine Anmeldungen, für die Realschule 30 Anmeldungen und für das Gymnasium 308 Anmeldungen.

Stadt Kassel: für die Hauptschule 22 Anmeldungen, für die Realschule 103 Anmeldungen und für das Gymnasium 553 Anmeldungen.

Stadt Wiesbaden: für die Hauptschule 70 Anmeldungen, für die Realschule 182 Anmeldungen und für das Gymnasium 729 Anmeldungen.

Präsident Lengemann:

Frage 48, Herr Abg. Pfeil!

Pfeil (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Maßnahme ergreift sie, um die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz in Höhe von 230.489,-- DM (Drucks. 12/22 - über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben über 50.000 DM im vierten Vierteljahr 1986) zu verringern und gleichzeitig die Schwerbehindertenquote im Bereich der Landesbediensteten zu erhöhen?

Präsident Lengemann:

Herr Innenminister!

Milde, Minister des Innern:

Herr Kollege Pfeil, auf Ihre Frage darf ich wie folgt antworten: Die Landesregierung legt größten Wert darauf, im Bereich der Schwerbehinderten nicht nur ihre Pflicht zu erfüllen, sondern, wo es irgend geht, darüber hinaus positiv handeln zu können. Der Ministerpräsident hat die Kollegen im Kabinett darauf ausdrücklich noch einmal verpflichtet.

Zu Ihrer detaillierten Frage möchte ich Ihnen aber folgenden Verfahrensvorschlag machen: Ich habe dem Kabinett in der vorigen Woche einen sehr umfangreichen Bericht zu dieser Frage zugeleitet, und dieser Bericht wird dann dem Landtag zugeleitet. Mein Vorschlag wäre, daß wir anhand dieser sehr umfangreichen Unterlage die Frage im Ausschuß diskutieren und daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen. Wenn Sie damit einverstanden wären, wäre ich dankbar.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Pfeil!

Pfeil (F.D.P.):

Herr Minister Milde, darf ich Sie trotzdem fragen: Stimmen Sie mir darin zu, daß die bisherige rot-grüne Landesregierung im Gegensatz zu vielen Unternehmen in der freien Wirtschaft ihre sozialen Aufgaben in der Beschäftigung von Schwerbehinderten vernachlässigt hat?

Präsident Lengemann:

Herr Innenminister!

Milde, Minister des Innern:

In gewissem Rahmen, ja.

(Zuruf des Abg. Claus (SPD))

Präsident Lengemann:

Frage 49, Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Mittel stellt sie im Zusammenhang mit Technologie-Forschung für biotechnologische Risiko-Forschung zur Verfügung?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Wissenschaft und Kunst!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete, wir haben bisher, seit dieses Programm für Schwerpunktforschungsbereiche begonnen wurde, etwa 3 Millionen DM für diese Forschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Hieraus kann nicht beantwortet werden, welcher Teil dieser Summe in den Forschungsvorhaben für Sicherheitsforschung verwandt worden ist, weil die Sicherheitsforschung in diesem Bereich nicht isoliert von den gesamten Forschungsvorhaben gesehen werden kann, sondern integrierter Bestandteil auch der Forschungsvorhaben selbst sein muß.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, werden Sie die Forschungsvorhaben, wenn Sie sie bezuschussen, auch daraufhin überprüfen, ob Risiko-Forschung parallel mit vorgesehen ist?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Es gehört zu der Aufgabe von Wissenschaftlern, insbesondere in den Forschungsbereichen Molekularbiologie/Biotechnologie sehr genau darauf zu achten. Wir haben mit den Universitäten Ethik-Kommissionen verabredet. Die Technische Hochschule Darmstadt hat einen Ausschuß für biologische Sicherheit gebildet.

Das heißt, im gegenwärtigen Verabredungsstand mit den Universitäten ist Sorge dafür getragen, daß diese Bereiche nicht zu kurz kommen. Sollten Wissenschaftler eigene Anträge stellen, die speziell in diesen Bereichen vertiefte Forschungsvorhaben deutlich machen, würden wir sie gern fördern.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, sehen Sie einen Weg, auch das, was an Forschung im wirtschaftlichen Bereich - das heißt, in der Industrie - erfolgt, mit einer Risiko-Forschung zu begleiten?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Das, was in der Industrie erfolgt, unterliegt nicht der Zuständigkeit des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst. Ihm unterliegt aber sehr wohl eine Abwägung über die Gefahren gentechnologischer Forschung, damit auch einer Sichtweise, ob man die Richtlinie der Bundesregierung beachtet, auch einer Sichtweise, ob man bestimmte Experimente sehr kritisch abwägt.

Die Hochschulen haben zweifellos die Aufgabe in diesem Bereich, sich den Sicherheitsaspekten gentechnologischer Forschungen zu widmen. Der Sicherheitsaspekt gentechnologischer Forschungen hat aber zwei Seiten, einmal in der Forschung selbst, etwa in der Frage des biologischen Containments bei dem Thema Nukleinsäuren, zum anderen hinsichtlich der ethischen Seite der Abwägbarkeit. Diese kann ich weder den Hochschulen noch der Wissenschaft vorschreiben. Das muß eine eigene Entscheidung dieser beiden sein.

Präsident Lengemann:
Auf der Empore sehe ich unsere frühere Kollegin Trautmann. Herzlich willkommen, Frau Trautmann!
(Allgemeiner Beifall)

Frage 50, Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Computer und Computersysteme sind in Hessen mit welchen Folgen von der Zerstörung der Software durch "Programm-Viren" betroffen gewesen?

Präsident Lengemann:

Herr Justizminister!

Koch, Minister der Justiz:

Frau Abg. Dr. Streletz, die Zerstörung von Computer-Software durch Programm-Viren - das sind keine Viren, sondern das ist eine bestimmte Handlungsweise bei der Manipulation an diesen Apparaten - fällt unter den Straftatbestand des § 303 a StGB (Datenveränderung), der im Jahre 1986 als neue Strafvorschrift in das Strafgesetzbuch eingeführt worden ist. Danach kann mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft werden, wer rechtswidrig Daten löscht, unterdrückt, unbrauchbar macht oder verändert.

Über die Zerstörung von Computer-Software durch sogenannte Computer-Viren liegen der Hessischen Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Eine Blitzumfrage bei den hessischen Staatsanwaltschaften hat ergeben, daß Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen die §§ 303 a und 303 b StGB (Datenveränderung und Computersabotage) nicht anhängig sind.

Bei den in meinem Geschäftsbereich selbst eingesetzten Software-Systemen sind bisher Veränderungen der geschilderten Art nicht beobachtet worden.

Präsident Lengemann:

Frau Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, geben Sie mir recht, wenn ich sage: Wenn es bei der Justiz landet, dann sind das schon manchmal etwas fortgeschrittene Tatbestände?

Deswegen meine Frage an Sie: Haben Sie sich in der gleichen Blitzumfrage auch bei der Industrie selbst umgehört, die ja Hardware und Software herstellt?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Koch, Minister der Justiz:

Wir haben uns bei der Industrie nicht umgehört. Dazu würde es uns auch an Zuständigkeit fehlen. Das wäre eine

Frage, die der Wirtschaftsminister zu beantworten hätte.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Ich frage, ob der Wirtschaftsminister das beantworten kann.

Präsident Lengemann:

Mir ist der Minister der Justiz als Beantworter der Frage genannt. Ich kann die Frage nur an ihn weitergeben. - Bitte, Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Präsident, nachdem der Justizminister gesagt hat, daß er die Antwort nicht geben kann, sondern daß der Wirtschaftsminister zuständig ist, möchte ich den Justizminister, der in der Drucksache als Beantworter aufgeführt ist, bitten, den Wirtschaftsminister zu bitten, mir die Antwort dann schriftlich nachzureichen.

Präsident Lengemann:

Der Wirtschaftsminister ist von sich aus dazu bereit.

(Dr. Streletz (SPD): Sehr gut! - Fischer (Frankfurt)

(GRÜNE): Gegen alle Geschäftsordnung! Herr Schmidt ist ja Anarchist! Er kann sich doch nicht einfach über die Regeln hinwegsetzen und einfach ja sagen!)

Koch, Minister der Justiz:

Ich werde Ihrem Wunsch entsprechen.

Präsident Lengemann:

Frage 51, Herr Abg. Kahl!

Kahl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie an der Absicht fest, für alle Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I eine kommunikations- und informationstechnische Grundbildung einzuführen?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung bestätigt grundsätzlich die Absicht, eine informations- und kommunikationstechnische Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe des Schulwesens einzuführen.

Die Verwirklichung dieser Absicht setzt jedoch die Auswertung der Erfahrungen aus den bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Schulversuchen voraus. Außerdem muß die notwendige personelle und sächliche Ausstattung der Schulen gesichert und ein tragfähiges didaktisches Konzept in Übereinstimmung mit dem allgemeinbildenden Auftrag der Schulen entwickelt werden. Dies erfordert einen längeren Zeitraum bis zur endgültigen Einführung der informations- und kommunikationstechnischen Grundbildung in allen hessischen Schulen der Mittelstufe.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Kahl!

Kahl (SPD):

Herr Kultusminister, könnten Sie denn über den zeitlichen Rahmen etwas Konkreteres sagen?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses kann ich. Der Schulversuch hat im Februar 1987 begonnen und ist auf vier Jahre Erprobung angesetzt.

Präsident Lengemann:

Frage 52, Herr Abg. Lütgert!

Lütgert (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie eine Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk für notwendig?

Präsident Lengemann:

Herr Ministerpräsident!

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird die Zusammensetzung des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks daraufhin überprüfen, ob sie auch heute noch für die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt in Hessen repräsentativ ist. Derzeit läßt die Landesregierung den Entwurf eines Landesmediengesetzes durch eine Expertenkommission vorbereiten. Das Landesmediengesetz wird ebenfalls ein pluralistisch zusammengesetztes Gremium vorsehen, das die privaten Rundfunkveranstalter zuläßt und überwacht. In diesem Zusammenhang soll auch die Zusammensetzung des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks überprüft werden.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Lütgert!

Lütgert (SPD):

Herr Ministerpräsident, wann ist dann gegebenenfalls mit einer Novelle zum Rundfunkrecht zu rechnen?

Präsident Lengemann:

Herr Ministerpräsident!

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Das kann ich Ihnen, Herr Abgeordneter, in diesem Augenblick nicht exakt sagen. Wir sind darum bemüht, so zügig und schnell wie möglich zu einem Abschluß der vorbereitenden Arbeiten zu kommen und Ihnen dann eine entsprechende Initiative vorzulegen.

Präsident Lengemann:

Frage 53, Frau Abg. Dr. Babel!

Dr. Babel (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Trifft es zu, daß in Marburg auf Initiative des Staatlichen Schulamts Eltern beeinflusst wurden, von der Absicht, die Kinder an der Realschule anzumelden, zugunsten der Förderstufe abzusehen?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die auf Grund einer Elternbefragung vom Staatlichen Schulamt Marburg getroffene Entscheidung, keine Realschulstandorte in Marburg einzurichten, hatte zu einer erheblichen Verunsicherung der betroffenen Eltern geführt. Diese Entscheidung des Staatlichen Schulamtes wurde jedoch inzwischen korrigiert. In der Stadt Marburg gibt es nunmehr zwei Realschulangebote. Es sind dies die Emil-von-Behring-Schule und die Friedrich-Ebert-Schule mit zusammen 38 Schülern in den Klassen 5.

Für die Zukunft habe ich sichergestellt, daß sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Babel!

Dr. Babel (F.D.P.):

Darf ich noch einmal nachfragen. Herr Minister, trifft es zu, daß es zu Hausbesuchen und zu Gesprächen seitens der Lehrerschaft mit der gezielten Absicht gekommen ist, eine getroffene Schulwahlentscheidung zu ändern?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte in meiner Antwort bereits darauf hingewiesen, daß es Irritationen der Elternschaft in der Stadt Marburg und auch in der Umgebung gegeben hat

(Claus (SPD): Das war ja gerade die Frage, ob manipuliert worden ist!)

und daß im Hinblick auf die ursprünglich getroffene Entscheidung des Staatlichen Schulamtes eine Korrektur notwendig geworden war, die nunmehr sichergestellt hat, daß wieder Realschulangebot in Marburg möglich ist.

(Claus (SPD): Wieder nicht beantwortet!)

Präsident Lengemann:

Herr Holzapfel!

Holzapfel (SPD):

Herr Minister, dürfte ich Sie bitten, noch einmal die Frage klar zu beantworten, wie Sie zu dem Vorwurf stehen, daß das Schulamt manipuliert habe.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nicht den Vorwurf einer Manipulation gehört; ich habe auf die

Frage der Frau Abg. Babel geantwortet und habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Soltwedel!

Soltwedel (GRÜNE):

Ich möchte noch einmal darauf eingehen und von Ihnen ganz konkret wissen, ob die Tatsache, die Frau Dr. Babel soeben erwähnt hat, richtig oder falsch ist, daß solche Besuche stattgefunden haben.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Ich kann Ihnen aus einem ganz persönlichen eigenen Eindruck von einem Besuch einer Lehrerin in der Straße, in der ich wohne, berichten; aus eigenem Erleben.

(Boppel (GRÜNE): Sie machen alles aus eigenem Erleben! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Kopflastigkeit wird immer schwerer!)

Präsident Lengemann:

Frage Nr. 54, Herr Abg. Kappel!

Kappel (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Wo liegt nach Ansicht des Kultusministers die Obergrenze der Schülerzahl, von der an Klassen der Jahrgangsstufen 1 und 2 sowie 5 und 6 geteilt werden müssen?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Vorblatt zum Förderstufenabschlußgesetz vom 3. Juli 1985 erteilte die Auflage, in der Förderstufe die Klassenobergrenze von 25 Schülern zu realisieren. Dies hatte mein Amtsvorgänger in einem ersten Schritt zum Schuljahresbeginn 1986/87 für die Klassen 1 und 5 der Förderstufe durchgeführt. Er hatte mündlich gegenüber der Schulaufsicht und den Schulleitungen festgelegt, daß die sogenannte 25er-Regelung in vertretbarem Umfang flexibel gehandhabt werden solle, um lokalen Besonderheiten und pädagogischen Erwägungen Rechnung tragen zu können.

Dies habe ich unverändert für das Schuljahr 1987/88, allerdings für die Klassen 1 und 2 sowie 5 aller Schulformen und Klasse 6 der Förderstufe übernommen. Wie auch im Vorjahr wurde in diesem Schuljahr eine Klasse ab 29 Schülern geteilt.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Kappel!

Kappel (F.D.P.):

Ich frage Sie, Herr Minister: In den vergangenen Wochen ist mir wiederholt über die Medien die Information begegnet, daß sich die neuen Richtzahlen an der Schülerzahl 30 orientieren sollen. Sind Ihnen Klassen dieser Stärke bekannt? Und wie läßt sich diese Information erklären?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, Herr Abg. Kappel! Diese Informationen sind falsch. Die Anweisungen waren eindeutig und sind eindeutig. Ich will hier keine Wertung der Motivation solcher Meldungen, die in die Öffentlichkeit gelangt sind, vornehmen.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Holzapfel!

Holzapfel (SPD):

Herr Minister, wenn sich an der Praxis angeblich nichts geändert hat, wie erklären Sie sich dann, daß sich die Zahl der Klassen mit mehr als 25 Schülern allein im 1. Schuljahr von 60 im vorigen Jahr auf jetzt 200 erhöht hat; und wie erklären Sie sich, daß in diesem Schuljahr fast 20 Prozent der 5. Klassen mehr als 25 Schüler haben?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, Herr Abg. Holzapfel! Es haben sich insgesamt durch veränderte Jahrgangsbreiten natürlich auch Prozentteile der Schülerfrequenzen verändert. Das gilt übrigens auch für Klassen unter 20 Schülern. Wir haben in der Grundschule eine ganze Anzahl von Klassen der Jahrgangsstufe 1, die weit unter 20 Schülern liegen.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Korn!

Korn (CDU):

Herr Kultusminister, treffen Mitteilungen von Schulen zu, daß sie, wenn sie eine Jahrgangsbreite von 26 Schülern haben und dann statt einer Klasse zwei Klassen einrichten, also doppelt so viele Unterrichtsstunden zu halten haben, trotzdem nach den bisherigen gesetzlichen Regelungen und Verordnungen keine zusätzlichen Lehrerstunden zur Verfügung gestellt bekommen, um den zusätzlichen Unterricht abdecken zu können?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, Herr Abg. Korn! Mir ist kein Fall bekannt, in dem bei einer Jahrgangsbreite von 26 Schülern zwei 13er-Klassen gebildet worden sind. Aber ich füge hinzu, daß die Lehrerzuteilung in diesem Schuljahr noch nach der Schüler-Lehrer-Relation vorgenommen worden ist und daß in einem solchen Fall dann allerdings zusätzliche Lehrer nicht hätten zugeteilt werden dürfen - mit entsprechenden Folgen für den Unterrichtsausfall.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Kappel hat als Fragesteller noch eine Zusatzfrage. Bitte!

Kappel (F.D.P.):

Herr Minister, ich wiederhole meine Frage, weil ein Teil davon nicht beantwortet worden ist.

(Holzapfel (SPD): Das wird Ihnen nicht gelingen, Herr Kappel!)

Wie viele Klassen bis zur Stärke von 30 Schülern sind nach Ihrer Kenntnis zugelassen worden?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Es gibt für die Jahrgangsstufe 1 in Hessen nicht eine einzige Klasse, die über 30 Schüler verfügt.

Präsident Lengemann:

Frage 55, Herr Abg. Dr. Schlitzberger!

Dr. Schlitzberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Auswirkungen haben die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerks Würgassen auf die Bürger und Kommunen in Hessens Nordspitze?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit!

Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für das Kernkraftwerk Würgassen ist der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen die zuständige atomrechtliche Behörde. Es würde deshalb dort um Auskunft über die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerks Würgassen gebeten.

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat daraufhin mitgeteilt, daß erste wesentliche Ergebnisse der Überprüfungen im Herbst dieses Jahres zu erwarten sind und der Abschlußbericht 1988 vorliegen wird. Weitere Auskünfte sind uns zur Zeit leider nicht möglich.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Dr. Schlitzberger!

Dr. Schlitzberger (SPD):

Herr Minister Weimar, wie beurteilen Sie die Sicherheitsproblematik in und um Würgassen, insbesondere im Zusammenhang mit der bundesweiten Korruptionsaffäre in der Atomwirtschaft, in der Würgassen eine zentrale Rolle spielt?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:

Zu dem Sicherheitsaspekt insgesamt kann ich sagen, daß ich dort in der Linie der früheren Landesregierung bleiben werde, wonach solche Auskünfte dann von dem zuständigen Ministerium von benachbarten Bundesländern zu geben sind. Wir können uns nicht über Dinge äußern, zu denen wir unmittelbar überhaupt keine Information vorliegen haben.

Zum zweiten Punkt. Hinsichtlich der Frage nach den Auswirkungen von Transnuklear wird der Landtag, wie angekündigt, nach Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen die Informationen zugeleitet bekommen. Weitergehende Informationen als die, die wir bei der vorigen Landtagssitzung vorliegen hatten, haben wir derzeit nicht, so daß ich gegenwärtig auch dazu keine Auskunft geben kann.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Dr. Schlitzberger!

Dr. Schlitzberger (SPD):

Herr Minister Weimar, gehen Sie mit mir zumindest darin einig, daß auf Grund der Tatsache, daß 200.000 hessische Bürger im Sicherheitsbereich dieses Kernkraftwerks leben, Veranlassung zu einer Initiative wegen einer direkten Verantwortung der Hessischen Landesregierung gegeben ist?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:

Eine direkte Verantwortung der Hessischen Landesregierung ist nicht gegeben. Ich gehe im übrigen davon aus, daß der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen mindestens ebenso wie der Hessische Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit diese Maßnahmen nach Recht und Gesetz zur Durchführung bringt.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Müller (Gelnhausen)!

Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Minister, sehen Sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt schon in der Lage, die Aussage der Staatsanwaltschaft zu bestätigen, die ausdrücklich davon gesprochen hat, daß bei Transnuklear und dem Korruptionsskandal keine sicherheitsrelevanten Fragen berührt worden sind?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:

Es war unsere Bitte seitens des Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit in einem Gespräch zusammen mit der Bundesaufsicht und den ermittelnden Behörden beim Justizminister, daß uns jeweils nach dem neuesten Stand des Verfahrens Bericht gegeben wird, also insbesondere dann, wenn sich möglicherweise konkrete Maßnahmen für die Aufsichtsbehörde ergäben. Uns liegt derzeit die Information so vor, wie sie auch aus der Zeitung zu entnehmen war, wonach dort nichts Sicherheitsrelevantes aus dem Korruptionsskandal zu befürchten sei. Das ist der derzeitige Stand der Dinge.

Aber ich sage ausdrücklich dazu, daß wir uns selbstverständlich vorbehalten haben, nach Abschluß der Ermittlungen - die ja bundesweit zu führen sind und nicht nur in Hessen geführt werden - und nach dem Vorliegen der entsprechenden Berichte die geeigneten Maßnahmen in die Wege zu leiten. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge ergibt sich jedoch für uns kein Handlungsbedarf.

Präsident Lengemann:

Frage 56, Herr Abg. Dr. Schlitzberger!

Dr. Schlitzberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie das den SV Dietzenbach betreffende Steuerurteil des Amtsgerichts Darmstadt, insbesondere mit Blick auf Ehrenamtliche in gemeinnützigen Sportvereinen?

Präsident Lengemann:

Herr Finanzminister!

Kanther, Minister der Finanzen:

Die Landesregierung schätzt den Beitrag der ehrenamtlichen Helfer aller Art in den Sportvereinen außerordentlich hoch ein, wie wir sicherlich alle.

Davon unabhängig handelt es sich bei dem angesprochenen Urteil des Amtsgerichts Darmstadt, das noch nicht einmal rechtskräftig ist, um die strafrechtliche Würdigung von Vorgängen im Umfeld eines Dietzenbacher Vereins und des um ihn herum angesiedelten Förderkreises und um die Verantwortlichkeit einzelner vor einem unabhängigen Gericht. Die Landesregierung sieht es im Hinblick auf den Grundsatz der Gewaltenteilung nicht als ihre Aufgabe an, den auf dem Boden der gegenwärtigen Rechtslage getroffenen Strafausspruch eines Schöffengerichts öffentlich zu bewerten.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, teilen Sie die Auffassung, die das Gericht seinem Urteilsspruch zugrunde gelegt hat, daß Spitzensportler praktisch als Angestellte eines Vereins zu betrachten sind? Halten Sie es für möglich, daß dieses Urteil in der Praxis von Sportvereinen, speziell wenn sie Spitzensportler haben, erhebliche finanzielle Auswirkungen hat?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Kanther, Minister der Finanzen:

Zweifelsfrei kann das Urteil erhebliche Auswirkungen auf das Finanzgebaren von Vereinen haben. Aber um diese beurteilen zu können, fernab von dem konkreten Verfahren, etwa als Steuersachverständiger oder Betriebsprüfer, müßte man zunächst einmal die Rechtskraft des Urteils abwarten, Frau Abgeordnete. Im übrigen bleibe ich dabei, weil Sie eben den Minister fragten, daß Minister nicht ein Strafurteil beurteilen sollten.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Dr. Schlitzberger!

Dr. Schlitzberger (SPD):

Herr Minister Kanther, ungeachtet der von Ihnen vortragenen juristischen Problematik ist unstrittig, daß es eine breite Unruhe in ehrenamtlichen Funktionärskreisen in allen Sportvereinen und -verbänden gibt. Ich frage Sie deshalb: Plant die Landesregierung Initiativen zur Ver-

einfachung des Steuerrechts, zur Entbürokratisierung, zur Entlastung eben dieser ehrenamtlich Tätigen?

Präsident Lengemann:

Herr Finanzminister!

Kanther, Minister der Finanzen:

Die Landesregierung plant, mit einem Ratgeber für die wirtschaftlichen Belange von Vereinen erneut an die Öffentlichkeit zu treten und diesen schwierigen und uneigennütigen Bereich in den Vereinen nach Kräften zu erleichtern. Aber die Komplexität der hier abgefragten Materie, zu der es auch Bundesratsinitiativen gibt, ist bei weitem zu groß, Herr Abgeordneter, um sie im Rahmen der Fragestunde im einzelnen darlegen zu können.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Ernst!

Ernst (SPD):

Herr Minister, Sie haben zu Beginn betont, wie hoch die Landesregierung das ehrenamtliche Element in den gemeinnützigen Vereinen einschätzt. Ich frage Sie: Wird denn die Landesregierung, wenn es im Rahmen der Steuerreform einen Vorschlag geben sollte, die Übungsleiterpauschale zu streichen, sich dem bei den Beratungen im Bundesrat widersetzen?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Kanther, Minister der Finanzen:

Die Landesregierung wird zu den Vorschlägen im Rahmen der Steuerreform dann Stellung nehmen, wenn sich diese Fragestellung ergibt.

Präsident Lengemann:

Frage 57, Herr Abg. Müller (Gelnhausen)!

Müller (Gelnhausen) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wo existiert in Hessen ein Informationszentrum, das in Tag- und Nachtbereitschaft Auskünfte bei akuten Vergiftungen erteilt?

Präsident Lengemann:

Herr Sozialminister!

Trageser, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Hessen besitzt kein Informationszentrum für Vergiftungen mit einem durchgehenden 24-Stunden-Dienst. Die Informationszentren - beruhend auf Länderabsprachen - insbesondere in Mainz, Koblenz, Bonn und Göttingen stehen im Bedarfsfall auch hessischen Bürgern zur Verfügung. Bisher ergab sich aus diesem Tatbestand kein erkennbarer Nachteil für die hessische Bevölkerung.

Die zunehmend erkannte Gefährdung durch Gifte in der Umwelt wird jedoch zum Anlaß genommen, seitens der Hessischen Landesregierung nochmals zu prüfen, ob nicht dennoch eine eigene hessische Einrichtung sinnvoll wäre und wo diese gegebenenfalls realisiert werden könnte. Dabei ist sicher auch zu prüfen, ob ein Anschluß an die vorhandene und im Ausbau befindliche Giftstoff-

datenbank des Bundesgesundheitsamtes installiert wird; denn die Landesregierung ist der Auffassung, daß durch eine solche zentrale Sammlung von Daten ein Zugriff bundesweit relativ schnell hergestellt werden kann und entsprechende Auskünfte erteilt werden können.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Müller (Gelnhausen)!

Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Minister, liegen Ihnen schon Schätzungen vor, die Aussagen über die möglichen Kosten dieses Anschlusses erlauben?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Trageser, Sozialminister:

Mir liegen derzeit keine Schätzungen vor, aber ich bin gern bereit, mich in dieser Angelegenheit zu informieren und das gegebenenfalls nachzutragen.

Präsident Lengemann:

Frage 58, Herr Kollege Dr. Dr. Bökemeier!

Dr. Dr. Bökemeier (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Erfolgchancen sieht sie für die Bemühungen von Gebietskörperschaften und Bürgerschaft in Waldeck-Frankenberg, den Personenverkehr auf der Schienenstrecke Wabern - Bad Wildungen - Korbach - Brilon Wald (Eisenbahnstrecke 532) zu erhalten?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Wirtschaft und Technik!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, der Landesregierung ist bekannt, daß zur Erhaltung des Schienenpersonenverkehrs auf der DB-Strecke Wabern - Bad Wildungen - Korbach - Brilon Wald verschiedentlich Resolutionen verfaßt wurden. Nach aller Erfahrung werden Resolutionen und ähnliche Aktivitäten die Bundesbahn nicht davon abhalten, für Strecken, deren Wirtschaftlichkeit sie nicht als gegeben ansieht, das Anhörungsverfahren nach § 44 Bundesbahngesetz mit dem Ziel der Einstellung des Schienenpersonenverkehrs unter Umstellung auf Busbetrieb einzuleiten.

Die Strecke Wabern - Brilon Wald gehört zu den gefährdeten Strecken. Da die Landesregierung sich für die Erhaltung eines Schienengrundnetzes einsetzt, zu dem nach ihrer Auffassung auch die genannte Strecke gehört, hat sie eine Untersuchung der Nahverkehrsstrecken in Hessen in Auftrag gegeben, die demnächst abgeschlossen sein wird. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen der Vorbereitung eines entsprechenden Vertrages mit der Deutschen Bundesbahn zur Erhaltung der entsprechenden Strecken dienen.

In der Folge dieses Vertrages wird es jedoch angesichts der Forderungen der Bundesbahn nach einem wirtschaftlichen Betrieb ihrer Schienenstrecken notwendig werden, daß sich unter Umständen neben dem Land auch die interessierten kommunalen Gebietskörperschaften durch konkrete Maßnahmen, das heißt gegebenenfalls auch

durch ein finanzielles Engagement, für die Erhaltung des Schienenpersonenverkehrs einsetzen.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Dr. Streletz!

Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, heißt das, daß das Modell, das für die S-Bahn in den Rodgau entwickelt worden ist, jetzt überall Anwendung finden soll, wo die Entblößung von öffentlichen Bahnstrecken droht?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Frau Abgeordnete, das ist keine Frage, die unmittelbar in Zusammenhang mit der gestellten steht. Hier geht es um die Erhaltung von Strecken der Bundesbahn in der Fläche, die die Bundesbahn aus Wirtschaftlichkeitsgründen einstellen will, die wir überprüfen und unter Umständen auch aus Gründen des Fremdenverkehrs erhalten wissen wollen. Hierzu sind Vertragsverhandlungen anhängig. Ich hoffe, daß wir sie in den nächsten Wochen abschließen können.

Präsident Lengemann:

Herr Kollege Rausch!

Rausch (SPD):

Herr Minister, Sie haben schon angesprochen, daß eine Studie angefertigt wird. Als weiteres Stichwort haben Sie eben den Fremdenverkehr genannt. Dieser ist von eminenter Bedeutung, gerade für den Bereich des Edersees und der umliegenden Gebiete. Auch die Badestadt Wildungen spielt hier eine besondere Rolle. Daher ist es im Interesse des Landes, daß die Landesregierung verstärkt diese Komponente in die Diskussion einbringt.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Rausch, ich teile Ihre Auffassung. Es ist nicht nur der Fremdenverkehr, der uns interessiert. In dem Zusammenhang muß natürlich auch von Interesse sein, daß hier und da die Anbindung von Industrieunternehmen an das Schienennetz gegeben ist.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Dr. Bökemeier!

Dr. Dr. Bökemeier (SPD):

Herr Minister, sind Sie in der Lage, schon eine Aussage darüber zu machen, ob das Land Hessen gegebenenfalls bereit wäre, sich finanziell an einer von Ihnen so geschilderten Lösung zu beteiligen?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, ich würde keinen Sinn in Verhandlungen sehen, wenn nicht auch eine solche Möglichkeit eingeschlossen wäre.

Präsident Lengemann:

Herr Dr. Bökemeier, Sie haben das Wort.

Dr. Dr. Bökemeier (SPD):

Herr Minister, ich möchte Sie gern noch fragen, ob es bereits Verhandlungen mit dem zuständigen Kreis Ausschuß über diese Frage gegeben hat.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, solche Verhandlungen sind mir nicht bekannt. Ich darf aber davon ausgehen, daß im Rahmen der Verhandlungen jeweils auch von den kommunalen Gremien Informationen eingeholt worden sind.

Präsident Lengemann:

Frage 59, Herr Abg. Ernst!

Ernst (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wird sie den Planfeststellungsbeschuß für den Abschnitt Borken - Schwalmstadt der Bundesautobahn 49 erlassen, bevor geklärt ist, ob, wann und wie es südlich von Schwalmstadt weitergeht?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Wirtschaft und Technik!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, für die Gesamtstrecke der A 49 hat der Bundesminister für Verkehr im Jahre 1983, wie Sie wissen, die Linienführung nach § 16 Bundesfernstraßengesetz bestimmt. Dabei wurde im Bereich südlich von Schwalmstadt die Variante 1, die sogenannte Ohmtaltrasse, festgelegt. Diese Trasse wird der weiteren Planung zugrunde gelegt. Insofern existiert die in der Frage unterstellte Unklarheit bezüglich der Linienführung südlich von Schwalmstadt nicht. Es ist beabsichtigt, den Planfeststellungsbeschuß für den Abschnitt Borken - Schwalmstadt so schnell wie möglich zu erlassen.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Wagner (Angelburg)!

Wagner (Angelburg) (SPD):

Herr Minister, ich frage Sie: Wird sich Ihr Ministerium noch einmal mit der Trassenführung auseinandersetzen, oder ist die sogenannte Ohmtaltrasse, gegen die sich alle kommunalen Gremien, auch alle Parteien, auch die Ihre, ausgesprochen haben, für Sie das letzte Wort?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das heißt nichts!)

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Für mich ist die Grundlage aller weiteren Bemühungen die linienbestimmte Trasse, die ich Ihnen eben genannt habe.

Präsident Lengemann:

Herr Kollege Ernst!

Ernst (SPD):

Herr Minister, ich muß vorausschicken, daß ich nicht unterstellt habe, daß es im Hinblick auf die Linienführung keine Klarheit gäbe. Die gibt es. Meine Frage lautet, ob Sie diesen Abschnitt Borken - Schwalmstadt planfeststellen wollen, bevor geklärt ist, ob es weitergeht. Ich frage das deswegen, weil für den Teil Kirchhain - Lumda, was den Bundesverkehrswegeplan angeht, eine Planung vorgesehen ist. Meine Frage bezieht sich darauf, wann es weitergeht. Nur der Teil, wie es weitergeht, ist von Ihnen geklärt. Deswegen frage ich noch einmal nach.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, ich verstehe Ihre Sorge, die sich darauf richtet, daß möglicherweise begonnen wird und vor Schwalmstadt in diesem Falle - das würde in anderen Teilabschnitten ebenfalls zutreffen - aufgehört wird und dort verkehrliche Probleme entstehen. Ich kann Ihnen versichern, daß meine Bemühungen von Anfang an darauf gerichtet waren und auch in der Zukunft sein werden, die gesamte Maßnahme fertigzustellen, und daß parallel zu den zu Beginn notwendigen Maßnahmen alle anderen Maßnahmen eingeleitet werden, um die Strecke insgesamt bis nach Lumda fertigzustellen.

Präsident Lengemann:

Herr Kollege Wagner (Angelburg)!

Wagner (Angelburg) (SPD):

Herr Minister, ich darf noch einmal wiederholen. Sie haben gesagt, daß die Ohmtaltrasse für Sie feststeht. Darf ich daraus schließen, daß Sie es halten wie der Herr Justizminister, daß nämlich die Aussagen, die von CDU und F.D.P. für diesen Bereich vor den Wahlen getroffen worden sind, für Sie nicht bindend sind?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, ich orientiere mich an den Realitäten. Festgestellt ist die Ohmtaltrasse. Im Rahmen dieser linienbestimmten Trasse sind Diskussionen möglich, wie die Ausführung hinterher aussieht, ob Korrekturen geringerer Art möglich sind. Aber diese linienbestimmte Trasse, die Ohmtaltrasse, ist meine Orientierung für die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme. Da gibt es gar keine Irritationen, und wenn es noch welche gab, Herr Abgeordneter, hoffe ich, sie hiermit ausgeräumt zu haben.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Ernst als Fragesteller hat die letzte Zusatzfrage.

Ernst (SPD):

Herr Minister, ich muß noch einmal folgendes nachfragen: Sie haben mitgeteilt, daß Sie sobald wie möglich einen Planfeststellungsbeschluß für den Abschnitt Borken - Schwalmstadt erlassen wollen. Ich gehe davon aus, daß dieses dann auch bedeuten würde, daß nur mit dem Bau dieses Abschnittes begonnen werden kann und daß dann, bevor es südlich von Schwalmstadt weitergeht, ein solcher Abschnitt dem Verkehr übergeben werden könnte. Wenn dieses eintreten sollte, dann muß ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß ein solcher isolierter Bauabschnitt im Bereich Schwalmstadt nicht zu einer Entlastung, sondern zu einer zusätzlichen Belastung mit Verkehr, insbesondere mit Schwerverkehr, führen würde, und ein solcher isolierter Bauabschnitt in Schwalmstadt dann auch auf erheblichen Widerstand stoßen wird.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das steht morgen in der Zeitung!)

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Gestatten Sie, Herr Abg. Ernst, daß ich etwas verwundert reagiere, denn diese Problematik hätten Sie ja auch schon feststellen können, als Sie die Maßnahme an dem Punkt, nämlich bei Borken, eingestellt haben. Sie dürfen davon ausgehen, meine Absicht ist es, es nirgendwo zu irgendwelchen Verkehrsproblemen dadurch kommen zu lassen, daß die Maßnahme, auf Jahre blockiert, irgendwo stockt. Mir liegt daran, diese Maßnahme insgesamt, die A 49 insgesamt fertigzustellen.

Präsident Lengemann:

Frage 60, Herr Abg. Ernst!

Ernst (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist sie bereit, bei der Preussenelektra darauf zu dringen, daß das geplante 520-MW-Steinkohlekraftwerk in Borken errichtet wird?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Wirtschaft und Technik!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, die Landesregierung begrüßt die Absicht der Preussenelektra, ein mit modernsten Umweltschutzvorrichtungen ausgerüstetes Steinkohlekraftwerk im südlichen Teil des Versorgungsgebietes, also in Hessen - das ist das wesentliche -, zu errichten. Dies entspricht auch meinem energiepolitischen Anliegen, der deutschen Steinkohle einen wichtigen Versorgungsbeitrag in der Energiebereitstellung zu sichern:

Wie Ihnen bekannt ist, haben sich die zuständigen Gremien der Preussenelektra dabei für den Standort Staudinger entschieden (Beschluß des Aufsichtsrates vom 15. Mai 1987). Die erforderliche Anzeige des Kraftwerkvorhabens nach § 4 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz liegt der Energieaufsicht bislang noch nicht vor. Entscheidungen über Art, Größe und Standort neu zu errichtender Kraftwerke sind Sache des Betreibers. Die Landesregierung muß diese Entscheidung, soweit sie nicht in fachgesetzlichen Verfahren, zum Beispiel nach dem Energiewirtschaftsgesetz, beanstandet werden könnte, respektive

ren. Eine solche Beanstandungsmöglichkeit sehe ich im vorliegenden Fall im Moment jedenfalls nicht.

Unabhängig davon setzt sich die Landesregierung für die Erhaltung des Kraftwerkstandortes Borken ein. Dies ist unter anderem in der Koalitionsvereinbarung von CDU und F.D.P. für die 12. Legislaturperiode des Hessischen Landtags ausgeführt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die wollen wir doch heute nicht mehr zitieren!)

- Herr Kollege Fischer, wenn Sie die Koalitionsvereinbarung noch nicht gelesen haben sollten, will ich Ihnen diese Information hiermit mündlich geben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie hätten vorhin zuhören sollen!)

Herr Abg. Ernst, um auf Ihre Frage zurückzukommen: Welche Anlage für Borken in Frage kommt, muß dann erneut geprüft werden, wenn diese Entscheidung ansteht. Zwar kann späteren Verwaltungsverfahren nicht vorgegriffen werden, aber ich darf Ihnen sagen, daß ich einem Vorhaben, wie es jetzt für Staudinger vorgesehen ist, auch für Borken durchaus positiv gegenüberstehe.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Rausch!

Rausch (SPD):

Herr Minister, Sie haben sich darauf zurückgezogen, daß Sie sagen: Der Betreiber muß einen entsprechenden Antrag stellen, dann werden wir reagieren. Nun wissen Sie, daß Ihre Koalitionsvereinbarung eine Aussage macht, die recht nebulös ist, denn da steht etwas von umweltfreundlich. Nun fragen mich natürlich vor Ort die Leute: Was bedeutet das? Wir wissen auch aus Äußerungen Ihrer Partei, aber auch Ihres Koalitionspartners, daß es sehr unterschiedliche Einschätzungen gibt, wie es weitergehen soll. Die Frage des Kollegen Ernst hebt eindeutig auf ein Steinkohlekraftwerk als Nachfolgekraftwerk ab. Ich meine, Sie müßten erklären, ob denn von Ihrer Seite aus hierfür die volle Unterstützung gewährleistet ist, da die andere Realisation, egal, ob da Ihre Philosophie HTR - ich sage das einmal so; ich bitte, mir das nicht übelzunehmen - zieht oder eine andere Konstruktion. Ich meine aber, die haben beide wenig Chancen einer Realisation. Insofern habe ich die Frage: Würden Sie denn das Ansinnen des Kollegen Ernst positiv bearbeiten?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Rausch, ich nehme Ihnen natürlich keinerlei Fragen, die Sie hier stellen, übel, ich versuche vielmehr, sie zu beantworten, soweit ich das kann. Im Moment sehe ich keine Veranlassung, Ihnen eine weitergehende Antwort zu diesem Fragenkomplex zu geben als die, die ich Ihnen geben konnte. Ich will Ihnen nichts verheimlichen, aber ich kann Ihnen im Moment keine weitere Auskunft zu dieser Frage geben.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Ernst!

Ernst (SPD):

Herr Minister, ich verstehe, daß Sie sagen, Sie können im Augenblick nicht erkennen, daß es ausreichen würde, das Vorhaben der PREAG nach § 4 Energiewirtschaftsgesetz zu beanstanden. Ich stelle aber noch einmal die Frage - darauf bezog sich meine Frage 60 auch -, ob Sie bereit sind, mit der PREAG, jetzt Preussenelektra, Gespräche darüber zu führen, daß die Preussenelektra unter Umständen unter den strukturpolitischen Gesichtspunkten, die die Landesregierung in ein solches Gespräch einbringen könnte, bereit wäre, auch auf einen Standort Borken für ein solches Steinkohlekraftwerk einzugehen. Das ist die Frage.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Ernst, ich nehme an, daß mein Vorgänger im Aufsichtsrat der Preussenelektra, Herr Abg. Krollmann, in der Vergangenheit eine Reihe solcher Gespräche geführt hat. Ich werde diese Gespräche in der Absicht fortsetzen, auch für Borken dann, wenn die Entscheidung ansteht, eine Kraftwerksentscheidung zu bekommen.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Becker (Nidda)!

Becker (Nidda) (SPD):

Herr Minister, ich schließe aus ihrer Antwort, daß der Standort Wölfersheim der PREAG als zukünftiger Standort für ein Kraftwerk auszuschließen ist. Teilt die Landesregierung diese Auffassung? Wenn sie diese Auffassung nicht teilt, was gedenkt sie dann eventuell noch für Wölfersheim tun zu können?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, ich bin zunächst einmal froh darüber - ich glaube, ich habe das in der Antwort zum Ausdruck gebracht -, daß die PREAG überhaupt in Hessen in einen Kraftwerksblock investiert.

Wie ihre weiteren Überlegungen aussehen, wie die Unternehmensstrategie aussieht, wo sie weitere Kraftwerksstandorte plant, werde ich frühestens, so denke ich, in der nächsten Aufsichtsratssitzung - der ersten, an der ich teilnehmen werde - erfahren.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Ernst!

Ernst (SPD):

Herr Minister, noch eine letzte Frage. Unabhängig von den Planungen der PREAG frage ich Sie: Wann wird denn die Landesregierung von unverbindlichen Erklärungen zu dem Standort Borken zu einer echten Meinungsbildung kommen?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, ich wundere mich, daß Sie mir diese Frage stellen. Sie hätten sich die Antwort während der Zeit Ihrer Verantwortung hier selbst geben können. Ich will sie Ihnen trotzdem geben. Unsere Auskunft zu Borken ist keineswegs unverbindlich. Wir haben gesagt: Der Kraftwerkstandort Borken wird erhalten. Wenn die Entscheidung für die Errichtung eines Kraftwerks in Hessen ansteht, dann werden wir diese Entscheidung nicht blockieren.

Präsident Lengemann:

Frage 61, Herr Abg. Rausch!

Rausch (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie an der Zusage fest, daß nach Renovierung des Klosters Heydau in Morschen das Landesmuseum für Volkskunde dort untergebracht werden soll?

Präsident Lengemann:

Herr Minister für Wissenschaft und Kunst!

Dr Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich kenne eine solche Zusage der Landesregierung, Herr Abgeordneter, nicht. Die frühere Landesregierung hat auch keine Zusage gegeben, ein Landesmuseum für Volkskunde dort einzurichten, sondern es hat sich die Frage gestellt, ob Teile der Sammlungen in Kassel, die dem bäuerlichen Lebensraum zuzuordnen sind, gegebenenfalls im Kloster Heydau dann präsentiert werden könnten.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Rausch!

Rausch (SPD):

Herr Minister, kann ich daraus entnehmen - Sie haben ja auch in Presseveröffentlichungen in der Richtung etwas gesagt -, daß Sie weiterhin die Bemühungen der alten Landesregierung im Hinblick auf die Renovierung des Klosters Heydau in der Weise fortführen wollen? Damit ist auch irgendeine Nutzung verbunden.

In diesem Zusammenhang gab es Erklärungen der alten Landesregierung, daß diese Möglichkeit, die Sie hier eben präzisiert haben, auch gegeben sei. Werden Sie das auch in Zukunft in dieser Richtung, meinetwegen auch in Teilbereichen - ich kann nicht beurteilen, welche Größenordnung die gesamte Ausstellung hat - verfolgen, damit gewährleistet wird, daß Heydau einem vernünftigen Zweck zugeführt wird?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich bin zu allen guten Lösungen bereit. Für Heydau muß ein Nutzungskonzept erarbeitet werden. Für Heydau - das möchte ich hier bemerken - muß auch das Finanzierungskonzept noch erstellt werden, denn von der einfachen Statusbestimmung, die die alte Landesregierung für Heydau zurückgelassen hat, kann ein 15-Millionen-Projekt nicht finanziert werden. Das wäre ja sehr wahrscheinlich die Gesamtkostensumme.

Gegenwärtig bin ich dabei, Herr Abgeordneter, sowohl über das Nutzungskonzept, wobei man auch den gemeindlichen Teil bedenken muß, als auch über das gesamte Finanzierungskonzept nachzudenken. Da dieses gesamte Finanzierungskonzept so fest noch nicht steht, muß ich mich gegenwärtig mit großer Eilbedürftigkeit darum bemühen, daß nicht Mittel beim Bund verfallen, die jetzt für die Dachsanierung dringend gebraucht werden.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Wagner (Darmstadt)!

Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Minister, darf ich Ihrer Antwort entnehmen, daß Sie gewillt sind, beim Kloster Heydau nicht den zweiten Fall Friedrichstein entstehen zu lassen, daß heißt, erst eine Restaurierung vorzunehmen und hinterher zu überlegen, welche Nutzung möglich ist, also eine integrierte Verfahrensweise in Zukunft zu suchen, die klarmacht, daß in denkmalgeschützten Bauten eine angemessene Nutzung hineinkommt?

Der zweite Teil, den Herr Rausch hier genannt hat, befaßt sich mit der Volkskunde. Darf ich davon ausgehen, daß Sie nach Wegen suchen, den im Museumsentwicklungsplan vorgesehenen Ausbau und die Präsentation der drei großen Volkskundesammlungen im Landesmuseum Darmstadt, in Marburg und in Kassel endlich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Die von Ihnen, Frau Abgeordnete, genannten Standorte bestehen. Ich habe nicht die Absicht, den Standort Kassel zum Standort Heydau zu machen, sondern ich habe die Absicht, bei der Nutzungsentscheidung für Heydau zu überlegen, welche Teile des Standorts Kassel vielleicht in Heydau günstiger präsentiert werden können.

Den anderen Part spielt die Gemeinde, mit der das Nutzungskonzept auch zu besprechen ist. Den dritten Part spielt der Bund durch die Zonenrandmittel, die er dort gibt.

Wir müssen gegenwärtig davon ausgehen, daß wir dem Bund gegenüber ein Gesamtfinanzierungskonzept in dem Volumen, das ich vorhin genannt habe, darstellen müssen. Dies bedeutet für uns ernsthafte Anstrengungen in bezug auf die Ausstattung des Denkmalschutzetats im nächsten Landeshaushalt. Ohne eine solche Ausstattung wäre alles andere nur Schall und Rauch, was man zum Thema Heydau sagen würde. Das heißt, mir kommt es auf eine solide Gesamtfinanzierung mit paralleler Nutzungsentscheidung an.

Präsident Lengemann:

Herr Abg. Rausch!

Rausch (SPD):

Herr Minister, können Sie sagen, zu welchem Zeitpunkt etwa das Nutzungs- und Finanzierungskonzept auf dem Tisch liegen könnte? Ich will Sie nicht auf einen Monat festlegen. Mir geht es nur darum, daß ich vor Ort die Auskunft erteilen kann, wie es in Heydau weitergehen soll.

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich hätte diese Entscheidung auch lieber heute als morgen. Ich kann sie aber jetzt abschließend nicht beurteilen, weil ich mir Klarheit darüber verschaffen muß, ob - das ist die wichtigste Aufgabe - die beim Bund zur Verfügung stehenden Mittel jetzt für die Dachsanierung eingesetzt werden können und wie die Haushaltslage 1988 beim Denkmalschutz aussieht. Dazu würde ich dann auch parallel ein Nutzungskonzept aus unserer Sicht vorlegen, und zwar sobald wie möglich, Herr Abgeordneter. Ich will aber keine falsche Nutzungsentscheidung vorlegen, über die wir uns hinterher vielleicht beklagen müßten.

Präsident Lengemann:

Frage 62, Frau Abg. Wagner (Darmstadt)!

Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Möglichkeiten sieht sie, Meisterinnen, die im eigenen Haushalt ein Hauswirtschaftspraktikum durchführen, einen Zuschuß zu gewähren?

Präsident Lengemann:

Herr Kultusminister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Ende der siebziger Jahre sind an öffentlichen beruflichen Schulen in Hessen vollschulische Berufsausbildungsgänge für den Ausbildungsberuf Hauswirtschaftler/Hauswirtschaftlerin eingerichtet. Von diesem Angebot haben bisher etwa 1.000 junge Mädchen Gebrauch gemacht.

Im Rahmen des in der Regel zweijährigen Ausbildungsganges sind betriebliche Praktika im Gesamtumfang von bis zu acht Wochen festgelegt worden. Diese Festlegung erfolgte seinerzeit mit ausdrücklicher Zustimmung der ausbildenden Wirtschaft.

Bisher sind von den Betrieben und den Wirtschaftsverbänden keine Forderungen nach Zuschüssen erhoben worden. Dies gilt sowohl für die jährlich über 60.000 Betriebspraktikanten der Klassen 8 bis 10 der Mittelstufe als auch für die rund 5.000 Teilnehmer der verschiedenen beruflichen Schulformen an Betriebspraktika.

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf fehlende Haushaltsmittel sehe ich keine Zuschußmöglichkeit für Hauswirtschaftspraktika.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Wagner (Darmstadt)!

Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Kultusminister, darf ich Sie nur fragen, ob Ihnen nicht Verlautbarungen und Resolutionen Ihrer Kollegin und ehemaligen Vorsitzenden des Landfrauenverbandes bekannt sind, die sich immer wieder dafür eingesetzt hat, daß insbesondere Hausfrauen im ländlichen Bereich, die Praktikanten aufnehmen, doch einen gewissen Zuschuß für ihre Leistung in der Berufsausbildung erhalten?

Präsident Lengemann:

Herr Minister!

Dr. Wagner, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, da die von Ihnen angesprochene Dame direkt neben mir sitzt, werde ich mich sofort unmittelbar bei ihr unterrichten.

Präsident Lengemann:

Frage 63, Frau Abg. Blaul!

Blaul (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie die Kürzung der Gelder von Pro Familia Hessen für die institutionelle Förderung beziehungsweise für die Beratungsarbeit?

Präsident Lengemann:

Herr Sozialminister!

Trageser, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist bemüht, trotz der bekannten Problemstellungen bei den Finanzen bewährte Hilfestrukturen nicht in Frage zu stellen. Über die tatsächlich möglichen Mittelbereitstellungen im Haushalt 1988 läßt sich aber zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Aussage treffen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sämtliche Prüfungsunterlagen liegen noch nicht vor!)

Präsident Lengemann:

Frage 64 ist die letzte, die in der heutigen Fragestunde aufgerufen werden kann. Frau Abg. Korwisi!

Korwisi (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es zutreffend, daß die biologisch-organisch wirtschaftende Staatsdomäne Gladbacher Hof wieder in konventioneller Weise, also chemo-technisch, bewirtschaftet werden soll?

Präsident Lengemann:

Frau Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz!

Reichhardt, Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antwort lautet nein. Der Gladbacher Hof wird weiterhin nach den Rahmenrichtlinien des biologischen Landbaus bewirtschaftet.

Präsident Lengemann:

Frau Abg. Soltwedel!

Soltwedel (GRÜNE):

Ich freue mich, Frau Ministerin, daß das der Fall ist. Ich möchte weiter fragen, wie es mit den Umstellungsplänen für andere Staatsdomänen auf biologisch-organische Wirtschaftsweise aussieht.

Präsident Lengemann:

Frau Ministerin!

Reichhardt, Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz:

Frau Abgeordnete, das Hofgut Otterbach begann 1986 mit der Umstellung auf biologischen Landbau. Hier sind die Hauptprodukte: Getreide, Körnerleguminosen, Knollen- und Wurzelfrüchte sowie Rindfleisch.

Präsident Lengemann:

Frau Kollegin Soltwedel!

Soltwedel (GRÜNE):

Eine weitere Frage, Frau Ministerin Reichhardt: Heißt das, daß Sie im ökologischen Landbau eine Zukunft sehen, unter anderem auch für die Marktsituation in Hessen?

Präsident Lengemann:

Frau Ministerin!

Reichhardt, Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz:

Die Produkte des ökologischen Landbaus werden auf dem Markt umgesetzt. Es sind 0,9 Prozent der Betriebe in Hessen, und sie werden weiter wirtschaften.

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Fragestunde.

(Antworten zu den Fragen 65 bis 75 siehe Anlage 1)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 a auf:

Wahl der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

hierzu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. - Drucks. 12/295 -

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD - Drucks. 12/196 -

Wahlvorschlag der Fraktion der GRÜNEN - Drucks. 12/169 -

Nach § 2 Abs. 3 des Staatsgerichtshofsgesetzes ist diese Wahl geheim durchzuführen. Zu wählen sind sechs nichtrichterliche Mitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Ich bitte Sie, nach Aufruf Ihres Namens zu einer der Wahlkabinen zu gehen und Ihren Stimmzettel nach erfolgter Wahl in die dort befindliche Urne zu werfen.

Zur Durchführung der Wahl brauchen wir Wahlhelfer. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, daß ich die Kollegen Kartmann, Dr. Zwecker, von Plottnitz und Hahn bitte, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich darf die Kollegen bitten, sich hierher zu bemühen und nachzuschauen, ob die Urnen leer sind, sowie die bekannten Pflichten zu übernehmen. - Ich bitte die Kollegin Breithaupt, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ich stelle die Frage: Sind alle Kollegen aufgerufen? - Dann ist der Namensaufruf abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, haben alle aufgerufenen Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Dann ist die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.30 Uhr.

(Unterbrechung von 15.27 Uhr bis 15.33 Uhr)

Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird wieder aufgenommen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes bekannt. Ich habe folgende Niederschrift der Wahlhelfer vorliegen: Vorgeschlagen sind die Listen der Fraktionen von CDU und F.D.P. auf Drucksache 12/295, der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/196 und der Fraktion der GRÜNEN auf Drucksache 12/169. Abgegebene Stimmzettel: 108. Zahl der gültigen Stimmen: 108. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Vorschlag von CDU und F.D.P. 55 Stimmen, auf den Vorschlag der SPD 43 Stimmen und auf den Vorschlag der GRÜNEN 10 Stimmen. Enthaltungen: keine.

Damit sind folgende Mitglieder des Staatsgerichtshofes gewählt: Johannes Knarr, Dr. Dieter Adam, Dr. Wolfgang Teufel, Dr. Helmut Lenz, Dr. Manfred Voucko und Prof. Dr. Klaus Lange. Die stellvertretenden Mitglieder ergeben sich aus den Vorschlagslisten mit den gewählten Mitgliedern, eben einerseits aus dem Vorschlag von CDU und F.D.P., andererseits aus dem Vorschlag der SPD.

Verabredungsgemäß findet die Vereidigung am Donnerstag vor der Mittagspause statt.

Nunmehr rufe ich Punkt 13 der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Molke-Entseuchung bei MOHA-Hungen - Drucks. 12/347 -

b) Dringlicher Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Stellungnahme der Landesregierung zu der geplanten Entseuchung oder Endlagerung der radioaktiv verstrahlten Molke in Hessen - Drucks. 12/456 -

Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Trageser, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist ein Dringlicher Antrag eingegangen, der begründet ist, und nach dieser Begründung ist es möglich, daß die Regierung zu diesem Antrag sofort Stellung nimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst folgendes klarstellen: Die Hessische Landesregierung hat in der Frage der Entsorgung radioaktiv kontaminierter Molke im Hinblick auf die Möglichkeiten, die ihr gegeben sind, von Anfang an ihre Haltung klargestellt, und an dieser Haltung hat sich bis zur Stunde nichts geändert. Ich werde das im einzelnen darstellen.

Erstens. Die Molke, die in Meppen in Niedersachsen in einem Zug gelagert ist, muß entsorgt werden. Ich bin der Auffassung, daß es in hohem Maße zu begrüßen ist, daß die damals auf einer Art Molkerangierbahnhof durch die Bundesrepublik Deutschland beförderte Molke, die in einem Güterzug hin- und hergefahrene Molke,

(Zuruf von der SPD: Warum denn? - Zuruf von den GRÜNEN: Bahnhofsvorsteher war Walter Wallmann!)

auf einem Gelände der Bundeswehr sichergestellt wurde.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wer war denn Lokomotivführer? Das war doch Franz-Josef Strauß!)

Dahinter stand eine Haltung, die nur zu begrüßen ist, und ich darf dem damaligen Bundesumweltminister und heutigen Ministerpräsidenten dafür herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß hierin eine verantwortungsvolle Haltung zum Ausdruck gekommen ist, und ich meine, daß auch deutlich gemacht werden muß, daß sich die Bundesregierung - hier speziell der Bundesumweltminister - in der Pflicht sieht, diese Molke zu entsorgen. Ich kann als Auffassung des Landes Hessen nur sagen - das ist der zweite Punkt, den ich hier zum Ausdruck bringen möchte -, daß die Länder der Bundesrepublik Deutschland und die Verwaltungen aller Ebenen die Aufgabe haben, die Bundesregierung in diesem Bemühen nachhaltig zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich vertrete die Auffassung, daß es wenig Sinn hat, in dieser Frage nach dem Sankt-Florians-Prinzip zu verfahren, die Entsorgung zwar grundsätzlich zu bejahen, sie aber jeweils von der Verantwortung her einem anderen zuschieben zu wollen und sich im übrigen bei dieser Gelegenheit nach dem Motto "Wasch mich, aber mach mich nicht naß" aus der Affäre zu ziehen.

Ein Drittes muß meines Erachtens klar gesagt werden: Die Landesregierung hat in dieser Frage nie Zweifel daran gelassen, daß es in Fragen der Sicherheit im Zusammenhang mit der Entsorgung keinen Rabatt gibt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, daß wir in dem Bemühen um die Entsorgung, falls sie in Hessen stattfindet, alle Vorschriften beachten werden, die zu beachten sind, um die Bevölkerung und auch die Umwelt vor Schäden zu bewahren.

Das Vierte, was ich zu dem Dringlichen Antrag sagen will, ist: Bei der Aufgabe, die sich hier stellt, müssen alle prüffähigen Unterlagen, das heißt ingenieurmäßig aufbereitete Unterlagen für das Gesamtverfahren, und zwar nicht nur etwa für die Erstellung der Entsorgungsanlage, sondern für den Gesamtkomplex der Entsorgung, als Gesamtkonzept vom Betreiber - das ist in diesem Falle die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Moha - vorgelegt werden. Solange die rechtliche, technische und sicherheitsmäßige Prüfung dieser Unterlagen nicht erfolgt ist oder nicht erfolgen kann, kommt auch keine Molke nach Hessen.

Meine Damen und Herren, diese Punkte hat die Hessische Landesregierung von Anfang an als ihre Auffassung zu diesem Verfahren vertreten, und daran hat sich nichts geändert. Deswegen erkläre ich hier noch einmal: Die Frage nach einer Aussage, die endlich Klarheit oder Wahrheit schafft,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): "Und", nicht "oder"!)

ist ein ebenso überflüssiger Versuch, aus dieser Problematik für eine bestimmte Partei, in diesem Falle insbesondere die GRÜNEN, Honig zu saugen, wie jede andere

Aktivität, die auf diesem Gebiet von Ihnen, meine Damen und Herren, gestartet worden ist.

Ich möchte zur Sache weiterhin folgendes erklären: Durch den Reaktorunfall in Tschernobyl ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Kontaminierung großer Gebiete eingetreten. Sie wissen, daß zur Minimierung der Strahlenexposition die Strahlenschutzkommission am 2. Mai 1986 empfohlen hat, aus Gründen einer möglichst effektiven Vorsorge in Gebieten mit hoher Radioaktivität geeignete Maßnahmen zu ergreifen, durch die die Radioaktivität vor allem in der Milch herabgesetzt wird. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch, daß Milch, die höhere Radioaktivität aufwies, zu lagerbaren Milchprodukten verarbeitet werden sollte.

Im Einklang mit dieser Empfehlung wurde von den Molkereien die Milch bevorzugt zu Milchprodukten verarbeitet, was dazu führte, daß radioaktives Cäsium zum überwiegenden Teil in die Molke beziehungsweise in das Molkepulver übergang.

(Zuruf von der SPD: Bayerische!)

- Ich habe eben erklärt, daß es sich um eine Aufgabe handelt, die durch den Reaktorunfall in Tschernobyl für die Bundesrepublik Deutschland als Belastung aufgetreten ist

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Bayerische Molke!)

und die von der Bundesrepublik Deutschland zu bewältigen ist. Das ist zumindest unsere Auffassung.

(Beifall bei der CDU)

Hauptsächlich betroffen war in diesem Zusammenhang - das ist nicht zu leugnen - eine Reihe von Gebieten in Bayern, in denen der Aktivitätseintrag durch Niederschläge nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl höher war als in anderen Gebieten. Dies führte dazu, daß radioaktiv belastetes Molkepulver zur Entsorgung anfiel.

Nachdem der von den Molkereien vorgesehene Export belasteter Molke ins Ausland nicht zustande kam, übernahm am 6. Februar 1987 der Bundesumweltminister das Molkepulver. Damit stand die Entscheidung an, einen geeigneten Weg zur Entsorgung des mit durchschnittlich 5.000 bq Cäsium pro kg belasteten Molkepulvers zu finden. Nach Einschaltung der Strahlenschutzkommission und unter Berücksichtigung aller sich bietenden Entsorgungsalternativen hat der Bundesumweltminister entschieden, das Molkepulver nach dem Verfahren von Prof. Roiner zu dekontaminieren.

Auch die Hessische Landesregierung ist der Auffassung, daß das Molkepulver entsorgt werden muß. Das ist unsere Auffassung von Anfang an gewesen. Ich habe erklärt, daß dies nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip gelöst werden kann und daß deswegen das Land Hessen bereit ist, grundsätzlich einen Beitrag zu leisten und bei der Problemlösung mitzuwirken.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Welches andere Bundesland ist denn noch dazu bereit, Herr Sozialminister?)

Der Bundesumweltminister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit gehandelt und entsprechende Gespräche mit Vertretern der Milchwirtschaft geführt. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß es mit der Firma Moha in Hungen zu einem Vertragsabschluß kommen könne.

In diesem Zusammenhang ist bekannt, daß die Überwachung nach dem Atom- und Strahlenschutzrecht zur Ressortzuständigkeit des Hessischen Sozialministers gehört. Der Vollzug obliegt dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt, hier dem Amt Gießen in Hungen. Die Überwachung nach diesem Recht setzt insbesondere ein, sobald die in der Strahlenschutzverordnung dafür bezeichneten Grenzwerte überschritten werden und die Tätigkeit auf den gewollten Umgang mit radioaktiven Stoffen gerichtet ist.

Nachdem das Vorhaben bekannt wurde, hat sich die Hessische Landesregierung unverzüglich an den Bundesumweltminister gewandt und darauf aufmerksam gemacht, daß der Transport des Molkepulvers nach Hessen so lange unterbleiben sollte, bis die Voraussetzungen für die Verarbeitung geschaffen worden und alle notwendigen Genehmigungen erteilt sind. Ich habe das eingangs erklärt.

Zugleich ist der Bundesumweltminister gebeten worden, prüffähige Unterlagen, einschließlich der vorgesehenen Gutachten, den hessischen Behörden zur Verfügung zu stellen.

(Boppel (GRÜNE): Was haben Sie in Bonn eigentlich vorletzte Woche gemacht, Herr Trageser?)

Der Bundesumweltminister sicherte dies zu. Da diese ingenieurmäßig prüffähigen Unterlagen, die sich nach unserer Auffassung auf das Gesamtkonzept, also einschließlich Transport, Zwischenlagerung, Verarbeitung, Abfallbeseitigung und Überwachung, und insbesondere auf die konkrete technische Umsetzung vor Ort erstrecken müssen, noch nicht vorliegen, konnte von der Hessischen Landesregierung bisher auch noch keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden. Sie wissen, daß in den vielfachen Aussagen der Hessischen Landesregierung im Zusammenhang mit der Dekontaminierung immer erklärt wurde, daß dies auf Grund bisheriger Erkenntnisse so vorgetragen worden ist, immer unter dem Vorbehalt, daß prüffähige Unterlagen erst vorgelegt werden müssen.

Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Fraas zu?

(Minister Trageser: Bitte sehr!)

Bitte schön, Herr Abg. Fraas!

Fraas (SPD):

Herr Minister, Sie haben eben ausgeführt, daß Sie sich, als Ihnen das Ereignis bekannt wurde, an den Bundesumweltminister gewandt haben. Ich frage Sie: Auf welchem Wege ist Ihnen denn das Ereignis bekannt geworden?

Trageser, Sozialminister:

Ich bin auf dieses Ereignis auch durch den Bundesumweltminister aufmerksam gemacht worden.

Ungeachtet dieser noch fehlenden prüffähigen Unterlagen hat mein Haus auf Grund der bis dahin vorliegenden ersten Informationen und Beschreibungen die Rechtslage überprüft. Ab wann Einschränkungen beim Umgang mit Stoffen im Hinblick auf die darin enthaltene Radioaktivität zu beachten sind, ist in der Strahlenschutzverordnung festgelegt. Danach bedarf zum Beispiel der Umgang mit radioaktiven Stoffen weder einer Anzeige noch einer Genehmigung nach § 3 Strahlenschutzverordnung, wenn

deren spezifische Aktivität weniger als 74.000 bq/kg beträgt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Gilt das auch für Cäsium?)

- Das gilt für spezifische Aktivitäten, gleich welcher Art, wenn sie 74.000 bq/kg nicht übersteigen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein, nein, das gilt für Cäsium eben nicht, Herr Minister!)

Nur auf der Grundlage dieser gesetzlichen Vorgaben kann die Hessische Landesregierung handeln. Die Hessische Landesregierung hat deshalb zu jedem Zeitpunkt die Strahlenschutzverordnung angewendet. Ob eine Genehmigung zu erteilen ist oder die Bedingungen für eine Genehmigung vorliegen, ist erst der zweite Schritt unter Hinzuziehung aller notwendigen und prüffähigen Unterlagen.

Auf Grund einer allgemeinen Beschreibung des Dekontaminierungsverfahrens mußte mein Haus zunächst davon ausgehen, daß die Dekontaminierung des Molkepulvers einer Genehmigung nach § 3 Strahlenschutzverordnung bedürfe - das ist auch so ausgesagt worden -

(Claus (SPD): Richtigerweise! - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

weil angenommen wurde, daß die spezifische Aktivität der Rückstände den Grenzwert von 74.000 bq/kg übersteigen würde, meine Damen und Herren! Nicht etwa auf Druck aus Bonn, wie das einmal angeklungen ist, sondern nachdem die Hessische Landesregierung über das beabsichtigte Dekontaminierungsverfahren unterrichtet wurde, wonach eine Unterschreitung des Grenzwertes von 74.000 bq/kg sichergestellt werden soll,

(Claus (SPD): Prüffähige Unterlagen fehlen!)

erst nachdem dies angekündigt wurde, konnte von dieser ursprünglichen Annahme nicht mehr ausgegangen werden. Auch dies gilt selbstverständlich, Herr Abg. Claus, vorbehaltlich der Prüfung endgültiger Unterlagen. Aber wenn uns dies mitgeteilt wird als eine der Möglichkeiten,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind eingeknickt in Bonn! Das wissen Sie doch selbst, Herr Minister!)

können wir auf Grund dieser Aussage eine solche Erklärung abgeben.

Zur Klärung der offenstehenden Fragen und zur beschleunigten Abwicklung des Verfahrens der Molke- dekontamination wurde in der Hessischen Landesregierung ein Arbeitsstab gebildet, der seine Arbeit aufgenommen hat. Im weiteren Verlauf wurden mit dem Bundesumweltminister auf Fachebene mehrere Gespräche geführt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was Sie brauchen, ist ein Zauberstab, damit Sie die Molke wegkommen, kein Arbeitsstab!)

Danach ergibt sich für den Zuständigkeitsbereich des Sozialministers, unabhängig von den noch ausstehenden prüffähigen Unterlagen, zur Zeit folgender Sachstand: Erstens. Die Beförderung des Molkepulvers ist nach §§ 8 und 9 in Verbindung mit Anlage 3 der Strahlenschutzverordnung genehmigungsfrei.

Zweitens. Die Lagerung und die Verarbeitung des Molkepulvers, also die Dekontaminierung, ist ebenfalls nach der Strahlenschutzverordnung sowohl anzeige- als auch genehmigungsfrei, wenn die spezifische Aktivität der

Rückstände den Grenzwert von 74.000 bq/kg nicht überschreitet. Diese Voraussetzung, von der die Hessische Landesregierung ursprünglich nicht ausgegangen war, will aber der Bundesminister für Umwelt sicherstellen. Dies ist also eine Voraussetzung dieser Aussage.

Drittens. Die Beseitigung der Rückstände als radioaktiver Abfall erfordert wegen der Überschreitung des Grenzwertes von 3.700 bq Cäsium pro kg eine Genehmigung nach § 3 Strahlenschutzverordnung für denjenigen, der beseitigt. Ob dies eine Genehmigung hessischer Behörden erforderlich macht, ist noch zu klären. Der Bundesumweltminister beabsichtigt, die radioaktiven Rückstände im Kernforschungszentrum Karlsruhe zu entsorgen. Wir gehen auf jeden Fall davon aus, daß diese Frage der Entsorgung, wie vorhin ausgeführt, Bestandteil des Gesamtkonzeptes ist und damit der prüffähigen Unterlagen, die der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden müssen.

(Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

Eine Zwischenlagerung der Rückstände in der hessischen Landessammelstelle kommt für größere Abfallmengen wegen mangelnder Kapazität sicher nicht in Frage.

Ferner dürfen dort grundsätzlich nur solche Abfälle bis zur Endlagerung zwischengelagert werden, die entsprechend den Endlagerungsbedingungen konditioniert sind.

Viertens. Unter den vom Bundesumweltminister genannten Voraussetzungen, daß die spezifische Aktivität kleiner als 74.000 bq/kg ist, bedarf der Transport der radioaktiven Rückstände nach Karlsruhe keiner Beförderungsgenehmigung nach der Strahlenschutzverordnung.

Ebenfalls mit Vorbehalten auf Grund dessen, was an Tatbeständen bekannt ist, wurde die Prüfung nach dem Wasserrecht durchgeführt. Dazu muß gesagt werden, daß die vorgesehene Anlage in einem in Aussicht genommenen Wasserschutzgebiet der Zone III a liegt und die Ortssatzung die Einleitung radioaktiver Stoffe verbietet. Außerdem ist voraussichtlich eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung nötig. Eine abschließende Aussage auch zu diesem Prüfungstatbestand wird erst dann vorgenommen werden, wenn prüfungsfähige Unterlagen vorliegen. Sollten die wasserrechtlichen Prüfungen ergeben, daß eine solche Dekontaminierungsanlage aus wasserrechtlichen Gründen auf dem genannten Areal nicht entstehen darf, wird dies nicht stattfinden und nicht stattfinden können. Das ist jedenfalls eine Aussage, die von Vertretern der Landesregierung mehrmals gemacht worden ist.

(Zuruf von der SPD: Und dann?)

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die Anlage auf jeden Fall einem Baugenehmigungsverfahren zuzuführen ist, da zumindest eine wesentliche Nutzungsänderung erfolgt. Auch hier muß es darauf ankommen, die Unterlagen kennenzulernen, die für eine baurechtliche Prüfung zwingend notwendig sind. Es muß auch geklärt werden, ob das ausgewiesene Gewerbegebiet den Betrieb der Dekontaminierungsanlage vor diesem Hintergrund zuläßt.

Meine Damen und Herren, ich erkläre vor diesem Hintergrund noch einmal, daß erst dann, wenn alle notwendigen Unterlagen - ich wiederhole es - zum Gesamtkonzept der Dekontaminierung des Molkepulvers vorliegen

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Erst dann werden Sie abschließend Stellung nehmen! Mittlerweile weiß ich es!)

und entsprechende Anträge des Betreibers bei dem für den Vollzug des Atom- und Strahlenschutzes zuständigen Gewerbeaufsichtsamt eingegangen sind beziehungsweise bei den anderen zuständigen Behörden vorliegen, die ordnungsgemäße Prüfung erfolgen kann. Die Hessische Landesregierung wird immer den Gesundheitsinteressen der Bevölkerung - hier der Hungener Bevölkerung - Vorrang vor allen anderen, auch wirtschaftlichen oder politischen, Erwägungen geben.

(Dr. Günther (SPD): Na, na, na!)

Dies wurde sowohl von den Vertretern des Bundesumweltministers als auch von der Hessischen Landesregierung auf den entsprechenden Informationsveranstaltungen in Hungen und auch an anderer Stelle immer wieder mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Der Bundesumweltminister hat die Öffentlichkeit ebenfalls frühzeitig informiert.

Ich meine, daß vor diesem Hintergrund die Forderung, endlich Klarheit oder Wahrheit zu schaffen, ein - ich sage es noch einmal - politisches Manöver ist, das außerordentlich durchsichtig ist.

(Blaul (GRÜNE): Was ist denn mit Herfa? - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Wallmann soll mal Stellung beziehen! Der Ministerpräsident wünscht doch eine hessische Lösung!)

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß Ihre Bemühungen, besonders die der GRÜNEN, hier wie vor Ort nicht vom Interesse und von der Sorge der Bevölkerung getragen sind, sondern von vordergründigem parteipolitischen Interesse.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da hat er sich echt entlarvt!)

Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Das Wort hat Herr Abg. Boppel!

Boppel (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit mehr als vier Wochen steht die Ankündigung - -

(Blaul und Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): "Frau Präsidentin"!)

- Frau Wagner, ich bitte um Entschuldigung. Ich habe hinten noch keine Augen.

(Unruhe bei der CDU und der F.D.P.)

- Die Aufregung kann sich legen. Ich fange noch einmal an.

Meine Damen und Herren! Seit mehr als vier Wochen steht die Ankündigung des Bundesumweltministers im Raum, bei der Molkerei Moha in Hungen im Kreis Gießen die Entsorgung von mindestens 5.000, vielleicht auch 7.000 Tonnen radioaktiv verstrahlten Molkepulvers durchführen zu wollen.

Die Landesregierung hat sich bisher - das hat sich heute fortgesetzt - durch widersprüchliche Stellungnahmen, durch gezielte Irreführung von Parlamentsausschüssen und durch eine beredete Sprachlosigkeit des Ministerpräsidenten ausgezeichnet, der auch heute offenbar nicht in der Lage zu sein scheint, sich dieser Molke-Frage wirklich zu stellen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da ist Führung angesagt! Da sollte er mal führen!)

Kommen wir ganz knapp und kurz auf die Geschichte dieser Molke zurück. Im Herbst 1986 hat die bayerische Molkerei Meggle, ein großer, renommierter Betrieb in Südbayern, sich auf Drängen des bayerischen Landwirtschaftsministeriums bereit erklärt, größere Mengen verstrahlter Molke zur Trocknung zu übernehmen. Damals hat die Bayerische Staatsregierung in Gestalt ihres Landwirtschaftsministers Hans Eisenmann versichert, sie werde die Firma nicht im Regen stehen lassen.

Die Firma Meggle hat damals für 4.800 Tonnen dieses Pulvers eine Entschädigung von 3,8 Millionen DM erhalten. Das Bundesverwaltungsamt ging damals davon aus, daß diese Ware Nullwert besitze und aus dem Verkehr gezogen werden müsse - als radioaktiver Abfall wohlgekannt, nicht mehr als Wirtschaftsgut.

Der bayerische Umweltminister Dick hat sich nicht entblödet, öffentlich Molke zu löffeln, während er gleichzeitig nach Hessen schrieb und um die Deponierung in Herfa-Neurode nachsuchte. Der damalige Umweltminister Fischer hat dies mit Hinweis auf das Planfeststellungsrecht in Herfa-Neurode und auf die Strahlenschutzverordnung damals abgelehnt.

Nachdem verschiedene Versuche gemacht worden waren, das Molkepulver im Ausland loszuwerden, kam General, pardon: Marschall Molke in Aktion. Walter Wallmann, damals noch Umweltminister, hat im Februar 1987 das Molkepulver beschlagnahmen lassen. Es lagerte damals in Köln, Bremen und Bayern. Er hat großkotzig - muß man fast sagen - versprochen, in zwölf Wochen dieses Problem lösen zu können. Nachdem Versuche der Verbrennung und ähnliches gescheitert waren, mußte er dann diese Hinterlassenschaft seinem Nachfolger, Herrn Töpfer, als Kuckucksei ins Nest legen.

Nur, Herr Wallmann, die Molke werden Sie nicht los. Denn im Sommerloch, am 22. Juli, kam die Molke praktisch im Vorgriff zurück nach Hessen. Der neue Bundesumweltminister, Herr Töpfer, hat angekündigt, er wolle in Hungen diese Entseuchung durchführen lassen.

Seither erleben wir ein beispielloses Kontrastprogramm zwischen der lokalen Ebene und dem, was in Wiesbaden läuft. Vor Ort gibt es eine beispiellose Solidarisierung der Bevölkerung. Das hat mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun, Herr Trageser. Quer durch alle Parteien in Hungen selber, im Kreistag, selbst in den Gemeindeparlamenten benachbarter Städte

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Bouffier!)

- Herr Bouffier hat da entsprechend mitgewirkt -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er hat leider kein Rederecht!)

hat man dieses Verfahren in Hungen abgelehnt. Da hat es auch nichts genützt, daß Herr Strothmann aus Bonn kam. Es hat auch nichts genützt, daß Herr Töpfer selber aus Bonn kam.

Auf der einen Seite gibt es eine ganz breite Mehrheit der Bevölkerung, die sich gegen das Verfahren ausspricht. Auf der anderen Seite gibt es einen Zickzackkurs der Landesregierung, von der wir bis heute nicht - auch nach dem Beitrag des Herrn Sozialministers noch nicht - wissen, was sie in dieser Frage denn eigentlich will. Ich werfe Ihnen vor, meine Herren Minister, die Sie auf dieser Seite sitzen, daß Sie uns in der Sondersitzung des

Ausschusses in der vorigen Woche gezielt irreführt haben.

(Badeck (CDU): Unverschämt!)

Auch heute kommt die Vokabel "Herfa-Neurode" nicht vor,

(Beifall bei den GRÜNEN)

obwohl doch offenkundig ist, daß das Spiel inzwischen weitergeht und daß nach Hungen nun auch Herfa-Neurode dran zu sein scheint. Hier fehlen klärende Worte. Offenbar können sie nicht von den Ressortministern kommen. Sie müssen vom Ministerpräsidenten selber kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das sage ich Ihnen, Herr Wallmann:

Ich sage Ihnen, Herr Wallmann, das unterscheidet Ihren Nachfolger in Bonn von Ihnen: Er versteckt sich nicht, er kommt nach Hungen, er stellt sich der Bevölkerung.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

Man wartet in Hungen heute noch darauf, daß Sie einmal vor Ort auftauchen und selber für das geradestehen, was Sie der Bevölkerung dort eingebrockt haben.

(Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Die Stellungnahmen der Landesregierung sind bezeichnend. Erstens fängt es von vornherein mit Fehlinformationen an. Herr Gauland läßt am 22. Juli 1987 per Presseinformation erklären, es sei ein Vertrag über die Entionisierung von schwach radioaktiv belastetem Molkepulver abgeschlossen worden. Falsch, Herr Gauland! Es gibt keinen Vertrag. Es gibt Vertragsverhandlungen, die andauern, in die sich die Landesregierung zur Wahrung hessischer Interessen einschalten müßte. Aber sie tut es nicht.

Von Anfang an wird falsch informiert, werden Fehlinformationen in die Welt gesetzt. Es kommt ein Ton in die Debatte, der der Wirklichkeit hohnspricht. Die CDU und die Landesregierung versäumen es in keiner Erklärung, darauf hinzuweisen, es gehe um gesamtstaatliche Interessen, um die Interessen der Bevölkerung etc.

(Badeck (CDU): Sie haben nichts damit am Hut!)

Ich frage Sie: Warum soll Hessen für die Bundesrepublik Deutschland die Gesamt- und Alleinverantwortung in dieser Frage übernehmen? Wo bleibt denn irgendeine Logik von Verantwortung? Was hat das mit Sankt-Florians-Prinzip zu tun, wenn sich die Bevölkerung in einem Bundesland, das damals nach Tschernobyl vorbildlich mit dem Problem der Radioaktivität umgegangen ist, dagegen wehrt, daß Molke aus einem anderen Bundesland, das damals an der Spitze der Verharmloser stand, hier rübergekartt und verarbeitet werden soll?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage die Landesregierung klipp und klar: Wenn es um Mitverantwortung geht, welche anderen Landesregierungen sind denn mit im Spiel? Wer trägt und teilt das Risiko zusammen mit den Hessen, wer noch? Wo bleibt die Bayerische Staatsregierung, die an allererster Stelle gefragt wäre? Wo bleiben unsere Nachbarn in Niedersachsen, wo das Pulver lagert?

(Wagner (Eschwege) (SPD): Gleich rechts! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg! Über allen Ländern herrscht Ruh!)

- Rheinland-Pfalz und anderswo. - Herr Dr. Jung, wenn Sie schon rührenderweise die Vokabeln "Mitverantwortung tragen" und "Verantwortung übernehmen" in die Welt setzen, dann frage ich Sie: Wo sind denn die anderen?

Es spitzt sich doch immer mehr darauf zu, daß es nicht um Mitverantwortung geht. Es geht um die Alleinverantwortung dieses Bundeslandes, und es ist zu fragen, woran das eigentlich liegt. Zum Verfahren in Hungen gibt es eine Fülle von Fragen. Das fängt an beim Betreiber. Herr Trageser sagt, die Bundesregierung sei der Betreiber. Fehlanzeige! Auf keinen Fall wird es die Bundesregierung sein, es wird eine Trockenwerk GmbH sein, deren Errichtung Sie verhindern können, wenn Sie wollen, die es noch gar nicht gibt.

Es geht weiter: Was ist eigentlich mit den Umweltgefahren? Wenn es darum geht, das Verfahren den Hungenern anzudrehen, wird bagatellisiert, was das Zeug hält. Ein von der Bundesregierung bestellter Experte, ein Atombefürworter, ein Professor aus Gießen, hat vorgerechnet: Wenn man das gesamte Molkepulver in die Horloff schütten würde und die gesamte Bevölkerung daraus trinken lassen würde, also dies als Trinkwasser nutzen würde, dann wäre die Belastung nicht größer als bei einer Röntgenaufnahme pro Jahr. Wenn das stimmt, wenn Ihre eigenen Informanten recht haben, frage ich mich, wieso man nicht versucht hat, den Weg der Verfüterung zu gehen. Angeblich - das behauptet der Vorbesitzer der Molke, Herr Sprang - hätte selbst die Strahlenschutzkommission keine Bedenken gegen die Verfüterung erhoben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das will nicht viel heißen!)

- Es will nicht viel heißen, aber es zeigt doch, daß die Bundesregierung ihren eigenen Experten nicht traut, daß man den Hungenern Dinge vorrechnet, die in Wirklichkeit so nicht stimmen können, daß man bagatellisiert, wo es um die Umweltgefahren geht, und die wirtschaftlichen Vorteile herausstreicht, die es gar nicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, jenseits der Umweltfrage: Was die Landesregierung diesem Moha-Werk in Hungen durch ihre unschlüssige Haltung antut, bedeutet den Todesstoß für die Moha insgesamt. Das bedeutet nicht nur, daß 25 Arbeitsplätze im Trockenwerk verloren gehen; es bedeutet, daß die gesamte Moha mit über 150 Mitarbeitern den Bach hinuntergeht -

(Beifall bei den GRÜNEN)

unter Duldung und stillschweigender Mitwirkung dieser Landesregierung, die sich doch in Sonntagsreden anschickt, Arbeitsplätze ins Land zu holen. Sie sind fahrlässig in dieser Frage, gerade Sie, Herr Dr. Wallmann! Wenn es um Arbeitsplätze geht, wird hier mit falschen Karten gespielt.

Professor Jauzims, einer der Mitarbeiter von Herrn Roiner, hat in der Zeitschrift "Deutsche Milchwirtschaft" Nummer 11/87 festgehalten, man brauche, wenn man die ganze Anlage in Meppen installiert, für die Dauer eines Jahres zwei Arbeitskräfte, um das gesamte Molkepulver durchzusetzen. Das ist ein Experte, der es wissen muß. Jetzt auf Hungen übertragen: Es kann doch nicht sein, daß man wegen zwei Arbeitsplätzen, die man dort retten oder bewahren will, ein solches Theater veranstaltet. Und es ist offenbar gelogen, wenn Sie sagen, es seien 25 Arbeitsplätze, die dort neu dazukämen oder erhalten

würden! Irgend etwas stimmt da nicht, meine Damen und Herren!

Auch hier ist Klarheit angesagt, aber es kommt nichts. Sie konnten bisher nicht deutlich machen, wie es aussieht mit der Abwasserbelastung, mit der Emission über die Luft. Das sind alles Fragen, Herr Trageser, die nach fast fünf Wochen immer noch offenstehen. Ich frage Sie: Wie lange läßt sich die Landesregierung noch hinhalten? Wie lange wartet man noch auf prüffähige Unterlagen, wartet und wartet? Der angerichtete Flurschaden wird von Woche zu Woche größer, und eines wird immer deutlicher: Es geht nicht um Hungen, es geht um Hessen. Alle Wege führen nach Rom, und alle Pfade führen zu Walter Wallmann.

Das ist der entscheidende Punkt, Herr Wallmann: Hinter diesen Vokabeln "gesamtstaatliche Verantwortung", "Interessen der Bevölkerung" verbirgt sich eines: daß dieses Bundesland mit seiner Regierung in dieser Frage nicht handlungsfähig ist. Jede andere Landesregierung, die mit dieser Molke ursächlich nichts zu tun hat, würde sich mit Händen und Füßen wehren, würde sich dagegen verhalten, daß dieses Verfahren auf dem Boden des eigenen Landes durchgeführt wird.

(Badeck (CDU): So verstehen Sie gesamtstaatliche Verantwortung!)

Sie, Herr Wallmann, sind nicht imstande, angemessen und adäquat zu reagieren. Sie haben noch nicht einmal den Mut, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen oder nach Hungen zu gehen. Ich frage mich manchmal: Wozu brauchen Sie 30 Leibwächter, wenn Sie eh nirgends auftauchen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Nassauer (CDU): Pfui!)

- Da muß man nicht "pfui" rufen, das ist eine begründete Frage.

(Nassauer (CDU): Das ist unanständig! - Gegenruf Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ach, woher? - Troeltsch (CDU): Gerade von den GRÜNEN müssen wir das hören!)

Ich bin der Auffassung, daß bei diesen gegenläufigen Interessen, die durchaus im Raume stehen, die Bundesregierung einen Testballon fliegen lassen wollte. Die Interessen der Bundesregierung sind verschieden; man kann sie hinterfragen. Zum einen offenbart das ganze Molkedrama, daß es keine Endlagerung gibt, daß das Endlagerkonzept der Bundesregierung gescheitert ist. Zum zweiten offenbart es den heroischen Willen, der milchtechnologischen Herausforderung zu begegnen und zu demonstrieren, daß man mit den Folgen des Super-GAU fertig wird. Das ist die eine Seite.

Die hessische Seite ist die des Abwartens und Zögerns. Ich glaube Ihnen das, Herr Wallmann: Es wäre Ihnen am liebsten; Hessen würde verschont werden. Aber Sie können gar nicht offensiv Stellung beziehen, Sie können gar nicht offensiv gegenhalten. Weder das Wohl der Hessen noch irgendeine gesamtstaatliche Verantwortung sind die wahren Hintergründe.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn man von Verantwortung spricht, muß es doch irgendeine nachvollziehbare und klare Logik geben. Es kann doch nicht sein, daß ein Bundesland in Riesenmengen diese Molke herstellt und sich dann drückt. Ich habe noch Presseauschnitte vom Februar. Die Bayern wollten das Zeug loshaben, auch die offiziellen Stellen, und nichts mehr damit zu tun haben. Hauptsache, raus aus Bayern und

weg! - Es kann doch nicht sein, daß ein halbes Jahr später die Molke nicht bei den Verursachern hängenbleibt, sondern bei denen, die politisch am schwächsten sind, weil der Ministerpräsident dieses Landes in die Sache selber verstrickt ist.

Herr Wallmann, hätten Sie damals nicht so großspurig diese Molke unter Kontrolle genommen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Bundeswehr eingesetzt, sagen wir doch, wie es ist!)

auch mit der Perspektive des Wahltages in Hessen, dann hätten wir uns dieses Problem heute erspart. Hätten wir eine andere Landesregierung mit anderer Führung, dann hätten wir dieses Problem auch nicht.

(Dr. Günther (SPD): Wer hat den Landtag vorzeitig aufgelöst?)

Deswegen ist es Ihr Problem, und ich fordere Sie auf, dazu Stellung zu nehmen. Das ist auch Ziel unseres zweiten Antrags. Es ist eine Schande, daß dieser Antrag überhaupt notwendig ist. Offenbar muß man Herrn Wallmann an dieses Rednerpult tragen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie selber Stellung, machen Sie klar, inwieweit Sie Zusagen nach Bonn gegeben haben! Machen Sie klar, was Ihre Minister vor zwei Wochen in Bonn besprochen haben! Sie können oder wollen es selber nicht sagen. Schaffen Sie Klarheit und Wahrheit in dieser Frage, wie wir gefordert haben, und entlasten Sie endlich die hessische Bevölkerung von diesem unerträglichen Druck, täglich mit neuen Meldungen und neuen Lösungswegen überflutet zu werden, die immer nur eine Essenz haben: Es muß in Hessen beseitigt oder enteucht werden!

Dieses Bundesland hat nach Tschernobyl in hervorragender Weise versucht, die schlimmen Konsequenzen des Reaktorunfalles abzdämpfen. Damit war auch verbunden, daß man klarmacht, daß es für die Beherrschbarkeit des GAU und seiner Folgen gewisse Grenzen technischer und sozialer Art gibt. Wir sind uns dieser Grenzen bewußt und ihrer eingedenk.

In Hungen versucht man, vorzuführen, wie man mit der Katastrophe fertig wird. Ich meine, das ist ein Irrweg, ein Irrglaube, der uns an künftige Reaktorkatastrophen gewöhnen soll. So geht es nicht. Es gibt offenbar nur einen Weg, das ist der der kontrollierten Endlagerung dieser Molke. Diese Endlagerung hat erstens dort zu geschehen, wo die Verursacher sind, und zweitens dort, wo die Deponieverhältnisse entsprechend sind. Es kann nicht sein, daß man die knappen Sondermülldeponieressourcen - Herr Kanther hat damals geklagt, als der Filterstaub nach Herfa ging - dafür nutzt, radioaktiven Abfall einzulagern, nur weil die Bundesregierung ihren eigentlichen Pflichten im Bereich des Atomrechts nicht nachgekommen ist und nicht nachkommen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Lang:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Ich glaube, wir sollten die Situation nüchtern und ruhig schildern, so wie sie sich darstellt. Reden kann ein Abgeordneter, ein Minister und auch der Ministerpräsident in diesem Hause, wann immer er dieses für richtig hält.

Wir befinden uns natürlich nicht in der Situation, daß hier vor unserer Haustür Fragen offen sind, weil es hier etwa Gefahren für Leib und Leben gibt. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Die Landesregierung hat an keiner Stelle widersprüchlich gesprochen. Sie hat vom ersten Tage an klar und unmißverständlich gesagt, welche Position sie zu diesem Thema einnimmt.

(Blaul (GRÜNE): Wie sieht die aus?)

Ich habe hier eine Presseinformation. Sie datiert vom 22. Juli, 10:36 Uhr. An diesem Tag hat der Chef der Staatskanzlei zum Ausdruck gebracht:

Wir sind gegen das Sankt-Florians-Prinzip, deswegen stellen wir uns dieser Verantwortung.

Erste Aussage. Dieses gilt. Zweitens hat er hinzugefügt, daß erst dann hierüber entschieden werden kann,

wenn die entsprechenden Genehmigungsverfahren, Nachrüstungen und Sicherheitsüberprüfungen stattgefunden haben. Die dazu im einzelnen notwendigen Schritte werden zur Zeit in Bonn und in Wiesbaden geprüft.

Auch dazu stehen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Boppel (GRÜNE): Was prüfen Sie?)

Der Chef der Staatskanzlei hat erstens zum frühestmöglichen Zeitpunkt erklärt: Wir wenden uns nicht ab, wir sagen nicht, das geht uns nichts an. Dabei bleibt es auch, meine Damen und Herren, aus Gründen, die ich gleich noch darlegen werde. Zweitens müssen selbstverständlich die in Betracht kommenden Verfahren erst durchgeführt werden. In diesem Augenblick waren wir noch nicht einmal in der Situation, sagen zu können, ob es Prüfverfahren geben müsse und auf Grund welcher rechtlichen Vorschriften. Das ist die Situation.

Ich sollte noch eines hinzufügen: Der Chef der Staatskanzlei hat eine unrichtige Aussage gemacht - und Sie müssen sich vorstellen, er war ja erst wenige Stunden vorher, nämlich am Abend zuvor, informiert worden -

(Boppel (GRÜNE): Hört, hört!)

- Was heißt denn da "hört, hört"? Ich stelle das ganz schlicht und einfach fest, meine Damen und Herren.

(Boppel (GRÜNE): Eine echte Überrumpelung!)

Der Chef der Staatskanzlei ist nämlich davon ausgegangen - und das hat er auch gesagt -, daß dieser Vertrag abgeschlossen worden sei; dieser Vertrag war aber noch nicht unterzeichnet. Man befand sich in den Vertragsverhandlungen und war sich darüber einig, daß man abschließen wollte. In dieser Situation haben wir die erste Nachricht bekommen.

(Welteke (SPD): Das war schon problematisch!)

- Ob Sie das für problematisch halten oder nicht, Herr Kollege, ist mir in diesem Augenblick nicht so wichtig. Das entscheidende, worauf ich abstellen will, ist, daß vom ersten Augenblick an, als die Landesregierung informiert worden ist - und wenn Sie dieses, und zwar mit Beweisen, widerlegen können, bitte, tun Sie es hier -, die Landesregierung die Position eingenommen hat, die sie bis zur Stunde einnimmt.

(Boppel (GRÜNE): Abwarten und Molke trinken!)

Ich will kurz in die Situation damals zurückblenden, weil darüber geredet worden ist, nämlich zum Januar und

Februar dieses Jahres, als wir zum erstenmal mit diesem Thema Molke wirklich konfrontiert wurden. Herr Abgeordneter, es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, die Bayerische Staatsregierung habe diese Firma gedrängt, dazu bewegt, Molke aufzunehmen, sondern die Ursache für diese Strahlenexposition, die übrigens nicht in der Bundesrepublik Deutschland gelegen hat, sondern in Tschernobyl in der Sowjetunion - -

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da klatschen sie! Die blöden Russen sind schuld!)

- Entschuldigung, es ist doch die Wahrheit, Sie versuchen, einen falschen Eindruck zu erwecken.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Beim Stichwort Sowjetunion klatscht Ihre Fraktion! - Zurufe von der SPD)

In der Folge dieses schlimmen Unglücks in der Sowjetunion hat es hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Strahlenbelastungen gegeben. Wir hier in Hessen wie andere Regionen sind Gott sei Dank bei weitem nicht so belastet gewesen wie etwa Teile von Baden-Württemberg oder von Bayern. In der Situation, als die Milch angefallen ist, hat allerdings die Bayerische Staatsregierung diese Firma darum gebeten, diese Milch abzunehmen, um die vielen Bauern aus einer wirklich schwierigen wirtschaftlichen Lage zu befreien. Das ist der Ausgangspunkt gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht gibt es ja Menschen, die das alles vorher schon gewußt haben. Ich sage Ihnen, ich gehe davon aus, daß es damals keine Vorstellung davon gegeben hat.

(Claus (SPD): Natürlich!)

- Ich stelle fest, der Herr Abg. Claus wußte alles. Ich rede also nur für mich, meine Damen und Herren, und füge hinzu,

(Claus (SPD): Wo ist in Hessen Strahlenmolke angefallen? Wir haben den Bauern auch geholfen!)

daß dort - davon bin ich überzeugt - eine derartige Vorstellung nicht vorhanden gewesen ist.

Dann ist diese Molke dort gelagert worden, und es hat Vereinbarungen mit dieser Firma in der Nähe Gießens gegeben. Von all dem haben wir nichts gewußt, nichts in Bonn gewußt. Wir haben es genauso plötzlich erfahren wie Sie auch. Gewußt hat allerdings ein Teil der Hessischen Landesregierung davon. Das wollen wir nicht unterschlagen.

Meine Damen und Herren, als nun diese Vereinbarungen mit dieser Firma getroffen waren, hatte man die Abrede getroffen, daß die Molke in der Gegend von Bremen und von Köln mit anderen Futtermitteln vermischt und das ganze exportiert werden sollte.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dann kam der ägyptische Botschafter zu Ihnen!)

- Dann kam nicht, Herr Abg. Fischer, sofort der ägyptische Botschafter, sondern dann standen insgesamt, glaube ich, 252 Waggons - ich kann es nicht mit letzter Sicherheit sagen - in Köln und in Bremen.

Herr Abg. Fischer, nun bitte ich Sie, doch einmal wahrhaftig zurückzuschauen und sich selbstkritisch zu fragen: Was hat denn damals eigentlich stattgefunden? Es hat erhebliche Unruhe gegeben, es hat den Vorhalt gegeben, daß von der Existenz dieses Molkepulvers auf

den Bahngleisen, in den Waggons, Gefahr ausgehe. Es ist erklärt worden, daß es unhaltbar sei, daß diese Waggons dort abgestellt würden. Es ist zu Demonstrationen gekommen, und es ist damals geschehen, daß etwa die Waggontüren aufgerissen wurden und das Molkepulver herausgerissen worden ist.

Es hat dann Reaktionen beim Regierungspräsidenten in Nordrhein-Westfalen und auch in Bremen gegeben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Und die Bayern? Das dürfen Sie nicht vergessen!)

- Entschuldigen Sie, ich laufe davor überhaupt nicht weg.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Na!)

- Entschuldigen Sie, ich laufe vor diesem Einwurf überhaupt nicht weg. Sie werden gleich noch meine Antwort dazu bekommen.

Am 5. Februar 1987 erscheint in der "Frankfurter Rundschau" ein Artikel. In diesem Artikel wird mitgeteilt - das war, bevor ich die Entscheidungen herbeigeführt hatte -: Wallmann wies darauf hin, daß es keine Rechtsgrundlage gebe, die es erlaube, die Vernichtung des verseuchten Molkepulvers anzuordnen. Das ist von niemandem bestritten worden. Deshalb bleibe nur der Rückkauf - Rückkauf ist nicht ganz richtig -, aber jedenfalls die Inbesitznahme als Eigentümer, weil nämlich bereits Entschädigung geleistet worden war.

Weiter:

Selbst den Export hätten die Behörden nicht verbieten können, weil es dafür keine gesetzlichen Regelungen gebe. Wallmann hofft, daß die Bundesländer sich bereit erklären, das verseuchte Produkt zu lagern und ordnungsgemäß zu vernichten.

Das ist die Aussage. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun überlege ich mit Ihnen einmal folgendes. Damals ist von der SPD und auch von den GRÜNEN etwa folgendes erklärt worden: Unter gar keinen Umständen darf diese Molke, ob vermischt oder nicht vermischt, ins Ausland geliefert werden. Dieses ist unmoralisch, dieses ist inhuman. Unter dem 13. Februar 1987 heißt es:

Schäfer

- der Obmann der SPD -

hält es für notwendig, das Außenwirtschaftsgesetz zu ändern oder eine Verordnung zu erlassen, damit die Ausfuhr radioaktiv verseuchter Produkte in Zukunft verhindert werden kann.

Das heißt erstens, er bestätigt, was ich selbst vorher gesagt hatte: Es gibt keine rechtliche Handhabe, mit der verhindert werden kann, daß diese Molke, vermischt oder nicht vermischt, ins Ausland gelangt.

Zweitens erklärt er, meine Damen und Herren: Sie darf aus den verschiedensten Gründen auch nicht ins Ausland gelangen.

Was Sie so höhnisch - Herr Abg. Fischer, ich bedaure das - eben dazwischengerufen haben - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das war überhaupt nicht höhnisch!)

- Dann ist es um so besser, wenn ich das falsch verstanden habe.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Überhaupt nicht!)

Sie sprachen vom Ausland, von Ägypten, vom ägyptischen Botschafter. Mit dieser Mitteilung ist damals genug Schaden angerichtet worden, daß nämlich diese feinen Leute da mitten in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland uns, den Ägyptern, etwas zuschieben wollen, was sie selber nicht haben wollen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es! Das ist überhaupt nicht höhnisch gewesen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

- Wer wollte es denn? Wollte es etwa der Bundesumweltminister, der damals Wallmann hieß? Wollte es die Bundesregierung? Wollte es Ihre Regierung?

(Zurufe von der SPD)

Dieses ist ein privatrechtliches Geschäft gewesen, das rechtlich überhaupt nicht zu beanstanden war.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Bayerische Staatsregierung war froh, daß es weg war! Schauen Sie doch einmal nach Bayern!)

- Nein, meine Damen und Herren, so einfach kann man sich das ganze nun nicht machen.

(Claus (SPD): So ist es!)

Ich komme zu einer Meldung vom 4. Februar 1987. Das ist deswegen wichtig, weil in diesem Augenblick ja von dem Bundesumweltminister laufend gefordert wurde: Du mußt jetzt etwas tun! Der Bundesumweltminister hat aber nahezu keine Vollzugskompetenzen. Er hat keine Einrichtungen zur Entsorgung.

(Boppel (GRÜNE): Armer Mann!)

Er ist gar nicht imstande, unmittelbar tätig zu werden. In dieser Situation aber, als die SPD damit gerechnet hat, der Bundesminister für Umwelt werde nicht tätig, erklärt sie sich also wie folgt:

Der Umweltfachmann der SPD-Bundestagsfraktion, Harald Schäfer, hat Wallmann aufgefordert, das Molkepulver als radioaktiven Müll zu behandeln und auch so beseitigen zu lassen.

(Nassauer (CDU): Aha!)

So, meine Damen und Herren, die Molke soll hier beseitigt werden. Ins Ausland darf sie nicht gebracht werden. Gleichzeitig wird erklärt: Aber wenn dieses dann irgendwo tatsächlich auch geschehen soll, dann ist das natürlich ein böser Akt. Dieses wird erst dann erklärt, meine Damen und Herren, nachdem

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein, nein!)

- entschuldigen Sie, bitte - nicht mehr rational und verantwortlich darüber diskutiert wird, sondern plötzlich angenommen wird, daraus könne irgendein politischer Vorteil erwachsen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ob Ihnen dieses jetzt gefällt oder nicht, das sind ja Daten: 13. Februar 1987, das, was ich hier eben vorgetragen habe.

Ich zitiere die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", auch vom 13. Februar:

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dahinter steckt ein kluger Kopf!)

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN werfen der Bundesregierung und Umweltminister Wallmann vor, sie hätten den Fall zu spät aufgegriffen.

Also nicht, daß der Wallmann aufgegriffen hat, sondern das er zu spät aufgegriffen hat, daß er also nicht das getan hat, was nach Meinung der SPD hätte geschehen müssen, das wird ihm vorgeworfen.

Jetzt wollen Sie umgekehrt etwas daraus werden lassen. Jetzt wollen Sie erklären: Weil er gehandelt hat, deswegen ist es ihm vorzuwerfen. Jawohl, meine Damen und Herren, ich habe ohne Rechtsgrundlage gehandelt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ohne Rechtsgrundlage gehandelt, und ich habe niemandem etwas vorgespiegelt. Ich habe das am gleichen Tag der Öffentlichkeit mitgeteilt, und zwar deswegen, meine Damen und Herren,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aber warum Hessen? Beantworten Sie diese Frage! Warum Hessen?)

weil ich nach wie vor der Überzeugung bin, daß es unverantwortlich ist, die Dinge einfach ihren Lauf nehmen zu lassen und sozusagen jedermann gegenüber zu attestieren und zu dokumentieren, daß die hochindustrialisierte Bundesrepublik Deutschland nicht imstande ist, mit diesem Thema fertig zu werden,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aha, jetzt kommen wir auf den Punkt!)

weil es Politiker gibt, die nicht sachgerecht mit diesem Thema umgehen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in aller Ruhe

(Zurufe von der SPD)

sage ich Ihnen: Dieses wäre doch verhängnisvoll. Die Bundesrepublik ist dazu imstande. Wenn sie objektiv dazu imstande ist, dann muß sie den politischen Willen haben, und dann muß sie diese Überzeugung auch in die Wirklichkeit umsetzen.

(Boppel (GRÜNE): Koste es, was es wolle!)

- Nicht koste es, was es wolle. Ich möchte, daß möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Debatte an den Fernsehgeräten oder am Radio verfolgen; denn ich mache Ihnen Schritt für Schritt klar, daß hier nie etwas vertuscht worden ist, daß dieses bestimmte Ursachen gehabt hat und warum wir uns von Anbeginn immer eindeutig, ohne irgendwann dieser Position untreu geworden zu sein, eingelassen haben.

Was ich jetzt sagen will, sage ich ohne jede Überheblichkeit. Da, wie ich geschildert habe, der Bund keine Vollzugskompetenzen hat und ihm keine eigenen Anlagen zur Verfügung stehen, ist er darauf angewiesen, daß zum Beispiel Bundesländer aus ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung dann helfen. Nun sage ich Ihnen schlicht und einfach: Dieser gesamtstaatlichen Verantwortung stellt sich diese Landesregierung des Bundeslandes Hessen, schlicht und einfach. Der stellen wir uns,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

genauso wie es der Chef der Staatskanzlei bereits am 22. Juli gesagt hat.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Welches andere Bundesland stellt sich noch dieser Verantwortung? Welches andere Bundesland noch?)

- Meine Damen und Herren, schlicht und einfach: Ich bin der Ministerpräsident dieses Landes Hessen. Für dieses Bundesland spreche ich. Dafür handeln wir. Ich bin absolut sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger ein

solches verantwortungsbewußtes Verhalten von uns auch erwarten und nicht von uns erwarten, daß wir das tun, was so viele andere machen, nämlich den Finger in den Wind heben, herausbekommen, woher vielleicht gerade im Augenblick der Wind weht, um sich dann opportunistisch gehen zu lassen. Das tun wir nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nun haben Sie eben noch einmal dazwischengerufen: Wie ist das nun mit Hungen? Wir haben zu diesem Standort nicht nein gesagt. Ich sage auch ohne Wenn und Aber, daß wir das Roiner-Verfahren in jeder Beziehung für zuverlässig und gesichert halten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir haben noch gar keine Unterlagen! - Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede über das Roiner-Verfahren, nicht über die in Betracht kommenden Verfahren. Sie müssen sich angewöhnen zuzuhören.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jetzt spricht wieder der Bundesumweltminister a.D.!)

Ich rede als derjenige, der dieses Verfahren kennt und weiß, wer es untersucht hat. Ich sage Ihnen bei der Gelegenheit: Die Mitglieder der Strahlenschutz- und der Reaktorsicherheitskommission sind ausschließlich zu Zeiten der SPD-geführten Bundesregierung Schmidt berufen worden, nicht ein einziger etwa von mir als ehemaliger Bundesumweltminister. Wenn Sie sagen wollen, denen könne man nicht trauen, dann mögen Sie dies sagen. Aber eines können Sie nicht erklären: daß von den Mitgliedern dieser Kommissionen etwa im Sinne von Gefälligkeit, weil sie von mir berufen wurden, Erklärungen und Gutachten abgegeben werden, die uns gefallen.

(Boppel (GRÜNE): Gibt es denn Gutachten, Herr Wallmann?)

Ich möchte Sie ehrlich auffordern, Herr Kollege Fischer, bei aller Unterschiedlichkeit in manchen Fragen der Politik: Unterstellen Sie bitte nicht anderen, nur weil sie einer anderen politischen Partei angehören, und unterstellen Sie nicht Mitgliedern der Landesregierung, ob Sie diese Landesregierung nun mögen oder nicht, daß hier etwas anderes als guter Wille im Spiel sei.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

- Es ist interessant, wie Sie reagieren. - Unterstellen Sie nicht, daß hier Schindluder getrieben werde, etwa mit der Gesundheit oder gar mit dem Leben der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich finde, dies sollte in einer Demokratie nicht stattfinden, den guten Willen und die gute Absicht zu bestreiten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich unterstelle Ihnen das nicht, Herr Wallmann! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Zu dem Roiner-Verfahren selbst haben wir keinerlei Bedenken.

(Boppel (GRÜNE): Keine Unterlage, keine Bedenken!)

- Nein, zu dem Verfahren haben wir keinerlei Bedenken. Aber wir haben erhebliche Bedenken, was die Zeitdauer dieser Verfahren angeht. Ich bin den beiden Ministern Weimar und Trageser außerordentlich dankbar - und ich meine, das ganze Land hätte Anlaß, ihnen dankbar zu sein -

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

weil sie mit allergrößter Sorgfalt an die Klärung dieser Fragen herangegangen sind: Sind Verfahren nötig, etwa nach § 3 der Strahlenschutzverordnung oder nach wasserrechtlichen Vorschriften? Es scheint so zu sein, daß jedenfalls nach wasserrechtlichen Vorschriften ein Verfahren durchgeführt werden muß.

(Boppel (GRÜNE): Gott sei Dank!)

Nun sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich bin nicht bereit, und kein Minter dieser Landesregierung, dieser Koalition ist bereit, bevor ein solches Verfahren durchgeführt, also im einzelnen geprüft worden ist, ob für das Wasserschutzgebiet nicht möglicherweise eine Gefährdung entstehen könnte, hier zu erklären: Diese Verfahren werden durchgeführt, und am Ende steht das Ergebnis, wie wir es wünschen. So tun wir es nicht, meine Damen und Herren.

(Beucker (SPD): Die Molke bleibt uns noch lange erhalten! - Weitere Zurufe von der SPD)

Nun unterstelle ich einmal, diese Verfahren wasserrechtlicher Art führten zu dem Ergebnis: Es ist nichts zu besorgen. Sie werden mir zugeben, daß damit doch das Verfahren nicht erledigt ist, sondern dieses Verfahren wird doch beklagt werden. Sagen wir das doch in aller Offenheit und ohne Wenn und Aber. Es würde Jahre dauern, bis wir eine rechtskräftige Entscheidung haben.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich unterstelle wieder, die Entscheidung wäre so, wie man im Bundesumweltministerium auf Grund der dortigen Überprüfungen meint, das als sicher feststellen zu können. Dann dauert es jahrelang, bis die Entsorgung nach dem Roiner-Verfahren, das ich im vollen Umfang als sicher akzeptiere - ich sage es noch einmal -, hier überhaupt beginnen kann.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Also ein Jahrhundertprojekt! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen haben wir diese schwerwiegenden Bedenken. Im Hinblick auf das, was im Tenor Ihres Dringlichkeitsantrags steht, sage ich Ihnen wieder: Lesen Sie alles durch, was die beiden Minister gesagt haben, was sie verlaubar haben.

(Clauss (SPD): Ja!)

All dies ist bereits erklärt worden: daß dies geprüft werden muß, daß Bedenken aus diesen Gründen vorhanden sind, die ich eben skizzenhaft zusammengefaßt habe.

(Dann (SPD): Kalte Füße!)

Ich kann nur sagen, auch das ist für die Bürgerinnen und Bürger eindeutig: Die Landesregierung verfolgt keinen Zickzackkurs, verwischt nichts, sondern äußert sich klar und eindeutig und zugleich sorgfältig in der Sache.

Nun ist die Frage: Können wir es damit bewenden lassen?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Nein!)

Es ist gar keine Frage, Herr des Verfahrens ist der Bundesumweltminister. Aber es gilt, was wir gesagt haben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Gesamtstaatliche Verantwortung!)

- Gesamtstaatliche Verantwortung, sehr richtig, Herr Kollege Fischer. Sie sollten darüber sehr nachdenken.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Abg. Fischer, man sollte nicht nur die Annehmlichkeiten dieses Wohlstandsstaates Bundesrepublik Deutschland und seiner Bundesländer in Anspruch nehmen, sondern auch an seine Pflichten denken, die insbesondere ein Politiker mit zu erfüllen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen prüfen wir, ob wir unseren Beitrag dazu leisten können, daß diese Entsorgung bei uns oder/und auch in anderen Ländern gesichert und gefahrlos durchgeführt werden kann.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wir löffeln sie aus, die Molke!)

- Das ist interessant: "Wir löffeln es aus"! Sie wollen Panik machen, Sie wollen Ängste schüren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wollen kein sachlich vertretbares Ergebnis und kein verantwortungsbewußtes Handeln.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich muß gerade nach diesem Zwischenruf davon ausgehen, daß Ihnen an einer Problemlösung überhaupt nicht gelegen ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sagen, nicht ins Ausland. Sie sagen, der Bundesumweltminister muß das Problem übernehmen. Wenn er es übernommen hat, wird er deswegen gescholten. Sie erklären, die Molke müsse in der Bundesrepublik Deutschland beseitigt werden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn die Frage ansteht, dann sagen Sie, überall, nur nicht bei uns. - Das ist keine Politik, die diese Landesregierung akzeptieren kann. Die Landesregierung wird sich so verhalten, wie ich es eben vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Lang:

Herr Kollege Clauss, Sie haben das Wort.

Clauss (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein Trauerspiel, was da in den letzten vier Wochen abgelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, es ist keine Sternstunde, die wir hier eben miterlebt haben, bei dem, was Sie hier vorgetragen haben.

(Nassauer (CDU): Für die Opposition!)

Es ist in Erinnerung zu rufen - das soll meine erste Bemerkung sein, Herr Ministerpräsident, von wegen "Panik machen" -, daß unmittelbar nach den Ereignissen von Tschernobyl die damalige Opposition und Sie der Hessischen Landesregierung Panikmache vorgeworfen haben,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und zwar deswegen, weil wir damals eine Politik im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher unseres Hessenlandes und darüber hinaus und im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung betrieben haben, eine Politik, daß in Hessen überhaupt keine Strahlenmolke anfallen konnte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Es war damals die Union, die diese Politik kritisiert hat. Heute wird uns vorgeworfen, wir würden Panik machen. Herr Ministerpräsident, Sie können sich heute nicht damit davonstellen, daß das Problem, um das es in der Tat geht, ein Problem sei, das gesamtstaatlich gelöst werden müsse. Es handelt sich nämlich um eine klassische Altlast aus Ihrer früheren Verantwortung. Sie haben nämlich das Problem zum Problem gemacht,

(Beifall bei der SPD)

indem Sie damals eine eklatante Fehlentscheidung getroffen haben. Sie haben das Molkepulver, obwohl, wie Sie auch heute wieder vorgetragen haben, keine Rechtsgrundlage bestand, in den Besitz des Bundes gebracht. Ich möchte das in Erinnerung rufen, weil Sie hier ziemlich minuziös bis auf die einzelne Stunde eingegangen sind. Sie haben damals erklärt: Ich, Umweltminister Wallmann, werde das Problem spätestens in zwölf Wochen erledigt haben. So Ihre Äußerung damals.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich es richtig sehe, werden Sie in zwölf Wochen nicht einmal die Diskussion hier abgeschlossen und die Widersprüchlichkeiten Ihrer jetzigen Regierung geklärt haben.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es handelt sich nicht um eine gesamtstaatliche Verantwortung, bei der das Bundesland Hessen eine Verantwortung hätte, sondern es handelt sich um eine Altlast von Herrn Umwelt- und Reaktorsicherheitsminister Wallmann und somit um ein Problem innerhalb der CDU und CSU und nicht um ein gesamtstaatliches Problem.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo leben wir denn eigentlich, daß das Land Hessen damals eine Politik betrieben hat, im Interesse der Verbraucher, im Interesse der Gesundheit der Menschen, und heute die Probleme der Bundesländer lösen soll, die damals eine falsche Politik betrieben haben ebenso wie auch Sie, Herr Wallmann, als damaliger Umweltminister. Nein, dies ist ein Problem Bayerns.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ja interessant: Auch heute ist durch die Erklärung von Herrn Trageser und durch die Erklärung des Ministerspräsidenten nicht klargelegt worden, ob es nur um die 5.000 Tonnen in Meppen geht. Was passiert denn eigentlich mit den weiteren 2.000 Tonnen in Feldkirchen? Und was passiert mit den weiteren zirka 20.000 Tonnen, die allerdings nicht so stark belastet sind wie die in Meppen und in Feldkirchen, die heute noch in Bayern liegen?

Die Bevölkerung in Hessen und die Bevölkerung in Hungen muß wissen, daß - wenn dieses dort entsteht - dann am Ende nicht nur die 5.000 Tonnen von Meppen entsorgt werden, sondern ein bundesweites, vielleicht sogar europaweites Entsorgungszentrum entsteht, mit all den Sorgen und Problemen, die damit in Verbindung zu sehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat bisher auf diese Frage keine klare Antwort gegeben.

Es ist also ein CDU-Problem und kein gesamtstaatliches Problem. Ich denke, daß die Bevölkerung Hessens, die Bevölkerung im Raum Hungen, vor allem auch die Bevölkerung im Großraum Frankfurt am Main, die nicht zuletzt das Trinkwasser aus dem Raum Hungen bezieht,

(Zurufe von der CDU)

es nicht verdient hat, daß man so mit ihnen umgeht. Auch heute ist nicht endgültig klargestellt worden, was mit den Rückständen passiert. Auch darauf will ich noch einmal zurückkommen. Auch die Bevölkerung im Marburger Raum hat nicht verdient, daß am Ende die Rückstände gar im Roßberger Forst landen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen, Sie hätten damals - das ist ja richtig - die Aufforderung bekommen, das als schwach radioaktiven Müll zu entsorgen, und weisen darauf hin, daß der Bund überhaupt keine Anlagen hat. Aber schlicht ein Blick in das Gesetz, sowohl in das Atomgesetz als auch in die Strahlenschutzverordnung, reicht völlig aus, um zu erkennen, daß für die Endbeseitigung von schwach radioaktivem Abfall und von hochbelasteten Rückständen aus dem Kernbrennstoffkreislauf nicht die Länder, weil sie gesamtstaatliche Verantwortung tragen, zuständig sind, sondern der Bund und daß die Länder lediglich Sammelstellen haben müssen, damit der Bund die Endbeseitigung machen kann.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wo?)

In dem Zusammenhang, denke ich, ist es doch wichtig, darauf hinzuweisen, daß Sie nach wie vor nicht nur ein glühender Anhänger der Kernbrennstoffkreislaufideologie sind, sondern die Bevölkerung auch zur Kenntnis nehmen muß, daß nicht einmal läppische Tonnen schwach radioaktiven Mülls in diesem Lande beseitigt werden können, geschweige denn das, was an Halden dort entsteht. Auch dieser Zusammenhang soll bei diesem Punkt nicht verschwiegen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war ja an der Zeit, daß der Ministerpräsident sich heute hier geäußert hat. Er hat ja vier Wochen lang vor sich hingeschwiegen. Deswegen möchte ich gern auf seine erste Bemerkung eingehen, an keiner Stelle sei widersprüchlich gesprochen worden. Er hat mit der ersten Äußerung von seinem Staatssekretär, dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Gauland, begonnen, der am 22.7.1987 gesagt hat, es müsse geprüft werden, es gebe Genehmigungsverfahren. Und erst wenn das alles der Fall sei, dann sei man mit von der Partie.

Richtig ist, daß sich damals Herr Gauland schon in der Richtung geäußert hat, daß es eine prinzipielle Bereitschaft des Landes Hessen gibt, unabhängig davon, ob man erst am Ende einer Prüfung eine solche prinzipielle Bereitschaft zum Ausdruck bringt. Also schon dort der erste Widerspruch.

Gehen wir weiter. Es war Staatssekretär Weiß, der damals die Stallwache im Sozialministerium hatte,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Stallwächter ist ein guter Begriff!)

der nach meinem Dafürhalten richtig reagiert hat, indem er gesagt hat, es müsse zuerst geprüft werden, ob nach Lebensmittelrecht, nach Strahlenschutzrecht, nach Bundesimmissionsschutzrecht, nach Wasserrecht, nach Baurecht, nach Brandschutzrecht und nach den übrigen Bestimmungen entsprechende Genehmigungsverfahren vorzunehmen sind.

Nachdem der Bund überhaupt nicht Genehmigungsbehörde ist, sollten Sie es, Herr Ministerpräsident, nicht durchgehen lassen, daß Herr Töpfer und seine Beamten regelmäßig nicht nur in Hungen, sondern auch in der Öffentlichkeit verkünden: Die Hessen haben ohnehin nichts zu sagen; es sind überhaupt keine Genehmigungen notwendig. So die letzte Äußerung eines Mitarbeiters von Herrn Töpfer bei der Versammlung der Schülerinnen und Schüler in Hungen.

Wer hat denn dann wo etwas zu sagen? Herr Töpfer kann sich doch nur so äußern, weil Sie da mit von der Partie sind

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und weil Sie die Altlastprobleme dort zu lösen haben.

Inzwischen hat dann Herr Weiß auf Grund der Intervention von Herrn Töpfer und des Bundes auch in der Bürgerversammlung - das war für mich schon ein beschämender Vorgang - seine eigene Aussage aus der ersten Runde korrigieren müssen.

(Boppel (GRÜNE): Mit hochrotem Kopf!)

Gehen wir weiter. Was haben denn die Herren Trageser und Weimar im Ausschuß vorgetragen? Ich will Ihnen, Herr Ministerpräsident, sagen: Was sich hier entwickelt, ist eine Verschlechterung politischer Kultur in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nicht nur, daß ich Ihrem Umweltminister nachweisen konnte - bis heute hat er es nicht widerlegt -, daß er in der Debatte um die Hanauer Betriebe das Parlament belogen hat. Nein, noch viel schlimmer ist, daß am letzten Mittwoch in einer Sondersitzung des Sozialpolitischen Ausschusses und des Ausschusses für Umweltfragen die beiden Herren dort erklärt hatten, es sei überhaupt noch nichts abschließend zu sagen, weil keine prüffähigen Unterlagen vorlägen. Am Freitag lesen wir dann in der Zeitung - man höre und staune; genauso naßforsch, wie Herr Weimar in Sachen Hanau vorgegangen ist -, daß man eine andere machbare Lösung in Hessen anbieten wolle, wie Herr Weimar sagte.

Weimar erklärte am Freitag in Wiesbaden, daß die Bedenken der Landesregierung gegen den Standort Hungen nicht ausgeräumt werden könnten. Die Genehmigungssituation für Hungen hatte Weimar schon Anfang August in Frage gestellt. Das Hessische Umweltministerium, so die Erklärung einer Sprecherin, prüfe zur Zeit eine andere Möglichkeit zur Beseitigung des verstrahlten Trockenmilchpulvers, da Bonn das Problem Molke nur in Kooperation mit den Ländern lösen könne. Das Wiesbadener Ministerium bestätigte, daß eine dieser Überlegungen, die sich im Vorstadium der Prüfung befinden, auch die Endlagerung der Molke in der Untertagedeponie Herfa-Neurode in Hessen sei. Diesem will sich Hessen nicht verweigern.

Was ist denn das für eine politische Kultur? Da gibt es eine Ausschußsitzung im Parlament; dort davon kein Wort. Zwei Tage später sagt der Herr Umweltminister

genau das Gegenteil von dem, was Sie heute als Ministerpräsident gesagt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und dann wird hier festgestellt, an keiner Stelle habe die Landesregierung widersprüchlich gesprochen. So der Herr Ministerpräsident vorhin an diesem Pult.

Wollen wir noch einmal weitergehen. Was hat denn Herr Weimar in dem Brief an den Magistrat der Stadt Hungen mitgeteilt - im Hinblick auf das, was er am Freitag verkündet hat?

Aus derzeitiger Sicht kommen nachfolgende Verfahren in Betracht: a) abfallrechtliche Fragen. Die abfallrechtliche Säule dürfte deshalb nicht relevant sein, weil die dekontaminierte Molke Wirtschaftsgut ist und der verbleibende Rest nach der Strahlenschutzverordnung beseitigt werden muß.

Also noch in dem Brief an den Magistrat der Stadt Hungen vom 6.8. war es Wirtschaftsgut, und letzten Freitag war es plötzlich Abfall, der nach Herfa-Neurode muß. Das wird geprüft. Also was ist denn in dieser Regierung eigentlich los?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Molke ist los!)

Der Magistrat der Stadt Hungen bekommt noch vor wenigen Tagen mitgeteilt, es sei Wirtschaftsgut und es sei abfallrechtlich gar nichts zu besorgen. Also keinerlei widersprüchliche Aussagen?

Dann kommt Buchstabe b - das haben wir im Ausschuß erörtert -: Fragen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; darauf will ich gar nicht mehr eingehen. Und dann kommt Buchstabe c: Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung. Wie gesagt, das ist ein Brief des hessischen Umweltministers. Dieser ist nach der Strahlenschutzverordnung gar nicht zuständig; das ist ja heute durch den Kollegen Trageser noch einmal deutlich geworden. Aber der Umweltminister sagt in dem Brief an den Magistrat:

Eine Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung wird deshalb nicht notwendig sein, weil die Anlage so gefahren werden soll, daß die Werte der Strahlenschutzverordnung unterschritten werden. Deshalb wäre eine Genehmigung nach dieser Bestimmung auch nicht notwendig. Eine entsprechende Verfahrensdurchführung kann nach dem derzeitigen Stand der Überprüfung wohl auch erreicht werden.

Was steht denn darin, meine Damen und Herren? Es steht darin, daß man verfahrenstechnisch die Anlage so fahren kann, daß man die Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung unterlaufen kann. Praktisch teilt man schon heute das Ergebnis in dem Brief an den Magistrat vorab mit, obwohl die beiden Minister in den Ausschüssen, der Ministerpräsident heute und der Minister, der zuständig ist, heute erklärt haben: Es gibt noch gar keine prüffähigen Unterlagen. Wer spricht da also mit wem?

(Beifall bei der SPD)

Es hat also Herr Weimar wieder naßforsch ein Ergebnis vorweggenommen, bevor es überhaupt eine Prüfung gibt!

Weiter: Der Ministerpräsident hat gesagt, es sei an keiner Stelle widersprüchlich gesprochen worden. Nun berichten alle Zeitungen vom 19. August über die Sitzung des Kreistages, die einen Tag vorher stattgefunden hat. Mir liegt gerade die "Offenbachpost" vor; ich könnte auch

alle anderen Zeitungen zitieren. Dort heißt es, Herr Ministerpräsident, nach sorgfältiger Prüfung seien die CDU im Kreis wie auch die Hessische Landesregierung überzeugt davon, daß Hungen nicht der geeignete Standort für die geplante Entseuchung der Molke sei. Das hat nicht irgendeiner erklärt, sondern das erklärte Herr Bouffier, der Fraktionsvorsitzende dort, der, wenn ich es richtig weiß, doch hier als Staatssekretär auf der Regierungsbank sitzt und doch auch zu dieser Regierung insgesamt gehört. Und dann sagen Sie, Herr Ministerpräsident: keine widersprüchlichen Aussagen bisher!

(Beifall bei der SPD)

Hier schwätzt also offensichtlich jeder, wie er will, und jeder nach der Meinung des Volkes vor Ort, und der Ministerpräsident schweigt sich vier Wochen lang aus; er grinst vor sich hin und sagt zu der Sache gar nichts.

Jetzt geht es weiter: Die Landesregierung unter Walter Wallmann wird hier keinen Rabatt geben, und dabei bleibt es. Das stellte Bouffier fest. Also keinerlei widersprüchliche Aussagen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte das beliebig fortsetzen.

Interessant für mich ist, daß sich bisher auch Frau Reichhardt nicht geäußert hat. Ich will hier nicht in Sippenhaft machen, aber vermutlich wird man sich doch in dem parteilosen Haushalt Reichhardt abends über das unterhalten, was dort im einzelnen läuft. Wenn ich es richtig sehe und richtig weiß - und ich will hier das referieren, was ich sehe und was ich weiß -, hat Herr Reichhardt in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der freien Wähler dort auch mit dazu beigetragen, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Wo ist eigentlich die Landwirtschaftsministerin im Hinblick auf das, was für die hessische Landwirtschaft an Schaden auf uns zukommt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist also eine traurige Situation, ein Trauerspiel auf der ganzen Linie.

(Dr. Jung (CDU): Ihre Rede ist eine traurige Situation!)

- Lieber Herr Generalsekretär, weil Sie gerade dazwischenrufen: Das letzte war dann die Äußerung des Generalsekretärs,

(Dr. Jung (CDU): Ja, Ihre Rede ist das letzte!)

unbeantwortete Fragen schnellstmöglich zu klären. Also nicht einmal Sie konnten sich davon zurückhalten, Kritik an der Landesregierung zu üben!

(Beifall bei der SPD)

Ich will Sie ja nicht für die Landesregierung in Anspruch nehmen, aber was ist denn das für ein trauriger Verein, wo die Linke nicht weiß, was die Rechte tut?

(Beifall bei der SPD - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Vorsicht, Vorsicht, das ist ein heikles Thema!)

Hinzu kommt - das muß die Bevölkerung im Hessenland draußen wissen, auch und insbesondere die Bevölkerung in Hungen -, daß die Gefahr noch nicht gebannt ist, denn es ist auch heute hier nicht geklärt und erklärt worden, daß die Landesregierung auf Grund ihrer Erkenntnisse und auf Grund dessen, was man bisher weiß, auf das Vorhaben Hungen verzichtet. Herr Töpfer sagt nach wie vor, daß er an diesem Standort festhält, und Herr Töpfer sagt nach wie vor: Es sind keine Genehmigungen

erforderlich. In seiner Situation kann er das ja auch sagen, denn im Hinblick auf die Altlast, die Sie ihm hinterlassen haben, Herr Ministerpräsident, stehen Sie nicht vor dem Problem gesamtstaatlicher Verantwortung. Sie sind in diesem Punkte nicht frei, weil diese Altlast Ihnen nicht die Freiheit erlaubt, die hessischen Interessen und die der Bevölkerung dieser Region zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen halte ich das schon für einen makaberen Vorgang. Denken wir doch einmal an den Bürger draußen im Lande, der nur eine Garage bauen will. Oder nehmen wir ein anderes Thema, das in dieser Woche wieder auf der Tagesordnung steht und uns beschäftigt, nämlich die Frage der kleinen Gartenhütten draußen. Jeder Bürger draußen, der eine kleine Gartenhütte bauen möchte, braucht eine Genehmigung. Der Bundesumweltminister aber, Ihr Nachfolger, Herr Dr. Wallmann, sagt, für das, was dort in Hungen entstehen soll, für ein riesiges Entsorgungszentrum, sei keine Genehmigung notwendig. Das muß dem Bürger draußen einmal erklärt werden!

Nun zu einer weiteren Äußerung. Lieber Herr Dr. Wallmann, Sie haben gesagt, das Roiner-Verfahren sei zuverlässig und sicher; es bestünden keinerlei Bedenken. Mir ist jedoch bekannt, daß so weit nicht einmal Herr Roiner selber geht. Es gibt dazu Gutachten, die in der Zwischenzeit auch im Ausschuß eine Rolle gespielt haben; der Kollege Boppel hat sie zitiert. Die Gutachten sind bisher ja noch nicht vorgelegt worden, aber ich weiß von Herrn Roiner, daß er sagt: Bei Übernahme von Erkenntnissen und Erfahrungswerten, die in kleintechnischen Versuchsreihen gewonnen wurden und die dann als Grunddaten für die Konzeption einer großtechnischen Anlage übernommen werden, verbleibt ein gewisses nicht kalkulierbares Risiko. Das sagt der Erfinder dieses Verfahrens! Ich denke, er sagt es mit gutem Recht, nicht nur weil er ein vorsichtiger Mann ist, sondern weil das eben Wissenschaftler auszeichnet. Und dann stellen Sie, Herr Ministerpräsident, sich heute hier hin und sagen, das Roiner-Verfahren sei zuverlässig und sicher und es bestünden keinerlei Bedenken. Das sagen Sie, obwohl noch keine prüffähigen Unterlagen vorliegen, man das also gar nicht überprüfen konnte, und obwohl Herr Roiner in seinen gutachtlichen Stellungnahmen zu ganz anderen Ergebnissen kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dies so ist, sind Ihre Abkühlungsversuche gegenüber der Opposition, Herr Ministerpräsident, nicht nur ohne jegliche reale Grundlage, sondern mehr als berechtigt ist die Angst der Bevölkerung und der Opposition, daß hier gar nichts mehr geprüft wird, sondern das Ergebnis von vornherein feststeht: Die Altlast muß in Hessen beseitigt werden. Das ist die Situation, um die es geht!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über das Wasserschutzgebiet ist in den Ausschüssen geredet worden. Heute haben wir kein Wort dazu gehört, daß zum Beispiel in der Zwischenzeit die OVAG, eines der größten Versorgungsunternehmen im mittelhessischen Raum und für das Rhein-Main-Gebiet, große Bedenken angemeldet und auch schon entsprechend Einspruch erhoben hat. Es ist auch bisher die Frage, die im Ausschuß schon eine Rolle gespielt hat, nicht beantwortet, wie denn dann, wenn man zu einem in sich geschlossenen Kreislaufsystem kommt, mit dem man dort die wasserrechtlichen und schutzzonerechtlichen Bestimmungen unterlaufen will, die Beseitigung der Rückstände, der Abwässer, in anderen Kläranlagen erfolgen

soll; vom Löschwasserproblem einmal ganz zu schweigen. Der Kollege Trageser hat im Ausschuß versucht, das ad absurdum zu führen. Wir wissen aber, daß die Katastrophe von Sandoz nicht zuletzt das Ergebnis eines Brandes dort war. Wenn man im Hinblick auf die Gefährdung des Grundwassers Fragen stellt, hat das nichts mit Panikmache zu tun, sondern mit Vorsorge. Aber auch diese Fragen sind bis heute nicht beantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine Bemerkung zu den Rückständen, weil auch hier Klarheit geschaffen werden muß: Da gibt es ja Manipulationsmöglichkeiten. Wenn ich die Strahlenschutzverordnung unterlaufen will, habe ich natürlich eine größere Menge von Rückständen, weil ich das Cäsium dann, auf mehr Tonnen verteilt, vielleicht unter die Grenzwerte nach der Strahlenschutzverordnung bringe. Das ist also eine Frage, wie man das verfahrenstechnisch angeht. Aber wenn nur die 5.000 Tonnen entsorgt werden sollten und wenn dabei 2 Prozent Rückstände entstehen, wie es Herr Roiner in seinen bisherigen labortechnischen Versuchen nachgewiesen hat, entsteht immerhin eine Größenordnung von 100 Tonnen, die entsorgt werden müssen.

Bis heute und auch heute gab es von Ihrer Seite, Herr Kollege Trageser, keine Klarheit in dieser Frage, ob denn die Kernforschungsanstalt diese Menge abnehmen wird. Schließlich ist die Kernforschungsanstalt keine Landes-sammelstelle und auch kein Endlager des Bundes, obwohl sich dieses Denken auch da wieder breitmacht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, Herr Ministerpräsident, daß Lothar Späth, ein alter Freund von mir, so begeistert darüber sein wird, wenige Monate vor seiner Landtagswahl von Ihnen die hochbelasteten Rückstände aus Hungen nach Karlsruhe gekarrt zu bekommen. Wir werden ja sehen, wie diese Partie ausgeht.

Aber da ich schon weiß, wie diese Partie ausgeht, weil ich Lothar Späth kenne, bleibt am Ende die Feststellung, daß ein Blick ins Gesetz völlig ausreicht. Wenn die Rückstände eines Betriebes, der hier in Hessen beheimatet ist, woanders nicht entsorgt werden können, nimmt nach den geltenden Bestimmungen schlicht die Sammelstelle des Landes die Rückstände auf. Das bedeutet, daß alle Rückstände im Roßberger Forst landen und dort eine größere Ausweitung erfolgen muß, als dies je der Fall war.

Zu der Bemerkung, daß es keine widersprüchlichen Aussagen gegeben habe: Der frühere Landrat - Herr Dr. Wallmann, Ihr früherer Staatssekretär, Ihr heutiger Kultusminister - war damals einer der Hauptbannerträger, die versucht haben, den Ausbau der Landessammelstelle im Roßberger Forst zu verhindern, sie also nicht so auszubauen, wie dies entsprechend der Verantwortung, die das Land hat und die wir auch wahrnehmen wollten, möglich war.

Nächster Punkt: Da fand ich, liebe Frau Kollegin Reichhardt, den Staatssekretär sehr erfrischend. Er hat im Ausschuß - das war die einzige klare Aussage, die wir bekommen haben - auf die Probleme hingewiesen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Tatsache, daß Herr Wallmann das Problem ins Land geholt hat, Schaden für die hessische Molkereiwirtschaft und für die hessische Landwirtschaft bedeutet. Auf die konkrete Frage, wie das denn aussieht, mußte der Staatssekretär dann einräumen, daß die Verbraucher bereits vorsichtig seien im Hinblick auf Moha-Produkte. Es ist schon ein Kunststück, daß diese Landesregierung wenige Wochen

nach Amtsantritt das zertrümmert hat, was wir ein Jahr lang aufgebaut haben.

(Beifall bei der SPD)

Nach Tschernobyl waren nämlich die hessischen Molkereiprodukte der Markenartikel in der Bundesrepublik. Egal, wo ich im Lande war, haben die Leute nach hessischen Produkten gefragt, weil sie wußten: Die damalige Landesregierung hat hier eine vernünftige Politik betrieben. Das alles wird jetzt durch Dummheit und durch einen Akt zerstört, der nichts mit staatspolitischer Verantwortung zu tun hat, sondern mit verfehlter CDU-Politik.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein schlimmer Vorgang, daß dies zu Lasten der hessischen Landwirtschaft, zu Lasten der hessischen Molkereiwirtschaft und zu Lasten der Bauern geht, die ohnehin von der jetzigen Regierung nichts zu erwarten haben.

Deswegen bleibt die Landesregierung nach wie vor aufgefordert, diesem Spiel ein Ende zu machen, auf Grund der Kenntnisse, die wir heute haben, Klarheit zu schaffen und das Thema nicht weiter so verschludern zu lassen, wie es jetzt der Fall ist. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion lehnt auf Grund der realen Fakten, die uns heute bekannt sind, jeden Versuch ab, das Problem in Hungen zu lösen. Wir lehnen auch den windigen Versuch ab, die Molke nach Herfa-Neurode zu bringen, weil Herfa-Neurode in der Tat ein zu wertvoller Deponieraum ist, als daß man ihn so leichtfertig für diese Molke zur Verfügung stellen könnte. Die gesamtstaatliche Verantwortung, die nach meinem Dafürhalten dort greift, lautet

(Möller (Marburg) (CDU): Für Filterstaub war er nicht zu schade!)

- Um den Zwischenruf aufzunehmen: Es war der damalige Oberbürgermeister Wallmann, der durch seinen Umweltdezernenten und auch selber erklärt hat: Wir werden gegen das Land Hessen und den Umweltminister prozessieren wegen der Filterstäube und der Rückstände aus der Verbrennungsanlage in der Nordweststadt. Vor einigen Tagen ist die Verbrennungsanlage mit großem Aufwand der Öffentlichkeit übergeben worden. Bisher höre ich aber weder Klagen noch eine Information, daß die Stäube woanders hinkommen, weil in der Zwischenzeit jeder erkannt hat, daß die Stäube von den Salzen, von den Schwermetallen und der übrigen Palette der Schadstoffe so hoch belastet sind, daß sie eben vernünftigerweise zur Zeit nicht anders untergebracht werden können. Also Ihr Zwischenruf geht völlig ins Leere.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren: Dies ist und war von Anfang an ein Problem des Landes Bayern und kein gesamtstaatliches Problem gewesen. Zur Lösung sollen diejenigen aufgefordert werden, die den Schaden verursacht haben. Im Sinne auch des Verursacherprinzips sollen die Betroffenen dafür aufkommen.

Es ist ein skandalöser Vorgang - lassen Sie mich das abschließend sagen; auch das ist auf die Entscheidung von Herrn Wallmann zurückzuführen -, daß das Ganze am Ende auch noch die Steuerzahler bezahlen sollen und daß das Verursacherprinzip auch in diesem Punkt nicht greifen soll.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Günther:

Das Wort hat Herr Abg. Müller (CDU).

Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das Wort des Kollegen Clauss vom Trauerspiel aufgreifen. Herr Staatsminister a.D., was ist aus Ihnen geworden!

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie schrecken nicht einmal davor zurück, in einer so sensiblen Diskussion

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Diskussion ist nicht sensibel!)

in Form einer politischen "Sippenhaft" den zufälligen Wohnort einer Ministerin dieser Landesregierung für Ihr politisches Urteil zu benutzen. Dies ist in der Tat ein Trauerspiel.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Müller, ein Passionspiel, das Sie hier abliefern!)

Das zeigt allerdings auch, wie schnell es gehen kann, wenn man plötzlich - auf sich selbst gestellt - im Landtag Reden halten muß, ohne den Stab von Mitarbeitern zur Verfügung zu haben, der jede Zeile formuliert.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dann gibt es bei Ihnen ja noch Hoffnung! Dann kann es bei Ihnen ja noch besser werden, Herr Müller!)

Ich will eindeutig im Namen der CDU-Fraktion ein Wort zu der Ungeheuerlichkeit sagen, die Sie heute in diesem Hause öffentlich wiederholt haben. Sie sprachen - ausgerechnet Sie - davon, daß man eine "Verschluderung der politischen Kultur" festzustellen habe.

(Clauss (SPD): Widerlegen Sie es doch!)

Ich nenne es in der Tat eine Verschluderung der politischen Kultur, wenn ein langjähriger Minister mehrfach öffentlich einen Amtsnachfolger als einen Lügner bezeichnet. Dies, Herr Kollege Clauss, ist die Verschluderung der politischen Kultur.

(Beifall bei der CDU - Clauss (SPD): Sie können es doch widerlegen!)

Wer die umweltpolitische Diskussion in Hessen in den letzten Monaten verfolgt hat, der könnte, wie ich meine, den falschen Eindruck gewinnen, daß wir in der Umweltpolitik des Landes Hessen lediglich Fragen der Nuklearbetriebe in Hanau oder auch einer denkbaren Entseuchung von Molkepulver in Hungen zu lösen hätten. Ich sage bewußt: Dieser Eindruck ist falsch.

Wer weiß, daß gegenwärtig daran gearbeitet wird, eine Novelle des Abfallgesetzes, eine Novellierung des Wasserrechts vorzubereiten oder auch in einer sehr ehrgeizigen Projektion ein Abwasserprogramms zu entwickeln, der wird mir zustimmen, wenn ich sage: Umweltpolitik in Hessen ist wesentlich mehr als die Frage der Nuklearbetriebe in Hanau oder die Frage der Entseuchung von Molke.

Dennoch ist diese Konzentration auf Themen, die im weiteren Sinne mit der friedlichen Nutzung von Kernenergie zusammenhängen, natürlich verständlich, weil ja eines ganz deutlich geworden ist - und dies ist der Unterschied zu den vorhergehenden Regierungen -, daß sich in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie wie im Brennglas die ethische Verantwortung stellt, die in der Tat in der Umweltpolitik gefragt ist.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

- Herr Kollege Boppel, wer zu allem nein sagt, aber die Gefahren beschwört,

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

der wird dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist deutlich geworden - bei allen Mitgliedern dieser Landesregierung, wann immer sie zu diesem Thema gesprochen haben -

(Boppel (GRÜNE): Immer nur ja sagen!)

daß alle die Fragen, die bei der Bevölkerung in Hungen - unabhängig davon, ob seitens der CDU, der SPD oder der freien Bürger - aufgetaucht sind, von uns sehr ernstgenommen wurden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die F.D.P. erwähnt er schon gar nicht mehr!)

Nur, eines ist auch deutlich, Herr Kollege Fischer: Wir können als verantwortliche Politiker beim Stellen von Fragen, wie Sie es so gern tun, nicht stehen bleiben. Am Ende der Fragestellung muß entschieden werden - positiv oder negativ, aber es muß entschieden werden. Dies ist wiederum ein Punkt, in dem sich diese Landesregierung von ihrer Vorgängerin unterscheidet, die eben immer und immer wieder Fragen gestellt hat, die immer alles problematisiert hat,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage!)

die aber am Ende die Entscheidungen anderen überlassen hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gestellt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Gesamtstaatlich! Zitieren Sie Herrn Wallmann korrekt!)

Der Kollege Boppel hat hier wörtlich erklärt: Was wollen wir in Hessen mit der Molke? - So nach dem Motto: Schickt sie doch überall hin, bitte nur nicht nach Hessen!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was willst Du mit der Molke, sprich!)

Wissen Sie, es gab einmal einen Umweltminister, der bald vergessen sein wird: Der hieß Fischer.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ja, wenn Sie mich nicht mehr zitieren!)

Der hat auch, bevor er in Amt und Würden kam, die großen Sprüche losgelassen. Aber plötzlich mußte dieser Umweltminister Fischer selbst, weil es objektive Gründe gab, Sondermüll auf eine Deponie in der DDR bringen, von der eigentlich jedermann wußte, daß sie nicht unbedingt den höchsten Sicherheitsstandards entspricht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich habe da nicht eine Tonne hingebacht!)

Dieser Umweltminister Fischer mußte ebenfalls - das konzidiere ich Ihnen - aus objektiven Gründen weiterhin einem Mülltourismus frönen, gegen den er vorher, als er noch keine Regierungsverantwortung trug,

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Hört, hört!)

vehement und wortgewaltig angegangen ist.

Das sind die Fragen von gesamtgesellschaftlicher und gesamtstaatlicher Verantwortung. Auf Grund objektiver Gegebenheiten müssen Landesregierungen auch einmal bereit sein, Verantwortung für andere zu übernehmen. Und das hat diese Landesregierung getan.

(Boppel (GRÜNE): Reden wir doch mal über die Molke!)

Jetzt komme ich zu einem zweiten Punkt, wo Sie versucht haben, eindeutig Geschichtsklitterung zu betreiben. Der Ministerpräsident hat den Ablauf sehr deutlich dargestellt. Es war rührend zu hören, wie sowohl der Kollege Boppel als auch der Kollege Clauss quasi in Umdrehung von Ursache und Wirkung hier aus dem verantwortlichen Handeln des ehemaligen Bundesumweltministers gewissermaßen ein Versagen stilisieren wollten. Das gelingt Ihnen nicht, weil die Fakten ganz einfach dagegen gesprochen haben. Dazu gehören auch die Fakten, die das Ansehen der Bundesrepublik in Ägypten betroffen haben. Herr Fischer, das war sehr wohl ein übergeordneter Gesichtspunkt, daß nicht zugelassen werden konnte,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie erinnern mich an eine Sphinx, Herr Müller, oder an eine quadratische Pyramide!)

daß das Ansehen der Bundesrepublik in Ägypten in dieser Form geschädigt wird. Es war doch nicht die CDU und es war doch nicht der Bundesumweltminister, die in Demonstrationen, im Aufreißen von Molkesäcken und in Belagerungsaktionen diese Molke überhaupt erst problematisiert haben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wer war es denn?)

Es war das verantwortliche Verhalten am 5. Februar 1987, deutlich zu machen: Hier ist einer, der die Verantwortung übernimmt.

Ich will ein weiteres zu einer Behauptung sagen, die nicht unwidersprochen hier stehen bleiben darf. Sie haben davon gesprochen, Herr Dr. Wallmann habe damals erklärt, er werde dieses Problem in zwölf Wochen gelöst haben. Mir liegt ein Artikel der "Süddeutschen Zeitung" vor, der dem, was Sie hier behauptet haben, eindeutig widerspricht. Dort steht:

Wann die Waggons mit ihrer verstrahlten Fracht das Bundeswehrgelände wieder verlassen, ist derzeit noch nicht abzusehen. Dies geht aus einem Fernschreiben des Umweltministeriums hervor.

Das sind die Fakten. Keine Rede von großspuriger Ankündigung, sondern Übernahme von Verantwortung in einer Situation, wo - da gebe ich Ihnen recht - sehr viele in dieser Republik auf Tauchstation gegangen waren.

Eines ist aus der Rede des Sozialministers, der noch einmal den Ablauf hier dargestellt hat, sehr deutlich geworden: Hessen wird nicht unter das Patronat von Sankt Florian kommen. Im Gegenteil. Das tut Ihnen weh, Herr Kollege Clauss. Das hat der Umweltminister in Sachen Nuklearbetriebe beispielhaft und konsequent gezeigt.

(Beifall bei der CDU)

Hessen wird auch nicht dem Prinzip "Bruder Leichtfuß" in diesen schwerwiegenden Fragen folgen, wo es um sehr, sehr viel mehr als um die Frage geht, ob hier technische Projekte machbar sind.

Es ist in dieser Situation auch einmal sehr deutlich festzuhalten, daß Sie ganz bewußt die Kausalität verdre-

hen. Es ist doch nie so gewesen, daß beispielsweise diese Hessische Landesregierung auf Knien darum gebeten hätte, die Molke in Hessen zu entsorgen. Sondern Hessen hat sich, nachdem andere auf Tauchstation waren und geblieben sind, bereit erklärt,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wer denn? Wer, Herr Müller? Wer war auf Tauchstation? Wer ist auf Tauchstation? Nennen Sie doch Roß und Reiter!)

Anliegen, die von außen herangetragen worden sind, zu prüfen. - Also wissen Sie, Herr Kollege Fischer, die Waggons standen in Köln und Bremen. Und die Zusammensetzung der Landesregierungen in diesen Ländern ist Ihnen sehr wohl bekannt. Daher ist die Frage, wer hier auf Tauchstation war, ganz einfach schon vom Ort der Waggons her zu beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Boppel (GRÜNE): Unsinn!)

Einer der Vorwürfe ist absurd. Diese Landesregierung, die - ich bedaure das als Vertreter unserer Fraktion ausdrücklich - bisher ohne prüffähige Unterlagen dasteht,

(Boppel (GRÜNE): Ein Armutszeugnis!)

hat bereits im Vorfeld im Interesse der hessischen Bevölkerung Fragen gestellt, die die Sicherheit dieser hessischen Bevölkerung klären und vor allem bewahren wollen. Denn wir wollen nicht, daß die Risiken eines möglichen Prozesses auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden.

Eines ist sowohl im Ausschuß als auch heute eigentlich schon ganz deutlich geworden: Hier gibt es eine sehr interessante Symbiose der SPD mit den GRÜNEN.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Au!)

Ich lasse jetzt mal den Versuch des Kollegen Clauss weg, auch innerhalb der SPD durch seinen Redebeitrag Eindruck zu schinden; das ist Ihr Problem.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Gnadenloser Haß auf radioaktive Molke ist es, was uns antreibt! Womit haben wir das verdient!)

Was hinter Ihrem Tun, Ihren Attacken steckt, ist dies - -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sagen Sie es öffentlich!)

- Herr Kollege Fischer, Sie wissen es gut. Da war das Wort "Symbolcharakter" sehr bezeichnend.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Entlarven Sie uns!)

- Das tun Sie selber so schön; da brauche ich gar nicht nachzuhelfen!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein; sagen Sie es öffentlich! Entlarven Sie uns!)

Was dahinter steckt, ist dies: Ihnen geht es um die Frage des "Symbolcharakters" der Molke - Herr Boppel hat es sehr deutlich gesagt -, um deutlich zu machen, daß Sie die Entwicklung einer Technologie, "die die Beherrschbarkeit der Atomenergie vorgaukeln soll", in Frage stellen wollen. Und exakt dies wird Ihnen nicht gelingen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Echt wahr!)

Diese Industriegesellschaft und diese CDU-Regierung, die sich zur Kernenergie bekennt, werden mit diesem Problem fertig werden.

(Boppel (GRÜNE): Die werden mit allem fertig! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der Abgeordnete Müller fordert es!)

Ihnen geht es doch gar nicht um die Frage der Sicherheit des Roiner-Verfahrens. Ihnen geht es doch nicht um Ionenaustausch und um andere Fragen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ihnen auch nicht, Herr Müller; sonst würden Sie bei Ihnen austauschen!)

Ihnen geht es darum, am Symbol Molke, weil Sie gegenwärtig kein anderes haben, deutlich zu machen, daß diese Industriegesellschaft den Weg nimmt, den Sie vehement seit Jahren bekämpfen. Und ich sage: Dies wird Ihnen auch an diesem Thema nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Wie tief Ihnen - Herr Kollege Clauss, das muß ich noch einmal ganz persönlich sagen - offensichtlich der Schock noch immer in den Gliedern sitzt, daß ein Umweltminister, der sorgfältig prüft, der konsequent und klar und zuverlässig handelt,

(Clauss (SPD): Das Parlament hat er belogen!)

das Problem der Nuklearbetriebe in relativ kurzer Zeit in einen Verfahrensgang gebracht hat, der von allen akzeptiert werden kann, das hat man heute in jeder Zeile Ihrer Rede merken können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Warten wir mal ab!)

Tun Sie nicht so, als ginge es Ihnen um Molke!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sondern?)

Tun Sie nicht so, als ginge es Ihnen um die berechtigten Befürchtungen der Bürger in Hungen! Sagen Sie offen, daß Sie nicht akzeptieren können, daß hier eine Landesregierung in diesem wichtigen Bereich etwas tut, was Sie in langen Jahren versäumt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Günther:

Ich möchte die Debatte für einen Moment unterbrechen. Es sind Schülerinnen und Schüler des Lyzeums Krakau - einige schon zum zweitenmal - hier im Hessischen Landtag. Herzlich willkommen bei uns hier in Wiesbaden!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Als nächster hat Herr Abg. Fischer von der Fraktion der GRÜNEN das Wort.

Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Müller, wenn man den Weihrauchnebel, den vor den Problemen zu entfalten Sie die Art haben, wegläßt, bleibt nach wie vor die zentrale Frage an den Ministerpräsidenten offen. Dieses Gerede um gesamtstaatliche Verantwortung ist doch in dem Moment, in dem Sie nicht in der Lage sind, zu sagen, welches andere Bundesland dieser gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht wird, eine sofort durchsichtige reine Schutzbehauptung. Es gibt keine gesamtstaatliche Verantwortung in der gesamten Molkeaffäre, sondern das läuft schlicht nach der Devise, daß Wallmann als ehemaliger verantwortlicher Bundesumwelt-

und -atomminister heute von seinem Nachfolger dafür in die Pflicht genommen wird.

(Badeck (CDU): Wie würden Sie es denn beseitigen?)

Nur, Herr Ministerpräsident, Sie haben den Eid auf die Hessische Verfassung abgelegt, und es kann nicht angehen, daß man sich hinstellt und von gesamtstaatlicher Verantwortung redet, wenn man politisch persönlich im Obligo ist. Und man kann die Hessen nicht dafür büßen lassen, daß Sie, egal aus welchen Gründen, sich damals einen Schuh angezogen haben, der heute von Ihrem Nachfolger eingeklagt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben hier eine Darstellung des Prinzips Zufall gegeben: Wie kam Walter Wallmann zu der Molke? Der zuständige Sozialminister ergänzt das Ganze als ministerielle tibetanische Gebetsmühle, indem er ständig wiederholt: Eine abschließende Äußerung wird es erst geben, wenn alle prüffähigen Unterlagen vorhanden sind.

(Boppel (GRÜNE): Auf Drängen der GRÜNEN! - Badeck (CDU): Das paßt Ihnen gar nicht!)

- Das paßt mir sehr wohl. Etwas anderes wird er auch gar nicht machen können, wenn er nach Recht und Gesetz vorgeht.

Was mich erstaunt, ist, daß die dritte Selbstverständlichkeit, die im Ausschuß immer noch hochgehalten wurde, die Landesregierung würde streng nach Recht und Gesetz verfahren, heute etwas niedriger gehängt wurde - sie wird es hoffentlich tun -, aus der richtigen Einsicht, daß dieses ein Handlungsminimum einer jeder Landesregierung zu sein hat. Aber das Wiederholen dieser Banalitäten, dieser Selbstverständlichkeiten schafft keine Klarheit, und vor allem schafft es der betroffenen Bevölkerung die Angst nicht weg.

(Nassauer (CDU): Die haben Sie erzeugt!)

Was Herr Wallmann nicht gesagt hat, ist, daß diese vagabundierende Molke von Bayern auf den Weg gebracht wurde, daß die Bayern keine Möglichkeit gesehen haben - egal, aus welchen Gründen -, selbst mit dem Problem fertig zu werden, daß sich die Bayerische Staatsregierung, Strauß und sein Umweltminister Dick vorneweg, nachdem die Waggonen Richtung Bremen, Richtung Köln, Richtung Ausland unterwegs waren, mit Händen und Füßen gesträubt hat, diese Molke zuzunehmen. Dies gilt bis auf den heutigen Tag. Herr Ministerpräsident, dann wäre es doch ehrlich gewesen, hier zu sagen: Die Hessen sind die einzigen, die sich dieser "gesamtstaatlichen Verantwortung" stellen, aber die Verursacher, die Bayern, ihre Staatspartei CSU und Franz Josef Strauß stellen sich dieser Verantwortung nicht! - Das wäre eine ehrliche Diskussion.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann, Herr Ministerpräsident, sollten Sie den Mut haben, nach Hungen zu gehen mit dieser Position, mit Ihrer persönlichen Verantwortung, und die Menschen damit konfrontieren, daß sie letztendlich die politische Zeche dafür bezahlen sollen. Das wäre eine offene und ehrliche Haltung. Sie sollten sich nicht hinter einer gesamtstaatlichen Verantwortung verstecken, die es so nicht gibt. Es gibt eine Ursache, weshalb die Hessen die Molke letztendlich haben, und die heißt Walter Wallmann. Das ist heute ganz offensichtlich geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt eine zweite Ursache, und auch dieses Problem möchte ich hier beleuchten; es ist noch nicht angesprochen worden. Wenn es sich bestätigt, dann wäre dies sehr schlimm, dann würde diese ganze Affäre endgültig schmierig werden. Warum Hungen? Auf Grund selbstverschuldeter wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit der Salmonellenaffäre, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Trockenmilchpulver nach Tschernobyl ruckbar wurde, wurde in den Medien gemeldet, daß die Firma Moha 20 Millionen DM Schulden beim Bund haben soll und ansonsten pleite wäre, daß man also auf Grund dieser Salmonellenverseuchung mit einer Firma, die selbstverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, die mit 20 Millionen DM beim Bund in der Kreide steht, dieses schmierige Geschäft der Selbstsanierung und des Experimentierens in Hungen macht. Es kann doch allen Ernstes nicht wahr sein, daß dies auf dem Rücken der Hungenener Bürger abgeladen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wallmann, wenn ich um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitten darf: Schindluder mit der Gesundheit oder gar dem Leben der Menschen zu treiben, würden wir der Hessischen Landesregierung unterstellen! Sie mögen Ihren Vorurteilen gegenüber den GRÜNEN frönen, ich will es Ihnen hier nochmals zu Protokoll geben: Ich unterstelle Ihnen das überhaupt nicht, darum geht es gar nicht. Es geht nicht um das Leben von Menschen, sondern es geht darum, daß Sie unter einem gewaltigen Bombast Ihre individuelle Verantwortung auf Grund Ihrer politischen Geschichte hier in Hessen abladen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das wollen die Menschen nicht. Dagegen wehren sie sich, und das hat gar nichts mit Panikmache oder dergleichen zu tun, sondern selbstverständlich fragen sich die Leute: Warum ausgerechnet wir? Kann es denn an 3.600 falsch abgegebenen Wählerinnen- und Wählerstimmen liegen, daß die Molkezüge letztendlich nach Hessen fahren? Das darf doch nicht wahr sein!

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Was heißt "falsch abgegebene Wählerstimmen", was ist das für eine Auffassung von Wählerwille?)

- "Falsch abgegeben", das ist ganz klar: Ich hätte mir einen anderen Ministerpräsidenten gewünscht, und ich glaube, mittlerweile die Mehrheit der Mittelhessen auch. Das ist völlig richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen, über den wir nicht einfach hinweggehen sollten. Was die beiden Minister sich neulich mit den beiden Ausschüssen erlaubt haben, finde ich in der Tat empörend, ein starkes Stück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sitzen da zweieinhalb Stunden zusammen. Der sozialdemokratische Kollege aus Mittelhessen hat die Frage nach anderen Standorten gestellt, die Frage war im Raum. Es währte nicht 24 Stunden, da mußten die Abgeordneten aller Fraktionen, die sich um eine sachliche Klärung in den Ausschüssen bemüht haben, wiederum den Medien entnehmen, Hungen wäre gestorben, man würde Herfa prüfen. Das Umweltministerium verlautbarte dann eine definitive Absage, indem es sagte, wasserrechtlich wäre das nicht zu halten.

Da frage ich mich: Wozu treffen sich diese Ausschüsse, wenn die Information nicht offengelegt wird? Kann es denn in der Tat angehen, daß das Parlament in die Irre geführt wird, daß wichtige Fakten verschwiegen werden? Da sagt man auf die Frage, ob es Wirtschaftsgut ist oder nicht, es sei Wirtschaftsgut. Der zuständige Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium hat sich dazu geäußert. Der Sozialminister äußerte sich wiederum dahin gehend, daß er sagte, es hätte Versuche gegeben, die Molke mit Zement zu vermischen, aber das hätte nicht geklappt. Gleichzeitig entnimmt man den Medien, es würde weiter in diese Richtung geprüft, genau eine solche Vermischung durchzuführen, nur diesmal mit Abfall in Richtung Herfa-Neurode.

Da muß man sich doch fragen: Was geht hier eigentlich vor? Warum machen Sie das, meine Herren? Haben Sie es nötig, den Ausschuß von der Sache her in die Irre zu führen? Wenn ja, dann sollten Sie das einmal begründen! Es kann doch nicht angehen, daß zwei Ausschüsse tagen und am nächsten Tag in den Zeitungen etwas ganz anderes steht und dies auch noch von einem Haus bestätigt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Sprecher meiner Fraktion hat klar darauf hingewiesen: Wir wollen die Endlagerung. Nur, Herr Wallmann, Herr Müller, mit der Endlagerung ist es so eine Sache, schlicht und einfach weil es kaum Endlagerstätten für radioaktiven Abfall gibt. Da werden Sie sich von Atomkritikern schon einen Hinweis gefallen lassen müssen. Sie als die großen Abfallkritiker wollten den Filterstaub gleich nach Mainhausen bringen ohne Planfeststellungsbeschluß. Das könnten Sie heute machen, aber Sie machen es nicht. Genauso die F.D.P. mit Schönberg! Stellen Sie doch Ihren Antrag betreffend sofortigen Stop der Schönberg-Exporte erneut! Dann können Sie beweisen, wie weit Ihr ökologisches Gewissen geht, das Sie so sehr hochhalten. Das machen Sie selbstverständlich nicht, weil Sie wissen, daß Hoechst dann dicht wäre.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Aber dies alles zusammengenommen und auf das eigentliche Problem zugespitzt, daß es nämlich gegenwärtig kaum Deponien für radioaktive Abfälle gibt, von stark radioaktiven Abfällen ganz zu schweigen, daß er mehr oder weniger in Zwischenlagern steht, zeigt die Absurdität. Es wurde gesagt, die radioaktiven Abfälle sollten nach Karlsruhe zum Kernforschungszentrum gebracht werden. Dort werden sie, wie alles andere auch, in einem Zwischenlager stehen, das heißt im wesentlichen auf der grünen Wiese herumstehen. - Diesen Hinweis werden Sie sich gefallen lassen müssen.

Die Molke ist doch nur zu einem Problem geworden, weil es genau diese Entsorgungsmöglichkeiten nicht gibt. Gleichzeitig fordern Sie den weiteren Ausbau und den weiteren Betrieb der Atomenergie, wissend darum, daß es bis heute keine beherrschbaren Techniken gibt, diese Abfälle für Menschen sicher einzuschließen und aus der Biosphäre fernzuhalten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Die persönliche Verantwortung von Walter Wallmann und die völlige Unfähigkeit der dafür im Bund und in den Ländern Verantwortlichen, die Entsorgungsfrage bei der Atomenergie auch nur in Ansätzen zu lösen, abgesehen von der Verantwortung des Freistaats Bayern als Verursacher, dies sind die Gründe, weshalb wir eine Beseiti-

gung oder Entsorgung der Molke in Hessen ablehnen. Das hat für uns nichts mit dem Sankt-Florians-Prinzip zu tun. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen: Hätten wir als einziges Bundesland eine solche Einrichtung, wären wir dazu verpflichtet! - Ich sehe sie nicht.

Das brutale, nackte politische Faktum bleibt: In Mittelhessen und in Waldhessen geht die Angst um, daß die Menschen dort die Dummen sind, an denen letztendlich die Molke haften bleibt. Der politisch allein Verantwortliche heißt Walter Wallmann. Es geht nicht darum, eine staatspolitische Verantwortung zu übernehmen, sondern Herr Töpfer wird einfach gesagt haben: Der Hauptverantwortliche soll übernehmen! Walter Wallmann, übernehmen Sie! - Dazu sagen wir ein klares Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Günther:

Das Wort hat der Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit.

Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die ganze Diskussion hat für mich doch gespenstische Züge,

(Sehr wahr! bei den GRÜNEN und der SPD)

wenn ich verfolge, was GRÜNE und Sozialdemokraten, übrigens Schulter an Schulter in dieser Frage, dem hessischen Parlament bieten.

(Holzapfel (SPD): Wer ist denn das Gespenst, Herr Weimar?)

Es ist absolut richtig, daß die Hessische Landesregierung - und ich sage bewußt: die Hessische Landesregierung, jedes einzelne Mitglied der Hessischen Landesregierung - die Bereitschaft erklärt hat, bei diesem Problem, das hier ansteht, der Dekontamination beziehungsweise geordneten Beseitigung der Molke mitzuhelfen. Diese Bereitschaft war von Anfang an keine Blankozusage,

(Zurufe von den GRÜNEN)

sondern sie stand immer unter dem Vorbehalt, daß wir gesagt haben, dies muß natürlich mit Recht und Gesetz in Einklang zu bringen sein. Das heißt, wir haben in jedem Einzelfall zu prüfen, ob ein Vorschlag, der gemacht wird, dann mit den Landesgesetzen beziehungsweise mit den Voraussetzungen vor Ort in Einklang zu bringen ist.

Meine Damen und Herren, führen wir es doch einmal auf den Punkt zurück, der sich hier darstellt: Die Molke hat doch erkennbar - das ist insbesondere durch den Redebeitrag von Herrn Fischer klar geworden - einen hohen Symbolgehalt für GRÜNE und Sozialdemokraten, nämlich insofern, daß, wie Herr Fischer es gezeigt hat, von der angeblich fehlenden Fähigkeit, Molke geordnet zu beseitigen, gleich darauf geschlossen wird, daß die gesamte Atomkraft so nicht vertretbar wäre.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das hat der Herr Müller gesagt!)

Deswegen sind Sie doch überhaupt nicht an einer Lösung dieses Problems interessiert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Tun Sie doch nicht so - das gilt im übrigen leider auch für den Kollegen Clauss; ich werde darauf nachher noch eingehen -, als ob Ihnen nur zu einem Minimum daran gelegen wäre, daß irgend jemand in dieser Republik dieses Problem löst. Sie sind doch froh darum, daß diese Molke nach wie vor in Meppen und Feldkirchen auf den

Bahngleisen steht. Das sollten Sie dann aber bitte schön auch bei Ihrer politischen Argumentation sagen, daß es nämlich in diesem Haus zwei Seiten gibt: die einen, die sich bemühen, ein solches Problem ordentlich zu lösen, und die anderen, die mit allen Mitteln verhindern wollen, daß dieses Problem gelöst wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn ich verfolge, wie der Kollege Clauss auf der einen Seite vor der Entsorgung warnt und auf der anderen Seite die Häme durchklingen läßt, daß niemand dieses Problem lösen kann, dann ist das doch der wahre Grund der Diskussion, vor die wir uns hier im hessischen Parlament gestellt sehen, und nicht so sehr das gemeinsame Bemühen, dazu beizutragen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Haben Sie denn einen einzigen Satz dazu gesagt, wie Sie dieses Problem lösen würden? Das habe ich völlig vermißt. Es ist permanent davon gesprochen worden, daß das nicht gehe und jenes nicht gehe, es sind Gründe vorgebracht worden, aber doch kein einziger positiver Ansatz, der dringend notwendig wäre, um ein solches Problem zu lösen. Die Molke steht nach wie vor in Niedersachsen in Meppen und in Bayern in Feldkirchen. Tun Sie also bitte nicht so, als wäre das derzeit das hessische Problem unter Sicherheitsgesichtspunkten. Es ist vielmehr nach wie vor das Problem, daß die Molke dort an ungeeigneter Stelle auf Bahngleisen steht. Deswegen ist unsere Verantwortung gegeben.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Warum haben Sie es denn dorthin geschoben?)

Wenn Sie sagen, andere hätten ihre Verantwortung nicht wahrgenommen, dann frage ich Sie, wie Sie beurteilen, daß zum Beispiel die Landesregierung von Niedersachsen bereit war, diese Züge nunmehr seit Monaten in Meppen auf den Bahngleisen stehenzulassen. Tun Sie doch nicht so, als wäre das Bundesland Hessen jetzt, wo wir diese Diskussion führen, das einzige, das davon betroffen ist. Im Gegenteil, gerade daraus wird klar, daß das eine nationale Aufgabe ist, die von uns zu lösen ist.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie kommen doch in einen Provinzialismus, Herr Clauss. Sie waren aus meiner Sicht immer ein Minister, von dem ich gedacht habe und der Meinung bin, daß Sie es gut gemacht haben. Mittlerweile wären Sie wirklich schon unter den Zwergen der größte, aber nicht mehr. Das Karo, das sich hier ausdrückt, ist doch ganz klein.

(Clauss (SPD): Von einem, der das Parlament belügt, lasse ich mich nicht beleidigen!)

An einem solchen Punkt, wo Sie aus der Verantwortung heraus positive Ansätze hätten bringen müssen, tun Sie von dem Tage an, wo Sie hier als Oppositionsabgeordneter sprechen, genau das Gegenteil. Es ist doch eine schlimme Verfehlung, wenn in diesem Zusammenhang solche Worte fallen wie zum Beispiel der Unfall von Sandoz oder die Entsorgung von Kernkraftwerken oder die Trinkwasserversorgung der Stadt Frankfurt. Das sind doch alles Reizworte, die Sie bewußt einführen, um das Thema emotional hochzupuschen, statt dazu beizutragen, daß das Problem gelöst wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß wir als Landesregierung verpflichtet sind, Schaden von diesem Land abzuwenden. Ich sage mit aller Eindringlichkeit für die Hessische Landesregierung, für die Ministerien und

Minister, die damit befaßt sind: Gerade dieses werden wir mit großem Nachdruck tun, weil wir gesagt haben, diese Frage wird nach Recht und Gesetz entschieden. Wenn es nur den Hauch einer Gefährdung für die hessische Bevölkerung oder irgendeinen Ansatz gibt, daß dieses nicht machbar ist, dann werden wir jedem gegenüber, auch gegenüber dem Bundesumweltminister, sagen: So geht es nicht.

Ich werde jetzt noch einmal darauf eingehen, was wir getan haben. Eines ist dazu zu bemerken. Als das Umweltministerium in meiner Person der Stadt Hungen schriftlich dargelegt hat, welche erhebliche Probleme wir sehen, auf die ich anschließend noch eingehe, war es doch für Sie der unangenehme Akt, daß die Hessische Landesregierung ihre Verpflichtung wahrgenommen und auf Recht und Gesetz hingewiesen und gesagt hat, welche Punkte wir derzeit definitiv klären können und welche erst in der Zukunft geklärt werden.

Meine Damen und Herren, vermischen Sie doch bitte nicht zwei Punkte miteinander, wie Sie es in der Diskussion immer tun. Wir können bei der Standortentscheidung Hungen und bei der grundsätzlichen Darlegung des Problems durchaus sagen, daß in einem Bereich, nämlich dem des Wasserrechts, von uns definitive Erklärungen abgegeben werden können. In allen anderen Bereichen müssen wir darauf warten, daß Antragsunterlagen hereingereicht werden, um überhaupt sagen zu können, welche rechtlichen Grundlagen denn nun tatsächlich zum Tragen kämen, welche Genehmigungen notwendig wären und welche Voraussetzungen zu definieren wären. Fragen Sie doch bitte nicht die Landesregierung nach einem abschließenden Urteil, wenn wir diese Genehmigungsunterlagen nicht haben. Seien Sie doch froh, daß wir unsere Verpflichtung so weit ausgedehnt haben und in einem Stadium, in dem wir noch keine Unterlagen haben, wenigstens Erwägungen angestellt haben, was denn dort zum Tragen kommen könnte. Damit haben Sie als Abgeordnete einen Anhaltspunkt dafür, in welcher Richtung zum Beispiel auch Sie recherchieren könnten. Das war doch eine Serviceleistung der Hessischen Landesregierung und nicht irgend etwas, was wir verdecken oder vertuschen wollten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich ganz kurz auf das wasserrechtliche Problem eingehen, weil ich da gesagt habe, es werde, wenn überhaupt, nur sehr schwer eine Genehmigung in Hungen möglich sein. Ich will es Ihnen kurz erläutern. Vielleicht hätten Sie darauf eingehen können, bevor Sie sich über anderes Gedanken machen, über eine Sammelstelle Roßberg usw., wovon im derzeitigen Stadium des Verfahrens überhaupt noch keine Rede ist. Das Wasserrecht hat in diesem Fall zwei Komponenten: Indirekt-einleitungsverordnung beziehungsweise kommunales Satzungsrecht. Das heißt, wenn kontaminiertes Abwasser in die Kanalisation eingeführt wird und durch Wasserschutzgebiet Zone III a und II durchgeführt wird, dann wird es aus der derzeitigen Situation heraus kaum möglich sein zu genehmigen.

Nun ist uns gesagt worden, es bestehe die technische Möglichkeit, ein geschlossenes System herbeizuführen. Wenn uns das angeboten wird, dann muß ich sagen, daß die Verordnung über die Festlegung von Trinkwasserschutzgebieten ausdrücklich vorsieht, daß in der Zone III a der Umgang mit und die Lagerung von radioaktiven Stoffen grundsätzlich verboten ist. Darauf habe ich hingewiesen. Nun ist auch richtig, daß es in der Ver-

gangenheit in anderen Trinkwasserschutzgebieten Ausnahmen gegeben hat, die in einem sehr engen Rahmen und mit sehr großen Auflagen tatsächlich genehmigt worden sind. Ich sage Ihnen, ich habe große Bedenken. Ich habe dieses auch geäußert. Ich habe darauf hingewiesen, daß zum Beispiel die Frage eines Störfalls erörtert werden muß, also ausgeschlossen werden muß, daß im Falle eines Störfalls Wasser oder Flüssigkeit in den Boden eintritt. Im Falle eines Brandes darf dort eben nicht mit Wasser gelöscht werden.

Diese Dinge haben Sie aufgegriffen, Herr Clauss, aber wir haben sie in die Diskussion eingeführt. Tun Sie jetzt bitte nicht so, als seien Sie von der Hessischen Landesregierung nicht informiert worden. Im Gegenteil, es sind doch unsere Punkte, die wir gebracht haben und die Sie jetzt so dargestellt haben, als wären sie Ihnen vom Himmel irgendwie zugefallen. Wir haben in der Sache nichts zu verhehlen gehabt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alles andere - das habe ich Ihnen noch einmal gesagt - wird zu klären sein, wenn die Unterlagen eingehen, wenn sie überhaupt eingehen. Es ist natürlich auch ein Ziel unserer derzeitigen Verhandlungen, daß wir den Bundesumweltminister nicht sehenden Auges in ein Verfahren hineinlaufen lassen, das am Ende nach allem menschlichen Ermessen entweder damit endet, daß keine Genehmigung erteilt werden kann, oder ein so quälendes mehrjähriges Verfahren wird, daß die Molke längst verrottet und eine Dekontamination nicht mehr möglich ist. Das ist aber völlig legitim und entspricht der Wahrung der Interessen des Landes Hessen, daß wir, wenn wir solches vorgetragen bekommen, dieses im unmittelbaren Dialog mit dem Bundesumweltminister klären.

Hier ist angesprochen worden, daß der Kollege Trageser und ich in Bonn waren und was denn da verhandelt worden sei. Meine Damen und Herren, da ist überhaupt nichts verhandelt worden, weil es nichts zu verhandeln gibt. Recht und Gesetz schreiben uns vor, wie diese Maßnahmen in Hungen durchzuführen sind. Der hessische Umweltminister kann nicht hingehen und sagen, ein bißchen können wir von Recht und Gesetz abkratzen, nur um dem Bundesumweltminister zu helfen. Dieses wird nicht stattfinden. Das Gespräch diente ausschließlich dazu, im unmittelbaren Dialog klarzumachen, welche Positionen wir als Hessen in Wahrung der Interessen der Hungen Bürger, der gesamten Region und der Hessischen Landesregierung dort geltend zu machen haben. Dies hat der Bundesumweltminister zur Kenntnis genommen, und damit war dieses Gespräch zu Ende. Herr des Verfahrens ist nach wie vor der Bundesumweltminister, aber es gibt zwischen CDU-Ministerkollegen auf Bundes- und Landesebene keine Kungeleien und Mauscheleien um Recht und Gesetz. Das wollte ich in dieser Deutlichkeit hier einmal gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Fischer, ich will nur ein kleines Beispiel nehmen, obwohl ich eine Fülle von Beispielen hätte, aber wenn noch weitere Redebeiträge folgen sollen, wäre es sicher unfair, wenn ich meine Redezeit zu sehr ausweitete.

Sie fragen: Wirtschaftsgut ja oder nein? Diese Frage ist doch ganz leicht zu beantworten. Hätten Sie mich einmal gefragt, hätte ich Ihnen, bevor Sie hier solche Behauptungen aufstellen, das ganz leicht einmal erklären können. In dem Moment, wo es noch kontaminiert ist, ist es kein

Wirtschaftsgut. In dem Moment, wo es dekontaminiert wäre, wäre es Wirtschaftsgut.

(Clauss (SPD): Das ist eine ganz neue Variante, Herr Kollege!)

Deswegen war die ganze Diskussion immer so abgestellt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Als Wirtschaftsgut enteignet! - Zurufe von der SPD)

- Hören Sie doch einmal einen kleinen Moment zu. Sie können bestimmt noch etwas dazulernen. Aus Aktenstudium weiß ich, daß Sie es noch dringend nötig hätten, noch etwas dazuzulernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Aussage ist völlig klar. Solange die Molke kontaminiert ist, ist sie kein Wirtschaftsgut. In dem Moment, wo sie dekontaminiert ist, ist der verbleibende Rest Wirtschaftsgut. Nur dies steht in meinem Brief, und nur dies ist auch Gegenstand der Erörterungen gewesen, Herr Clauss. Auch dazu will ich gleich noch eine Kleinigkeit anmerken: Es täte Ihnen gut, wenn Sie öfters einmal nachlesen würden, was Sie dort behaupten.

Meine Damen und Herren, worüber ich besonders enttäuscht bin - ich habe das eben schon angesprochen -, ist die destruktive Haltung der Sozialdemokraten in dieser Frage, wie sie hier durch den Kollegen Clauss geltend gemacht wird. Ich weiß nicht, inwiefern dieser innere Prozeß, damit fertig zu werden, kein Landesminister mehr zu sein, hier mitspielt.

(Clauss (SPD): Kein Problem!)

Aber Herr Kollege Clauss, ich will dazu eines sagen:

(Clauss (SPD): Das rechtfertigt noch lange nicht, daß Sie das Parlament belügen!)

Die Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren, nicht zuletzt bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl, die Sie ja hier immer herangezogen haben, die Quittung dafür bekommen, daß sie keine Verantwortung mehr übernehmen wollten. Sie müssen endlich wieder lernen, Verantwortung in jeder Rolle, auch in der Opposition, zu übernehmen. Denn manche Dinge müssen wir einfach, glaube ich, gemeinsam lösen, weil wir das den Bürgern schuldig sind. Dann können wir nicht in einer solch destruktiven Art miteinander umgehen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Clauss, noch eine Bemerkung zu der Behauptung, wir, die zuständigen Minister beziehungsweise der Staatssekretär, hätten das Parlament in dieser Sondersitzung irregeführt. Meine Damen und Herren, es ist absolut richtig - ich habe das nicht dementiert, sondern auch öffentlich dargelegt -, daß wir uns natürlich auch darüber Gedanken machen, ob es andere Möglichkeiten gibt, die besser den hessischen Interessen dienen beziehungsweise unter juristischen Gesichtspunkten besser darstellbar wären als eine Dekontamination in Hungen.

Aber ich sage dazu - das unterscheidet mich vielleicht von manch anderen -, daß ich dann, wenn wir in einer solchen Prüfungsphase sind und wenn wir erst einmal belastbares Material zusammentragen müssen, dieses nicht darstellen unter dem Motto: „Jetzt werden wir an jeder Ecke dieses Landes ein Feuerchen anzünden“, sondern die hessische Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, daß der Hessische Umweltminister seriös prüft. Bevor er überhaupt mit irgend etwas in die Öffentlichkeit geht und dort die

Diskussion führt, muß er sicher sein, daß seine Unterlagen belastbar sind.

Hinsichtlich der Frage Herfa-Neurode sind wir bis zum heutigen Tage noch nicht sicher, ob diese Unterlagen und diese Maßnahmen so belastbar sein könnten. Ich sage Ihnen im übrigen auch dazu: Ich habe zwischenzeitlich die örtlichen Kommunalpolitiker darüber informiert, daß wir entsprechende Überlegungen neben anderen anstellen, daß keine Entscheidung gefallen ist

(Claus (SPD): Vor dem Freitag oder nach dem Freitag?)

- nach der Ausschußsitzung -, daß keine belastbaren Unterlagen vorliegen und daß wir alle Möglichkeiten prüfen, um unserer gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht zu werden. Meine Damen und Herren, auch dieses gehört, glaube ich, zur Wahrheit und Klarheit, daß wir uns entsprechend einlassen.

Jetzt noch ein Punkt, der zwar nicht ganz unmittelbar zu dem Thema gehört. Aber nachdem der Kollege Claus dieses hier in die Diskussion eingebracht hat, möchte ich Ihnen doch einmal nachweisen, wie leichtfertig mittlerweile Herr Kollege Claus - ich hoffe, nur er - mit der Wahrheit umgeht, indem er behauptet, der Umweltminister habe das hessische Parlament beziehungsweise den Ausschuß belogen.

Herr Claus hat in einer Presseerklärung gesagt - es geht um die Situation bei NUKEM -, daß es sich erstens nicht um Gutachten, sondern um Berichte über Begehungen der NUKEM (alt) handelt, zweitens die Betriebsbegehungen 1982 in erster Linie das Ziel hatten, den Nachrüstungsbedarf für den Fall zu klären, daß NUKEM im Rahmen des §-7-Genehmigungsverfahrens auf den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik gebracht würde.

Am 16.6.1987 habe ich vor dem Ausschuß zu den Vorwürfen von Herrn Claus Stellung genommen. Herr Claus hat mir vorgeworfen, ich hätte behauptet, es seien nicht Gutachten, sondern es wäre ein Bericht über Begehungen gewesen und es sei ein §-7-Verfahren. Ich habe vor dem Ausschuß gesagt:

Für den Punkt haben wir jetzt ein geordnetes Verfahren eingeleitet, das wie folgt aussieht: Im Jahre 1982 haben verschiedene Behörden anlässlich einer Begehung

- Herr Claus, nicht eines Gutachtens! -

eine Überprüfung vorgenommen, bei der ein Standard nach § 7 definiert werden sollte, weil man damals davon ausging, daß man die alte Anlage jetzt endgültig nach § 7 genehmigen wollte.

Soweit die beiden ersten Punkte. Ich glaube, noch deutlicher kann es nicht sein, daß ich genau dieses, was Sie mir vorwerfen, vor dem Ausschuß wörtlich gesagt habe.

Nur muß ich auch dazu sagen: Da waren Sie auch nicht immer anwesend, und nachgelesen haben Sie offensichtlich auch nicht alles, was damals gesagt worden ist. Aber Sie gehen in die Öffentlichkeit und behaupten so etwas Ehrabschneidendes gegenüber einem amtierenden Minister. Da fühle ich mich schon betroffen, wenn Sie solches tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dann haben Sie mir einen dritten Vorwurf gemacht: Die Begehung 1987

(Zuruf des Abg. Claus (SPD))

- hören Sie doch bitte einmal zu - hätte ausdrücklich zum Ziel gehabt, festzustellen, inwieweit sich der Zustand der Anlage gegenüber 1982 verändert hat und ob es Anlaß zu Sofortmaßnahmen zur Abwehr unmittelbarer Gefährdungen gibt.

(Claus (SPD): Wo sind denn die Unterlagen unterdrückt worden? Das ist der zentrale Vorwurf!)

Ich habe gesagt:

Wir haben dieselben Behörden wieder beauftragt, nämlich TÜV, GRS, die feuerpolizeilichen Dienststellen beim Regierungspräsidenten, um überprüfen zu lassen, inwieweit damals vorhandene Mängel noch vorhanden sind.

Genau dieses ist wortwörtlich im Ausschuß gesagt worden.

Meine Damen und Herren, vielleicht auch insoweit einen Hinweis an die hessische Öffentlichkeit. Jedermann mag sich in diesem Zusammenhang Gedanken machen, was von den Worten eines Oppositionssprechers in Sachen Hungen zu halten ist, wenn er in solchen Fragen so leichtfertig und fahrlässig mit der Wahrheit umgeht. Ich denke, das wirft ein bezeichnendes Licht auf die derzeitige Situation, in der sich die Sozialdemokraten insgesamt und insbesondere ihr Sprecher für Umweltfragen befinden.

Ich werde auch ausdrücklich die Hand ausstrecken, damit wir in Zukunft wieder die Möglichkeit erhalten, gemeinsam konstruktiv zu arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

- Wenn Sie diese ausschlagen, ist das Ihre Sache. Die Regierungsfractionen und insbesondere auch die Hessische Landesregierung werden Kraft genug haben, auch gegen Ihren destruktiven Willen die notwendigen Dinge, die in Hessen zu tun sind, durchzuführen. Dafür haben wir eine Mehrheit bekommen, und diese werden wir konsequent in dieser Weise nutzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Günther:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Simon.

Dr. Simon (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei dem Herrn Umweltminister als zuständiger Abgeordneter für Herfa-Neurode für die Serviceleistung bedanken, die er dadurch erbracht hat, daß ich aus der Zeitung entnehmen konnte, daß der Herr Weimar darüber nachdenkt, die Molke endgültig in Herfa-Neurode zu deponieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Herr Minister, auf diese Serviceleistung hätte ich gern verzichtet. Sie sagen, die Molke ist nicht in Hessen. Es liegen keine Unterlagen vor. Es gibt kein Verfahren, und trotzdem machen Sie sich Gedanken darüber und prüfen, ob Sie das in Herfa-Neurode deponieren können. Diesen Gedanken hätten Sie besser gelassen.

Ich wundere mich natürlich auch darüber, daß Sie mir als Abgeordneten nicht im Ausschuß das mitgeteilt haben, was am nächsten Tag oder am übernächsten Tag in der Zeitung stand. Ich wundere mich auch darüber, daß ich

kurz mit Sozialminister Trageser über Herfa-Neurode sprechen konnte, aber auch er - obwohl er das wahrscheinlich wußte -

(Boppel (GRÜNE): Er wußte es wirklich nicht!) mir nicht gesagt hat, daß eine Unterbringung in Herfa-Neurode überlegt wird.

Wer glaubt, daß diese Dinge in Herfa-Neurode deponiert werden können, der kennt Herfa-Neurode nicht, der weiß nicht, wozu Herfa-Neurode vorgesehen ist. Es ist nicht für radioaktives Material vorgesehen, auch nicht vermischt mit Beton oder mit Gips. Ich kann Ihnen noch etwas sagen: Kali + Salz hat wahrscheinlich keine Schulden beim Bund; daran kann es auch nicht liegen.

Was ich vermisste, ist die Stellungnahme der CDU in unserem Raum oder von denjenigen Kollegen hier, die aus unserem Raum kommen. Ich kann mich gut daran erinnern, welches Geschrei es damals gab, als es darum ging, Kepone aus den USA in Herfa-Neurode zu deponieren. Damals wurde auch von der CDU bei uns dagegen demonstriert. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als es darum ging, die Filterstäube nach Herfa-Neurode zu bringen, daß ein großes Geschrei von der CDU losging und man dagegen war.

Herr Töpfer scheint mir ein schlauer Mann zu sein. Denn er schiebt die Molke genau dort hin, wo es nach seiner Auffassung hingehört. Er schiebt es nicht irgendwohin, sondern er schiebt es ausgerechnet nach Hessen. Ich kann mir vorstellen, was er sagt. Er sagt: Wallmann, du hast dir diese Geschichte eingebrockt; was du dir eingebrockt hast, das löftele auch aus. Wenn du jetzt kein Umweltminister mehr bist, sondern Hessischer Ministerpräsident, dann mach das gefälligst als Hessischer Ministerpräsident.

Ich habe manchmal das Gefühl, wenn ich den Ministerpräsidenten höre, daß Herr Wallmann ruft: Nur schnell her damit, wir können das gebrauchen! - Meine Damen und Herren, wir wollen in Hessen nicht für die Versäumnisse des früheren Bundesministers Wallmann büßen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wallmann redet von gesamtstaatlicher Verantwortung für Hessen. Herr Weimar redet von einer nationalen Aufgabe. Meine Herren, Hessen ist hier nicht verantwortlich, und Hessen hat hier keine nationale Aufgabe, der es nachkommen könnte. Herr Wallmann hatte die Verantwortung; das ist schon deutlich geworden. Aber wir sind ja hoffentlich noch nicht so weit, daß Hessen die Einzelverantwortung des Herrn Ministerpräsidenten als gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen soll.

Herr Weimar will die Molke nach Herfa-Neurode bringen. Wie kommen wir im Kreis Hersfeld-Rotenburg eigentlich dazu, die Erblast des jetzigen Ministerpräsidenten Wallmann zu übernehmen? Herr Wallmann, Sie hatten - das will ich noch einmal ganz deutlich sagen - als früherer Bundesminister die Verantwortung für die Molke, und jetzt haben Sie als Ministerpräsident die Verantwortung für das Land Hessen und für seine Bürger. Der kommen Sie bitte nach!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Günther:

Darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Dr. Simon (SPD):

Ich bin gleich fertig.

Kali + Salz, der Betreiber der Deponie, ist dagegen, daß die Molke nach Herfa-Neurode kommt. Der Kreis ist dagegen, die Stadt Heringen ist dagegen, und die Bürgerinnen und Bürger sind dagegen. Ich kann Herrn Trageser sagen, sie sind nicht dankbar, daß sie in dieser Frage schon wieder angesprochen werden. Wenn Sie meinen, die wären dankbar, dann kennen Sie die Sorgen der Bevölkerung dort nicht. Kommen Sie einmal dort hin! Ich kann den Ministerpräsidenten auch nur auffordern, nicht nur die Festspiele in Bad Hersfeld zu besuchen, sondern vielleicht auch einmal nach Herfa-Neurode zu kommen und in den Heringer Raum, damit er die Sorgen der Bürger dort kennenlernt.

(Beifall bei der SPD)

Die sagen: Keine radioaktiven Substanzen nach Herfa-Neurode, heute nicht, morgen nicht und auch nicht in Zukunft!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Günther:

Das Wort hat Herr Abg. Boppel von der Fraktion der GRÜNEN.

(Claus (SPD): Die F.D.P. hat wohl gar nichts dazu zu sagen!)

Boppel (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der mir verbleibenden kurzen Redezeit will ich auf vier Dinge hinweisen. Das ist für mich ein Fazit der Debatte.

Punkt 1: Je mehr Herr Weimar über Rechtsvorschriften und über die Anwendung von Recht und Gesetz redet, desto mehr drängt sich der Eindruck auf, es gehe offenbar darum, hier Rechtsvorschriften zu unterlaufen und zu umgehen. Weimar war mit Trageser in Bonn, hat dort nach seinen eigenen Aussagen die Bedenken Hessens, auch die wasserrechtlichen, vorgebracht. Am nächsten Tag steht in allen Zeitungen: Töpfer hält an seinem Vorhaben fest. Also war das, was die Landesregierung dort vorgebracht hat, offenbar nicht überzeugend.

Zweiter Punkt: Herr Wallmann hat hier eine Unbedenklichkeitserklärung für das Roiner-Verfahren ausgestellt. Gleichzeitig müssen seine Ressortkollegen zugeben, daß keinerlei prüffähige Unterlagen vorliegen. Ich halte es für verantwortungslos, wie hier mit einer potentiellen Gefährdung von Bevölkerung und Umwelt umgegangen wird. So kann man das mit der Bevölkerung Hessens nicht machen.

(Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Dritter Punkt: Die F.D.P. drückt sich hier im Winkel herum. Euch hat es offenbar die Sprache verschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vor Ort flattern die Herren Hahn und Kappel herum, Herr Hahn zum Beispiel im Wetterau-Kreis, und verkünden lauthals: Mit der F.D.P. wird es die Entseuchung der Molke in Hungen nicht geben. Aber hier warten wir darauf, daß Sie erstens Stellung beziehen

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

und daß Sie sich zweitens dann, wenn der Antrag zur Abstimmung steht - über ihn wird heute abgestimmt werden -, so verhalten, wie Sie es öffentlich kundgetan haben. So geht es nicht, Herr Hahn, vor Ort den

Aufrührer markieren, aber hier wieder staatstreu Wallmann die Stange halten.

Vizepräsident Dr. Günther:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wagner?

(Boppel (GRÜNE): Wenn es von der Redezeit nicht abgeht, bitte sehr!)

Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Boppel, können Sie sich vorstellen, daß es noch Abgeordnete gibt, die nach dem Wahlspruch handeln, daß nicht jeder, der etwas redet, auch wirklich etwas sagt?

(Beifall bei der F.D.P. - Oh! bei der SPD und den GRÜNEN)

Boppel (GRÜNE):

Frau Wagner, eine schwächere Entschuldigung für die Nichtpräsenz der F.D.P. hier am Pult habe ich noch nicht gehört. Das ist doch unglaublich. Sie können nicht vor Ort sagen, Sie sind dagegen, aber sich hier dann, wenn es darauf ankommt, auf die Seite derer stellen, die insgeheim doch kollaborieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Gegenrufe von der CDU und der F.D.P.)

Ich komme zum letzten Punkt. Die ganze Molke-Geschichte ist hier von Herrn Weimar zur nationalen Aufgabe hochstilisiert worden. Schon wieder das Gerede - -

(Unruhe)

- Darf ich einmal um etwas mehr Ruhe bitten, auch die eigene Fraktion.

(Heiterkeit - Erneute Zurufe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Die ganze Molke-Affäre ist vom Umweltminister zu einer nationalen Aufgabe hochstilisiert worden. Aber mit allem Gerede, das Sie hier heute vorgeführt haben, konnten Sie nicht verdecken, daß es in der Tat kein anderes Bundesland gibt, das sich an dieser Aufgabe in irgendeiner Weise beteiligen will. Hessen steht in dieser Frage allein. Das ist das Fazit der heutigen Debatte. Das mit gesamtstaatlicher Verantwortung zu kaschieren, kann nur heißen: Wallmann begreift sich als Sonnenkönig nach dem Motto: "L'Etat c'est moi". Dafür muß Hessen herhalten. Ich meine, das ist keine verantwortliche Politik im Interesse der hessischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Günther:

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung abgeschlossen.

Die Fraktion der GRÜNEN hat mitgeteilt, daß sie ihren Dringlichen Antrag Drucks. 12/456 als erledigt ansieht, so daß wir darüber nicht mehr abzustimmen haben. Die Fraktion der GRÜNEN hat aber beantragt, daß wir jetzt über den Antrag Drucks. 12/347 abstimmen.

(Blaul (GRÜNE): Namentlich!)

- Ich hätte gern nicht gehört, was Sie jetzt gerufen haben. Aber da ich zuhören muß, muß ich feststellen, daß Sie namentliche Abstimmung beantragen. Nach den parlamentarischen Spielregeln müssen wir diesem Antrag entsprechen.

Wir treten also in die namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Molke-Entseuchung bei MOHA-Hungen - Drucks. 12/347 - ein. Wir beginnen mit dem namentlichen Aufruf.

(Folgt namentliche Abstimmung - Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nach der Geschäftsordnung soll vor der Abstimmung eine Pause eingelegt werden. Wir haben diese sehr kurz gehalten. Herr Abg. Dr. Steger ist soeben in den Raum gekommen und bittet darum, daß er abstimmen kann. Ich hätte keine Bedenken. Erheben sich Bedenken? - Das ist nicht der Fall. Dann rufen wir Herrn Abg. Dr. Steger noch auf.

(Folgt Stimmabgabe des Abg. Dr. Steger)

Meine Damen und Herren, ich stelle förmlich fest, daß die Abstimmung abgeschlossen wird. Ich bitte um Auszählung. Das Ergebnis werde ich nachher bekanntgeben.

In der Zwischenzeit darf ich auf folgendes hinweisen: Unmittelbar im Anschluß an diese Sitzung hat der Ältestenrat die Wahlmänner in den Raum 12 P eingeladen. Ich bitte also die Wahlmänner in den Raum 12 P.

Unmittelbar nach der Auszählung werde ich die Sitzung schließen. Sie wird morgen um 9.00 Uhr fortgesetzt. Verabredungsgemäß wird der Punkt 16 aufgerufen. Dies ist auch so ausgedrückt. Wir beginnen also morgen früh mit dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 26 der Geschäftsordnung des Landtages.

Meine Damen und Herren, die Auszählung zu Punkt 13 a ist abgeschlossen. Der Antrag ist mit 55 Stimmen abgelehnt worden. Dafür haben 52 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Die Sitzung ist für heute beendet. Ich wünsche einen angenehmen Abend.

(Schluß: 18.08 Uhr)

Anlage 1 (zu Tagesordnungspunkt 1 - Fragestunde)**Frage 65 - Korwisi (GRÜNE):**

Ich frage die Landesregierung:

Ist es richtig, daß es für die biologisch-organisch angebauten Produkte des Gladbacher Hofes interessierte Abnehmer gibt, die bei der Landesregierung schon vorstellig waren?

Antwort Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Reichhardt:

Ja. Es sind vereinzelte Anfragen direkt an unser Haus gerichtet worden. In der Regel kommen die Kunden direkt auf den Hof, um die dort unter dem eingetragenen Gütesiegel "Bioland" angebotenen Waren einzukaufen. Neben Getreide werden zur Zeit Milch, Fleisch, Obst und Gemüse angeboten.

Frage 66 - Lütgert (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wer ist dafür verantwortlich, daß hessische Landkreise die Förderung für Strukturverbesserungen durch den Bund ab 1988 verlieren sollen?

Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt:

Die Neuordnung der deutschen Regionalpolitik wurde am 2. Juli 1987 nach langen Vorbereitungen in den Gremien der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) vom Planungsausschuß, dem der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesfinanzminister sowie die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder angehören, verabschiedet. Dieser Beschluß berücksichtigt den mit der EG-Kommission auf dem Verhandlungswege erreichten Kompromiß über Umfang, Intensität und Konzeption der deutschen Regionalförderung. Bestandteil dieses Kompromisses ist die Verringerung des Normalfördergebietes der GRW von 31 Prozent auf 29 Prozent der Bundesbevölkerung.

Der Planungsausschuß hat die Reduzierung des Fördergebietes in der Weise vorgenommen, daß er die relativ wirtschaftsstärksten Regionen des Fördergebiets aus der Förderung der Gemeinschaftsaufgabe herausgenommen hat. Nach den zur Neuabgrenzung des Fördergebiets beschlossenen Kriterien handelt es sich dabei um sieben Arbeitsmarktregionen, unter anderem um Limburg-Westerwald-Lahn und Korbach. Der mit der EG-Kommission ausgehandelte Kompromiß soll am 1. Januar 1988 in Kraft treten und bis Ende 1990 gelten. Zu weiteren Zugeständnissen ist die EG-Kommission nicht bereit. Eine längere Übergangsfrist für die ausscheidenden Regionen als bis zum 31.12.1987 ist daher nicht möglich.

Frage 67 - Soltwedel (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Was geschieht mit dem Referat für ökologischen Landbau im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz?

Antwort Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Reichhardt:

Das Referat "Ökologischer Landbau" wird aufgelöst. Die Aufgaben des ökologischen Landbaues werden wieder wie vor der Einrichtung eines eigenständigen Referates in dem Referat "Integrierter Landbau, Acker- und Pflanzenbau, Pflanzenschutz" wahrgenommen. Das Referat wird mit Stelle und Stelleninhaber in die Abteilung IV - Markt und Ernährung, Ausbildung und Beratung - umgesetzt. Der Referent ist in seinem neuen Aufgabengebiet "Nachwach-

sende Rohstoffe, Gewürz- und Arzneipflanzen" zuständig für den Aufbau einer zweiten Vermarktungsschiene für Rohstoff-, Energie-, Faser-, Heil- und Gewürzpflanzen. Dieses Aufgabengebiet gewinnt zunehmend an Bedeutung und bedarf einer intensiven und qualifizierten Bearbeitung.

Der Referent scheidet im übrigen nicht vollständig aus seiner bisherigen Tätigkeit aus. Er behält seine Zuständigkeit für das Versuchsgut Gladbacher Hof, wo bekanntlich Versuche mit Fragestellungen des ökologischen Landbaues angestellt werden.

Frage 68 - Soltwedel (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Für welche Trassenführung wird sie sich beim anstehenden Bau der A 49 entscheiden, für die Ohmtal-Trasse oder die Herrenwald-Trasse?

Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt:

Die Landesregierung beabsichtigt, den weiteren Planungen der A 49 südlich von Schwalmstadt die sogenannte Ohmtaltrasse zugrunde zu legen. Für diese Trassenführung hat der Bundesminister für Verkehr bereits die Linienführung nach § 16 Bundesfernstraßengesetz bestimmt.

Frage 69 - Wagner-Pätzhold (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Nimmt die Universitätsklinik Frankfurt den Berufsgenossenschaftlichen Dienst im Sinne des Arbeitssicherheitsgesetzes in Anspruch?

Antwort Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Gerhardt:

Die Universitätsklinik Frankfurt stellt die arbeitsmedizinische Betreuung der Beschäftigten der Hochschule zur Zeit durch die vorhandenen Personalärzte sicher. Sie nimmt deshalb den Berufsgenossenschaftlichen Dienst im Sinne des Arbeitssicherheitsgesetzes zur Zeit nicht in Anspruch.

Der im Mai 1986 geschlossene Vertrag zwischen dem Berufsgenossenschaftlichen Arbeitsmedizinischen Dienst e. V. (BAD) und dem Hessischen Minister des Innern verpflichtet den BAD, durch seine arbeitsmedizinischen Zentren die Aufgaben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz flächendeckend wahrzunehmen. Nach § 1 Abs. 2 dieses Vertrages behält sich das Land vor, die Universitäten und Hochschulen des Landes von der arbeitsmedizinischen Betreuung durch den BAD auszunehmen. Voraussetzung dafür ist der Nachweis der Universitäten und Hochschulen, daß sie die Betreuung ihrer Beschäftigten selbst sicherstellen können. Dies wird von den Universitäten zur Zeit geprüft.

Der Vertrag sieht vor, daß der BAD den Aufbau des arbeitsmedizinischen Dienstes bis zum 31.12.1987 abgeschlossen hat. Eine abschließende Entscheidung über die Ausnahme der Hochschulen vom Vertrag wird bis dahin getroffen werden.

Frage 70 - Reeh (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Was geschieht mit der Stelle des Dezernenten für den ökologischen Landbau beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung in Kassel?

Antwort Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Reichhardt:

Die Aufgaben für den ökologischen Landbau sind beim Landesamt seit Jahren von den für die einzelnen Fachsparten zuständigen Dezernenten mit wahrgenommen worden. Zum 1.3.1987 ist durch Umsetzung eine Stelle zur Einstellung eines Öko-Dezernenten bereitgestellt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß durch die Einrichtung einer solchen Funktion keine Verbesserung der Beratungseffizienz für den ökologischen Landbau erreichbar ist. Diese Überlegungen geben Veranlassung, das eingerichtete Dezernat wieder aufzugeben.

Die freiwerdende Stelle muß unbedingt mit Wirkung vom 1. Oktober 1987 an die Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wiesbaden übertragen werden, weil sich dort zu Beginn des neuen Schuljahres die Zahl der Studierenden von 80 auf zirka 120 erhöhen wird. Der hier anstehende Unterrichtsbedarf kann von dem vorhandenen Personal, das nur auf 80 Studierende ausgerichtet ist, nicht abgedeckt werden. Möglichkeiten zu anderweitigen Stellenumsetzungen bestehen derzeit nicht.

Frage 71 - Fischer (Waldeck) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die Zahl der deutschen Aussiedler, die nach Hessen kommen, entwickelt?

Antwort Sozialminister Trageser:

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli dieses Jahres haben 2.339 Aussiedler in Hessen Aufnahme gefunden. Das sind 719 Personen beziehungsweise 44,4 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (1.620). Die Zugänge gliedern sich nach Monaten wie folgt auf: Januar 270 Personen, Februar 266 Personen, März 229 Personen, April 324 Personen, Mai 263 Personen, Juni 374 Personen, Juli 613 Personen.

Zugänge von Aussiedlern nach Hessen seit 1980: 1980 4.245 Personen, 1981 5.440 Personen, 1982 4.193 Personen, 1983 2.848 Personen, 1984 2.647 Personen, 1985 2.853 Personen, 1986 3.175 Personen.

Frage 72 - Fischer (Waldeck) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die Zahl der Kinder und jugendlichen Asylbewerber, die ohne Begleitung nach Hessen kommen, entwickelt?

Antwort Sozialminister Trageser:

Nach der Zugangsstatistik der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft Schwalbach am Taunus wurden 1986 62, 1987 (bis 30.06.) 48 unbegleitete ausländische Minderjährige in Hessen aufgenommen und in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht.

Die Zahl der in Hessen ankommenden Angehörigen dieses Personenkreises ist tatsächlich jedoch höher; hier erfolgte aber eine Weiterleitung zu Angehörigen in anderen Bundesländern. Seit dem Frühjahr 1987 verstärkt sich dieser Zugang besonders in der Gruppe der iranischen und der türkischen Staatsangehörigen.

Insgesamt wurden seit 1982 229 unbegleitete ausländische Minderjährige in Hessen aufgenommen und in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht.

Frage 73 - Kahl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Chancen sieht sie für die Einrichtung des zentralen Lastenausgleichsarchivs des Bundes in Nordhessen?

Antwort Sozialminister Trageser:

Die Chancen für die Errichtung des zentralen Lastenausgleichsarchivs des Bundes in Nordhessen lassen sich zur Zeit noch nicht beurteilen. Um den Standort des Archivs haben sich inzwischen 20 Städte im gesamten Bundesgebiet beworben, darunter auch die Städte Kassel, Korbach und Frankenberg in Nordhessen.

Eine Entscheidung über den Standort will die Bundesregierung erst nach Inkrafttreten des Gesetzes über die zentrale Archivierung von Unterlagen aus dem Bereich des Kriegsfolgenrechts treffen. Der entsprechende Gesetzentwurf hat den Bundesrat passiert und wird vom Deutschen Bundestag vermutlich im Herbst dieses Jahres behandelt werden.

Die Landesregierung ist sehr an einem Standort des Lastenausgleichsarchivs in Nordhessen interessiert, weil die damit verbundenen Investitionen und Dauerarbeitsplätze für diesen strukturell benachteiligten Wirtschaftsraum nicht ohne Bedeutung sind. Sie wird entsprechenden Einfluß nehmen.

Frage 74 - Korn (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie es für möglich, den Sofortvollzug für den ersten Bauabschnitt der Bundesstraße 45 zwischen Hanau und Nidderau, Teil II (A 66 bis Bruchköbel, Viadukt), anzuordnen, nachdem der Planfeststellungsbeschuß nunmehr gefaßt wurde, aber durch neue gerichtliche Schritte das dringende baureife Straßenbauvorhaben erneut auf Jahre hinausgezögert zu werden droht?

Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt:

Gegen den Planfeststellungsbeschuß vom 16.3.1987 sind nach Rücknahme einer Klage 8 Klagen Privater vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Diese Klagen haben aufschiebende Wirkung. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein besonderes öffentliches Interesse, das über das allgemeine Planungsinteresse hinausgeht, an einem sofortigen Baubeginn besteht und dieses besondere öffentliche Interesse das Interesse des einzelnen Klägers an der aufschiebenden Wirkung seiner Klage überwiegt.

Der Landesregierung sind - jedenfalls bisher - keine Gesichtspunkte bekannt, die ein besonderes öffentliches Interesse an einem sofortigen Baubeginn begründen. Sie hat jedoch veranlaßt, daß die örtlich zuständige Straßenbaubehörde prüft, ob Gründe - wie ein überdurchschnittliches Unfallgeschehen mit steigender Tendenz - vorliegen, die einen Sofortvollzug rechtfertigen würden.

Im übrigen liegen die Klagebegründungen noch nicht vor, so daß derzeit ohnehin eine Abwägung mit den Interessen der Kläger nur schwerlich möglich wäre.

Frage 75 - Wagner (Eschwege) (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie die überfällige Anpassung der Sozialhilferegelsätze auf der Grundlage der Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände endlich beschließen?

Antwort Sozialminister Trageser:

Der Sozialminister hat mit Erlaß vom 18. August 1987 den Eckregelsatz für den Haushaltsvorstand und Alleinstehende auf 408,- DM festgesetzt. Die Regelsätze für die Haushaltsangehörigen sind entsprechend erhöht worden. Die Erhöhung gilt ab 1. September dieses Jahres. Der so festgelegte Eckregelsatz liegt im oberen Bereich der Empfehlung, wie sie von den kommunalen Spitzenverbänden ausgesprochen wurde.

Anlage 2 (zu Punkt 13 a der Tagesordnung)

Abstimmungsliste

über die namentliche Abstimmung zu Punkt 13 a der Tagesordnung – Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Molke-Entseuchung bei MOHA, Hungen – Drucks. 12/347 –

Name des Abgeordneten	ja	nein	ent- halten	ge- fehlt
Dr. Babel		x		
Badeck		x		
Becker (Nidda)	x			
Becker (Gießen)	x			
Beucker	x			
Blaul	x			
Dr. Dr. Bökemeier	x			
Boppel	x			
Prof. Breithaupt	x			
Brockmann		x		
Clauss	x			
Dann	x			
Degen		x		
Demke		x		
Ernst	x			
Fischer (Waldeck)		x		
Fischer (Frankfurt)	x			
Fraas	x			
Friedrich		x		
Gerling		x		
Görlach	x			
Greiff		x		
Dr. Günther	x			
Hahn		x		
Prof. Dr. Hamer		x		
Hartherz	x			
Heimerl	x			
Hertle	x			
von Heusinger		x		
Hielscher		x		
Hilfenhaus	x			
Hinz	x			
Holzapfel	x			
Ibel		x		
Dr. Jentsch		x		
Dr. Jung		x		
Kahl	x			
Kanther		x		
Kappel		x		
Kartmann		x		
Kiekheben-Schmidt- Winterstein	x			
Koch		x		
Korn		x		
Korwisi	x			
Krollmann	x			
Kronawitter	x			
Küchler		x		
Dr. Lang	x			
Lengemann		x		
Lenz (Hanau)		x		
Lenz (Frankfurt)		x		
Lortz		x		
Lütgert	x			
Meister		x		
Milde		x		

Name des Abgeordneten	ja	nein	ent- halten	ge- fehlt
Möller (Marburg)		x		
Möller (Gießen)		x		
Müller (Gelnhausen)		x		
Müller (Solms)	x			
Nassauer		x		
Ortmann		x		
Osypka		x		
Pfeil		x		
v. Plottnitz	x			
Posch		x		
Rausch	x			
Reeh				x
Reif		x		
Reitz	x			
Rippert		x		
Ritter	x			
Rösler		x		
Roth		x		
Dr. Rüdiger	x			
Schlappner	x			
Schleicher	x			
Dr. Schlitzberger	x			
Schmidt (Schwalmstadt)		x		
Schnabel	x			
Schneider (Wiesbaden)	x			
Schneider (Bickenbach)				x
Schoppe		x		
Schulze		x		
Dr. Simon	x			
Soltwedel	x			
Spruck		x		
Starzacher	x			
Dr. Steger	x			
Strecker		x		
Dr. Streletz	x			
Sturmowski		x		
Troeltsch		x		
Velte		x		
Vollmer	x			
Wagner (Eschwege)	x			
Wagner (Angelburg)	x			
Wagner (Darmstadt)		x		
Wagner-Pätzhold	x			
Dr. Wallmann		x		
Weber		x		
Weghorn				x
Weidmann	x			
Weimar		x		
Welteke	x			
Wenderoth		x		
Wilke		x		
Windfuhr		x		
Winterstein	x			
Zabel	x			
Dr. Zwecker	x			